

Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

ISRAEL ein Blick von innen heraus 3 – Debattenbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft & Kultur

ISRAEL ein Blick von innen heraus 4


ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG


נוצה
נוצה

ISBN 978-3-948250-50-8

ISRAEL EIN BLICK VON INNEN HERAUS 4

Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ

**רוזה
רפז**

Inhalt

ZUSAMMENLEBEN

Wenn Partnerschaft Ungleichheit schafft
Ofer Dagan, Ron Gerlitz

9

Legal, illegal, binational
Rami Younis

13

Auf der falschen Seite des Flusses
Yifat Mehl

17

LEBEN MIT DEM VIRUS

Spritzen und strafen
Chris Whitman

25

Israels Krieg gegen Corona
Yagil Levy

29

Liberal und ungeimpft
Nir Hasson, Josh Breiner

33

LEBEN UNTER BESATZUNG

Bürokratie als Waffe
Yael Berda

39

Ermitteln im Staat ohne Staatlichkeit
Yael Ronen

49

Was Israels Landkarten zu verbergen haben
Gili Merin

55

IM GLAUBENLEBEN

Von der Freiheit, das Land anderer zu besetzen
Mikhael Manekin

61

Die Politik des Eherechts
Areen Hawari

69

Ohne Stimme keine Stimme
Esty Shushan

75

Glossar

80

Starke Partner vor Ort

84

Autor:innen

86

Impressum

88

Editorial

Israel bleibt ein gespaltenes Land – auch im 75. Jahr nach seiner Gründung. Das gilt nicht nur für die 9,5 Millionen Menschen, die hier leben, sondern ebenso für seine politische Klasse: Weil es zuletzt keiner Koalition gelang, eine dauerhaft stabile Mehrheit zu bilden, fanden allein seit 2019 vier Parlamentswahlen statt. Ob die Ära Benjamin Netanjahus, der im Sommer 2021 zur Freude vieler Israelis nach zwölf Jahren an der Macht endlich als Ministerpräsident abgelöst wurde, wirklich beendet ist, ist daher schwer zu sagen. Denn nur zwölf Monate nach Netanjahus Abwahl verfügt die Regierung von dessen Nachfolger Naftali Bennett über keine eigene Mehrheit in der Knesset mehr.

Wir beschäftigen uns in diesem Reader nicht mit dem Auf und Ab der israelischen Tagespolitik, sondern versuchen, einen Blick hinter die Schlagzeilen zu werfen. Die werden auch drei Jahrzehnte nach den Osloer Verträgen von den Folgen der Besetzung Palästinas bestimmt – und der Ausweitung völkerrechtswidriger israelischer Siedlungen. Während deren jüdische Bewohner:innen volle Staatsbürgerrechte genießen, bleibt die palästinensische Bevölkerung in einem engen Netz bürokratischer Repressalien gefangen. Die Menschenrechtsanwältin und Anthropologin Yael Berda beschreibt dieses Passierscheinregime aus eigener Anschauung heraus sehr eindringlich – über Jahre hat sie palästinensische Mandant:innen in Verfahren vor Militär- und Verwaltungsgerichten vertreten. (Seite 39)

Einen langen Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte führen auch die zwei Millionen palästinensischen Israelis sowie die Nachfahren jüdischer Einwander:innen aus arabischen Staaten, die Mizrachim. In den 1950er Jahren siedelten die Behörden Zehntausende aus Tunesien, Marokko, dem Jemen, Syrien und Irak nach Israel gekommene Jüdinnen und Juden in sogenannten Entwicklungsstädten an der Peripherie des Landes an, im Negev etwa oder in Bet Sche'an im Galilei. Als billige Arbeitskräfte eingesetzt wurden sie dort nicht nur in der Industrie, sondern auch in vielen Kibbuzim, ungeachtet der sozialistischen Ideale der Kollektivzusammenschlüsse. Unsere Projektmanagerin Yifat Mehl hat sich an die Ufer des Asi-Flusses im Kibbuz Nir David aufgemacht, wo die Mizrachim ihren Anspruch auf einen Platz an den Badestellen gegen die Widerstände der alteingesessenen Aschkenasim, die einst aus Europa immigrierten, geltend machen. (Seite 17) Ein stiller Aufstand, der zeigt, dass die Gesetze der zionistischen Gründerjahre längst nicht mehr gelten.

Gegen alte Autoritäten begehren aber nicht nur säkulare Israelis auf, die mit den Gepflogenheiten der religiösen Gemeinschaften des Landes wenig anfangen können. Im Gegenteil: Globalisierung, Internet und die immense Last, die die patriarchale Arbeitsteilung ultraorthodoxen Frauen aufbürdet, haben dafür gesorgt, dass diese sich längst nicht mehr alles gefallen lassen. Eine Pionierin im Kampf für die Rechte der Frauen ihrer Gemeinschaft ist Esthy Shushan. Niwcharot, »Gewählte Repräsentantinnen«, nannte sie zunächst nur eine Facebook-Seite, aus der inzwischen eine lautstarke Bewegung religiöser jüdischer Feministinnen

geworden ist. Wie sie im nächsten Schritt das innerparteiliche Tabu von Shas und Vereinigtem Thora-Judentum überwinden wollen, auch Kandidatinnen für die Knessetwahlen zuzulassen, beschreibt Shushan für uns ab Seite 75.

Einen anderen Blick auf die jüngsten Entwicklungen seines jungen Landes wirft Yagil Levy. Der Soziologe hat sich angeschaut, wie Israels Pandemiepolitik vor allem zu Beginn der Corona-Krise von militärstrategischen Prämissen geleitet war. Levys Urteil ist eindeutig: Die Behandlung gesundheitlicher Maßnahmen als Sicherheitsfragen haben der israelischen Demokratie nachhaltigen Schaden zugefügt. (Seite 29) Ein Urteil übrigens, dass viele liberale Israelis teilen, die sich deshalb früh den Demonstrationen von eher verschwörungstheoretisch angehauchten Corona-Skeptiker:innen angeschlossen haben, wie die beiden Journalisten Josh Breiner und Nir Hasson beobachten konnten. (Seite 33)

Die ersten Impfgegner:innen tauchten in Israel übrigens auf, als Netanjahu noch im Amt war – auf den sogenannten Balfour-Protesten, auf denen mehr als ein Jahr lang Samstag für Samstag vor der Residenz des Regierungschefs in Jerusalem dessen Rücktritt gefordert worden war. Ein Ende der 2020 gegen Netanjahu eingeleiteten Gerichtsverfahren wegen Korruption und Amtsmissbrauch ist bislang nicht abzusehen – ebenso wenig, wie ein abschließendes Urteil über die von ihm angestrebte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrein, Marokko und Sudan möglich ist.

Ungeachtet seiner Auswirkungen für einen weiteren Ausbau regionaler Kooperation bedeutet der Abschluss der sogenannten Abraham-Abkommen eine Zäsur in der Geschichte des Nahostkonflikts: Israel steht nun offiziell auf der Seite der sunnitischen Golfstaaten, die nach der Niederschlagung der Arabischen Aufstände von 2011 zu den wichtigsten Mächten der Region aufstiegen. Neben handfesten wirtschaftlichen Interessen wurde der arabisch-israelische Schulterschluss begünstigt durch die gemeinsame Gegnerschaft zum Iran, unabhängig davon, dass die Strategen der regionalen Neuordnung inzwischen abgewählt wurden: Donald Trump und Benjamin Netanjahu.

Die dramatische Verschiebung des Machtgefüges in Nahost und Nordafrika wird auch die Zukunft Israels weiter bestimmen. Wer das Land das letzte Mal vor der Corona-Pandemie bereist hat, den überrascht vielleicht schon nach der Landung auf dem Ben-Gurion-Flughafen die große Zahl an Flügen von und nach Dubai. Es dürfte nicht die letzte Überraschung bleiben, denn Israel ist auch im 75. Jahr nach seiner Gründung nicht nur ein gespaltenes Land, sondern auch eins in rasantem Wandel. Was das für das Zusammenleben der dort lebenden Menschen bedeutet, versuchen wir in diesem Reader ein wenig zu beschreiben. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

Markus Bickel und Tali Konas
für das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Tel Aviv, im Juni 2022

ZUSAMMEN LEBEN

Siedler:innen und Palästinenser:innen Seite an Seite vor einem von Zerstörung bedrohten Haus in Sheikh Jarrah, Ostjerusalem, Februar 2022. Foto: Activestills

Palästinensische Israelis zünden Synagogen an, ein jüdischer Mob prügelt einen palästinensischen Autofahrer fast zu Tode: Im Mai 2021 kommt es in Israel im Schatten des Gaza-Kriegs zu einem Ausbruch von Hass und Gewalt zwischen den Bevölkerungsgruppen, wie ihn das Land seit Beginn der Zweiten Intifada 2000 nicht mehr erlebt hat. Ein sichtlich geschockter Staatspräsident Reuven Rivlin warnt: »Wir dürfen den Extremisten beider Seiten nicht die Hand reichen, wir dürfen nicht zulassen, dass Extremisten unser Leben bestimmen und den Ton angeben.« Keine Bevölkerung würde aus der israelischen Gesellschaft verschwinden. »Es ist das Heim von uns allen.«

Wie dünn das interkonfessionelle Band ist, zeigte sich insbesondere in binationalen Städten wie Lod, Ramle und Akko – die Ausschreitungen dort machten deutlich, wie kurz der Schritt von vordergründig freundschaftlichen nachbarlichen Beziehungen hin zu einem möglichen Bürgerkrieg ist. In Lod verhängte die Armeeführung den Ausnahmezustand, von einer neuen »Kristallnacht« war dort nach Angriffen auf Synagogen schon die Rede.

Über Generationen weitergegebene, gegenläufige Erzählungen von Massakern und Pogromen sowie die Vertreibungserfahrungen von

Holocaust-Überlebenden wie Palästinenser:innen lieferten beiden Seiten schlüssige Narrative für ihr Handeln. Aber noch etwas zeigten die konfessionell und ethnisch aufgeladenen Krawalle: Das Einwanderungsland Israel hat tiefe soziale Bruchlinien. Auf jüdischer Seite fanden sich viele Mizrachim unter den Randalierer:innen, Enkel arabisch-jüdischer Einwanderer:innen der 1940er und 1950er Jahre aus Nordafrika beispielsweise. Auf der sozialen Leiter stehen sie ganz weit unten – ebenso wie viele der israelischen Palästinenser:innen, die im Mai 2021 Geschäfte jüdischer Besitzer:innen und Synagogen angriffen.

Auf palästinensischer Seite – 1,9 der 9,5 Millionen Israelis sind arabisch – kommt das Gefühl hinzu, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Die Verabschiedung des sogenannten Nationalstaatsgesetzes 2018 sorgte dafür, dass Arabisch als Amtssprache abgeschafft und das Land als »Nationalstaat des jüdischen Volks« definiert wurde. Seither ist das Gefühl gewachsen, nicht dazugehören. Verstärkt wird es durch Entscheidungen der Staatsanwaltschaft, die wegen der Ausschreitungen 2021 fast ausschließlich Anklagen gegen palästinensische Israelis erhob, kaum gegen jüdische.



WENN PARTNERSCHAFT UNGLEICHHEIT SCHAFFT

OFER DAGAN
RON GERLITZ

Mehr denn je braucht es Bemühungen um eine gemeinsame jüdisch-arabische Gesellschaft in Israel. Ein Blick auf drei zentrale Hindernisse, die es dabei zu überwinden gilt.

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen jüdischen und arabischen Staatsbürger:innen im Mai 2021 führten dazu, dass die Möglichkeit einer gemeinsamen jüdisch-arabischen Gesellschaft in Israel wieder stärker öffentlich diskutiert wird. Bekannte Stimmen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Bildung, Wissenschaft und anderen öffentlichen Institutionen forderten, die Bemühungen um eine gemeinsame Gesellschaft fortzusetzen oder gar zu intensivieren. Bei vergangenen Eskalationen zwischen Jüdinnen und Juden und Araber:innen war das anders. Auch für Konflikte zwischen Bevölkerungsgruppen im Allgemeinen war diese Reaktion untypisch, zumal die Forderung mit ungewöhnlichem Nachdruck vorgebracht wurde. Wir glauben, dass diese Aufrufe auf dem Höhepunkt der Krise entscheidend dazu beigetragen haben, die Gewalt einzudämmen und den Zusammenbruch der jüdisch-arabischen Beziehungen in Israel zu verhindern.

Diese neue Entwicklung kommt aber nicht von ungefähr. In den vergangenen Jahren begegneten sich arabische und jüdische Menschen immer häufiger in öffentlichen Räumen und Institutionen, vor allem am Arbeitsplatz und an den Universitäten. Auch in den Macht- und Einflusszentren sind arabische Staatsbürger:innen zunehmend präsent.

Dazu kommt, dass immer mehr öffentliche Einrichtungen und zivilgesellschaftliche Initiativen Schritte unternehmen, um arabische Staatsbürger:innen in ihre Arbeit einzubeziehen, sei als Partner:innen, Teilnehmer:innen von Veranstaltungen und manchmal sogar als Führungspersonal. Dieser Trend zeigte sich zunächst innerhalb der jüdischen Linken, wurde dann aber auch in der politischen Mitte immer beliebter. Das ist ein Glücksfall, denn je breiter das Fundament für eine gemeinsame jüdisch-arabische Gesellschaft ist und je umfassender und diverser die beteiligten öffentlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen und Einrichtungen sind, desto solider und stabiler wird diese gemeinsame Grundlage werden. Das wiederum wird es erleichtern, Brücken zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu bauen. Es könnte sogar zukünftige Eskalationen verhindern.

Da diese Entwicklung aber relativ fragil ist, sollten wir uns darum bemühen, sie bewusst zu fördern und voranzutreiben. Wir, die Autoren dieses Beitrags, engagieren uns schon lange für den Aufbau jüdisch-arabischer Partnerschaften und möchten hier drei Grundprobleme schildern, mit denen solche Projekte gewöhnlich konfrontiert sind. Der Beitrag enthält auch Handlungsempfehlungen, die hoffentlich anderen dabei helfen können, diese Probleme zu überwinden.

Nationale Identität schafft Sicherheit

Das erste Problem gemeinsamer Räume und Organisationen ist die meist unausgesprochene Erwartung, dass sich Araber:innen zwischen ihrer staatsbürgerlichen Identität als Israelis und ihrer nationalen Identität als Palästinenser:innen zu entscheiden haben – und dass sie Letztere ablegen oder zumindest auf ein Mindestmaß reduzieren müssen, wenn sie gemeinsame Räume betreten. Diese Erwartungshaltung wird sehr deutlich, wenn

nationale Spannungen auftreten oder wenn der arabische Teil der Gesellschaft zu Protesten aufruft. Die jüdische Seite zeigt sich oft enttäuscht und wütend, wenn sich arabische Staatsbürger:innen zur palästinensischen Flagge bekennen oder sich solidarisch mit den Palästinenser:innen im Westjordanland und Gaza zeigen. Diese Reaktion konnten wir während der Proteste gegen das sogenannte Nationalstaatsgesetz, aber auch bei jeder erneuten Gewalteskalation zwischen Israel und Gaza beobachten.

Studien und Umfragen belegen immer wieder, dass sich Araber:innen in Israel mehrheitlich als Palästinenser:innen begreifen, was insbesondere für arabische Parlamentarier:innen gilt. Tagtäglich erleben arabische Bürger:innen die strukturellen Widersprüche zwischen ihrer staatsbürgerlichen Identität als Israelis und ihrer nationalen Identität als Palästinenser:innen – denn der Staat, in dem sie leben, steht schon seit seiner Gründung in Konflikt mit ihrer Bevölkerungsgruppe. Wenn sich dieser Konflikt zuspitzt – wie zuletzt im September 2021, als sechs aus einem israelischen Gefängnis geflohene Palästinenser:innen in arabischen Communities in Israel untertauchen wollten – oder wenn die Gewalt eskaliert – wenn etwa Israel wieder einmal die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen bombardiert –, dann werden diese Spannungen fast unerträglich. Von Araber:innen in Israel zu erwarten, dass sie ihre palästinensische Identität ablegen, ähnelt in gewisser Weise der Erwartung mancher Araber:innen, dass jüdische Israelis ihre zionistisch geprägte Identität ablegen sollten. Beides ist unrealistisch, denn Individuen und Gruppen lassen ihre nationale Identität nicht einfach so fallen, vor allem nicht während eines schwelenden Konflikts.

Die Sozialpsychologie lehrt uns, dass sinnstiftende Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Gruppen, die in Konflikt zueinander stehen, nur dann möglich sind, wenn sich alle Seiten in ihrer Identität sicher fühlen. Sie funktionieren nicht, wenn eine Seite ihr kollektives Narrativ, ihre Identität und ihr Ethos aufgibt. Einer Gruppe ihre nationale Identität abzusprechen, kann zudem oft Gewalt hervorrufen. Die von jüdischer Seite an die andere Gruppe gestellte Erwartung, sich für einen Teil ihrer Identität zu entscheiden oder den palästinensischen Teil hintenanzustellen, untergräbt die Möglichkeit einer umfassenden, starken und aufrichtigen Partnerschaft und sorgt bei der Gegenseite für Frustration und Wut. Das ist nicht nur wenig hilfreich, sondern behindert auch den Aufbau der für eine gemeinsame jüdisch-arabische Gesellschaft benötigten Infrastruktur.

Diese falsche Erwartungshaltung hat in manchen Fällen zu Partnerschaften mit Randgruppen aus der arabischen Bevölkerung geführt. Im Juni 2021 etwa begründete das Forum for a Shared Society (Forum für eine gemeinsame Gesellschaft) eine solche Partnerschaft bei einer Konferenz in Abu Gosch westlich von Jerusalem. Die arabischen Teilnehmer:innen identifizierten sich ausnahmslos als nicht-palästinensisch, wobei manche sogar aktiv dagegen ankämpften, dass sich arabische Staatsbürger:innen als palästinensisch verstehen. Solche zivilgesellschaftlichen und philanthropischen Initiativen haben sich zwar den Aufbau einer gemeinsamen jüdisch-arabischen Gesellschaft auf

die Fahnen geschrieben, doch in der Praxis machen sie dabei alle nur erdenklichen Fehler und gefährden so eine aufrichtige Partnerschaft.

Statt sich arabischen Bürger:innen zuzuwenden, die sich von der palästinensischen Identität entfremdet haben oder sie gar bekämpfen, würden wir empfehlen, dass Jüdinnen und Juden den Dialog mit denjenigen Mitgliedern der arabischen Bevölkerung suchen, die sich als Palästinenser:innen begreifen. Wir schlagen vor, mögliche Partnerschaften mit einer Neugier darauf anzugehen, wie es Araber:innen gelingt, mit den Spannungen zwischen israelischer Staatsbürgerschaft und palästinensischer Nationalität umzugehen, die von außen betrachtet bisweilen unüberwindbar wirken. Wir raten von Partnerschaften ab, die darauf basieren, dass eine Seite – in diesem Fall die arabische – ihre nationale Identität aufgeben oder zurückstellen muss. Vielmehr sollte der Ausgangspunkt sein, dass beide Seiten über eine gefestigte nationale Identität verfügen, dass diese Identitäten – die zionistische und die palästinensische – miteinander in Konflikt stehen und dass eines der Ziele darin besteht, die Gemeinsamkeiten der beiden Seiten herauszustellen und darauf aufzubauen. Dieser Ansatz kann Möglichkeiten eröffnen, mit dem Konflikt zu leben, in seinem Schatten Räume für gemeinsames Handeln zu schaffen und so auf seine Überwindung hinzuwirken.

Anerkennung kollektiver Rechte

Das zweite Problem ist die Erwartung, dass die arabische Seite das bestehende politische System vorbehaltlos anzuerkennen hat. Es wird also erwartet, Israels Selbstverständnis als jüdischer und demokratischer Staat zu akzeptieren. Hier sei daran erinnert, dass die kollektiven Rechte der jüdischen Menschen als Gesellschaft und Nation in den gemeinsamen Räumen – ob nun auf Organisationsebene oder konkret am gemeinsamen Arbeitsplatz – vom Staat und seinen Institutionen verbürgt und geschützt werden. Doch just dieselben Institutionen – von denen manche den arabischen Staatsbürger:innen individuell eine rechtliche Gleichstellung versprechen (aber nicht immer gewähren) – beruhen darauf, dass die kollektiven und nationalen Identitäten von Araber:innen verleugnet und ausgegrenzt werden. Wenn aber zur Bedingung einer Partnerschaft gemacht wird, dass sich arabische Bürger:innen dem bestehenden Institutionensystem bereitwillig fügen müssen, dann reproduziert die Partnerschaft lediglich die politische Ungleichheit.

Ein wichtiger Punkt ist, dass die Ablehnung der heutigen Definition des Staates Israel durch breite Teile der arabischen Gesellschaft und ihrer Führungen nicht gleichbedeutend damit ist, der jüdischen Bevölkerung in Israel ihre kollektiven und nationalen Rechte abzusprechen und eine jüdische Öffentlichkeit abzulehnen.

Von arabischen Partner:innen zu erwarten, dass sie Israels Unabhängigkeit hochhalten und/oder dem israelischen Staat, der sich als jüdischer Staat definiert, die Treue schwören, ist unfair. Doch genau das tun leider einige jüdische Führungsfiguren in gemeinsamen Räumen. Wir empfehlen stattdessen, jüdisch-arabische Partnerschaften auf

der gegenseitigen Anerkennung der kollektiven Rechte beider Bevölkerungsgruppen aufzubauen. Dabei müssen wir uns auch eingestehen, dass Uneinigkeit über die politischen Rahmenbedingungen besteht, die benötigt werden, um diese Rechte zu schützen.

Das dritte grundlegende Problem ist die Nichtbeachtung oder Weigerung, sich mit dem wichtigsten und dringlichsten Aspekt des israelisch-palästinensischen Konflikts auseinanderzusetzen, nämlich der israelischen Besatzung des Westjordanlands und der Belagerung von Gaza. Wenn wir das eklatanteste Beispiel für die Unterdrückung der Palästinenser:innen ausblenden, schränkt das die Möglichkeit für arabische Bürger:innen stark ein, sich in gemeinsame Räume in einen Diskurs zu begeben. Es erschwert den Aufbau aufrichtiger jüdisch-arabischer Partnerschaften enorm und schwächt ihr Potenzial zur Förderung einer gemeinsamen Gesellschaft in Israel. Eine solche Gesellschaft ist unmöglich zu erreichen, wenn arabischen Staatsbürger:innen ihre Rechte und ihre Nationalität aberkannt werden.

Wir erwarten nicht, dass High-Tech-Firmen, Supermärkte, Krankenhäuser oder andere Betriebe für ihre jüdischen und arabischen Beschäftigten Dialoge und Workshops zum Thema Besatzung organisieren oder politische Stellungnahmen dazu formulieren. Ebenso wenig erwarten wir, dass sich jede arabisch-jüdische Partnerschaft ausdrücklich mit dem Thema befasst. Entscheidend ist jedoch, dafür zu sorgen, dass es an all diesen Orten legitim ist, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu diskutieren und ablehnende Meinungen zur Besatzung zu äußern. Dass es dabei selten Konsens gibt, sollte uns nicht davor zurückschrecken lassen. Wir müssen begreifen, dass fehlender Konsens ein wesentlicher Teil unserer gemeinsamen Gesellschaft bleiben wird, solange der Konflikt nicht gelöst ist.

Die verstörenden Ereignisse im Mai 2021 haben uns schmerzhaft an die Tatsache erinnert, dass die tiefste und gefährlichste Spaltung der israelischen Gesellschaft die zwischen jüdischen und arabischen Bürger:innen ist. Anderswo auf der Welt haben solche nationalen Gräben zu Bürgerkriegen mit unzähligen Toten geführt und ganze Länder und Gesellschaften in den Abgrund gestürzt. Der Aufbau einer gemeinsamen Gesellschaft gehört zu den epochalen Herausforderungen, an deren Bewältigung das Schicksal der israelischen Gesellschaft hängt. Wir hoffen, eine zukunftsfähige gemeinsame Gesellschaft errichten zu können, die dazu in der Lage ist, sich den Realitäten des Konflikts zu stellen und vielleicht sogar Schritte zu seiner Überwindung zu unternehmen. Dazu braucht es eine gleichberechtigte Gesellschaft, die auf der gegenseitigen Anerkennung der Identitäten und Rechte beider in Israel lebenden Bevölkerungsgruppen beruht.

Der Artikel erschien am 16. September 2021 in der englischen Ausgabe der Tageszeitung *Haaretz*.

LEGAL, ILLEGAL, BINATIONAL

RAMI YOUNIS

Lod war eines der Zentren der arabisch-jüdischen Zusammenstöße im Mai 2021. Seit bald zwei Jahrzehnten betreiben Stadt und Staat in der einst mehrheitlich von Palästinenser:innen bewohnten Gemeinde eine Politik der gezielten Ansiedlung religiöser jüdischer Gruppen. Das hat den Boden bereitet für die gewaltsamen Ausschreitungen in der binationalen Stadt.

Protest gegen den Krieg in Gaza und rechte Gegenproteste,
Lod, August 2014. Foto: Activestills

Wie kaum eine andere israelische Stadt stand im Mai 2021 Lyd, hebräisch Lod, im Fokus der Öffentlichkeit. Vor 1948 lebten hier mehrheitlich Palästinenser:innen, heute gilt die Stadt mit ihren rund 75.000 Einwohner:innen nach offiziellen israelischen Angaben als »gemischte Stadt«, weil dort sowohl jüdische als auch arabische Menschen leben. Vielschichtige Orte wie Lyd könnte man auch anders nennen: binationale Städte.

»Jede Geschichte hat einen Anfang, eine Mitte und ein Ende. Wenn man den Anfang nicht versteht, kann sie kein gutes Ende nehmen.«

Noch vor Beginn des Bombardements des Gazastreifens im Mai 2021 war es in der Stadt zu Massendemonstrationen in Solidarität mit palästinensischen Familien im Jerusalemer Viertel Sheikh Jarrah gekommen, denen Vertreibung und Enteignung drohten. Die von jungen Leuten angeführten Proteste hatten Israel überrascht. Die Regierung reagierte mit dem Einsatz von Grenzpolizei und verhängte den Ausnahmezustand – zum ersten Mal seit 1966, als die Unterstellung palästinensischer Israelis unter eine Militärregierung endete.

Davon ließ sich die Jugend in Lyd und anderen Städten wie Haifa, Akko, Jerusalem und Jaffa, die ebenfalls als binationale Städte gelten, nicht einschüchtern. Bei den Protesten kam es nicht nur zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, sondern auch mit der jüdischen Bevölkerung – darunter auch Siedler:innen, die 2005 von der israelischen Regierung von Gaza nach Lyd umgesiedelt worden waren. Sowohl das Erscheinungsbild als auch die Politik der Stadt, die auf eine lange Geschichte von Gewalt und Enteignung zurückblickt, veränderten sich dadurch stark.

Die Ursachen für die Wut der Palästinenser:innen aus Lyd reichen bis ins Jahr 1948 zurück. Israelische Mainstream-Medien behaupten gern, die sogenannten Krawalle vom Mai hätten ohne irgendeinen Anlass und Hintergrund eingesetzt. Aber jede Geschichte hat einen Anfang, eine Mitte und ein Ende. Wenn man den Anfang nicht versteht, kann sie kein gutes Ende nehmen.

Eine Geschichte von Vertreibung und Zerstörung

Die Eroberung der Stadt und die Vertreibung ihrer Bevölkerung wurden von Massakern durch israelische Milizen begleitet. Der Krieg von 1948 führte zur Unabhängigkeit Israels und zur Nakba (der »Katastrophe« der Palästinenser:innen). In diesem wichtigen Wirtschaftszentrum mit 50.000 Einwohner:innen durften verschiedenen Historiker:innen zufolge nur 500 bis 1.000 Palästinenser:innen bleiben. Ähnliches geschah auch in anderen palästinensischen Städten wie Haifa und Jaffa, die für die zunehmende Urbanisierung der palästinensischen Gesellschaft standen. Diesen Prozess brachten jüdische Milizen zum Erliegen, als sie den

Stadttraum ethnisch säuberten, die palästinensische Gesellschaft schwächten und auf ein primär ländliches Leben zurückwarfen.

Der Palmach-Platz, der zentrale Platz in der Stadt, ist nach den Einheiten benannt, die für die ersten Vertreibungen verantwortlich waren. An ihm steht auch die Dahmash-Moschee, auf deren Wand zu lesen ist: »1948 verübten die Besatzungsmächte an diesem Ort ein grausames Massaker.« 300 palästinensische Männer, Frauen und Kinder wurden getötet. Aufgrund dieses traumatischen Ereignisses nennen Palästinenser:innen den Platz auch heute noch Märtyrerplatz und lehnen die offizielle Bezeichnung ab.

Das frühere Tor Palästinas zur Welt, an dem heute der internationale Flughafen von Israel, der Ben Gurion Airport, liegt, prägen nunmehr Verbrechen und Armut. In den frühen 1950er Jahren zerstörte der junge Staat Israel die meisten verlassenen Häuser, damit Geflüchtete nicht zurückkehren konnten. Wo früher in der Altstadt schöne Steinhäuser standen, tun sich heute viele Brachflächen auf.

In den 1990er Jahren wurde die Kriminalität unerträglich. Es war die Rede von »der Drogenhauptstadt des Nahen Ostens«. In den Straßen sah man viele Drogensüchtige. Ich kann mich daran erinnern, wie wir als Kinder beim Fußballspielen immer wieder Spritzen fanden. Einmal brauchten wir für das Tor zwei Pfosten. Auf die eine Seite stellten wir eine Tasche, auf der anderen lag eine drogensüchtige Person.

Gezielte Ansiedlung religiöser jüdischer Gruppen

Da die notleidende arabische und jüdische Stadtbevölkerung außerdem mit Investitionsabbau und Vernachlässigung von staatlicher Seite zu kämpfen hatte, kamen die Behörden auf die schlechteste aller möglichen – wie sie es nannten – Lösungen: Sie wollten die Stadt »judaisieren«. Statt den jüdischen und arabischen Einwohner:innen mehr Gestaltungsspielraum zu geben, entschied man sich für demografische Maßnahmen.

Dies geschah zur Zeit der Zweiten Intifada, nachdem Ariel Scharon gerade zum Ministerpräsidenten Israel gewählt worden war (2001). Von offizieller Seite wurden Angehörige idealistischer, nationalistischer und religiöser jüdischer Gruppen dazu aufgefordert, sich in Lyd anzusiedeln (im Hebräischen werden diese als Garin Torani bezeichnet, was wörtlich übersetzt Tora-Nukleus oder Keimzelle der Tora bedeutet). Zunächst zogen diese in primär jüdische Viertel, ohne Widerstand vonseiten der Palästinenser:innen. Später jedoch sollten sie bei der geplanten »Judaisierung« der Stadt eine Rolle spielen.

»Judaisierung« ist ein Konzept, das israelische Amtsträger:innen ganz unbedarft verwenden, obwohl diesem eine rassistische Haltung zugrunde liegt und es Ähnlichkeiten zur Bevölkerungspolitik der chinesischen Regierung in Tibet oder Xinjiang aufweist, die dort Han-Chines:innen ansiedelt. In den 1950er Jahren begann die israelische Regierung mit der »Judaisierung« des nördlichen Galiläa, indem sie dort Land konfiszierte, das im Privatbesitz von Palästinenser:innen war, und es jüdischen

Menschen überließ. Weitere Enteignungen in den 1970er Jahren zogen Demonstrationen der palästinensischen Bevölkerung nach sich, bei denen etlichen Teilnehmer:innen ums Leben kamen. Seitdem wird jedes Jahr am 30. März, dem »Tag des Bodens«, dieser Verluste gedacht.

Fast 50 Jahre später ist es in Israel nicht unüblich, offen von »jüdischer Vorherrschaft« zu sprechen und gezielt die Zahl der jüdischen Siedler:innen zu steigern, während man Araber:innen vertreibt oder auf möglichst wenig Land leben lässt. Auf Hebräisch gibt es sogar ein Sprichwort dafür: »Ein Maximum von Arabern auf einem Minimum von Land.«

Als die Regierung Scharon die Siedlungen in Gaza 2005 evakuieren ließ, wurden einige der dort lebenden 8.000 Jüdinnen und Juden nach Lyd umgesiedelt. Die Palästinenser:innen der Stadt mussten zusehen, wie die Neuankömmlinge eigene Wohnviertel errichteten, während ihnen keine Möglichkeit geboten wurde, weiteren Wohnraum zu erschließen. Außerdem kam es immer wieder zum Abriss von Häusern.

Wütende Jugend, wachsender Unmut

Aktivist:innen schätzen, dass etwa 80 Prozent der palästinensischen Häuser nach israelischer Einschätzung illegal gebaut wurden. Sie entstanden inoffiziell auf Privatgrundstücken, weil die Ämter sich weigerten, Baugenehmigungen auszustellen. Israelische Behörden konnten also willkürlich Abrissverfügungen erlassen. So wurden zehn bis 15 Häuser pro Jahr abgerissen, während die Stadtviertel der Garin Torani mit offizieller Unterstützung wachsen durften.

Vor etwa zehn Jahren wurde der Bau von Ramat Elyashiv, der ersten Siedlung der Garin Torani in der Stadt, offiziell für abgeschlossen erklärt. Sie wurde mitten in der Altstadt errichtet, wo früher palästinensische Häuser gestanden hatten. Die sauberen Straßen, hohen Gebäude, Parks und Schulen des geschlossenen Wohnkomplexes waren ein Affront für viele Palästinenser:innen. Den aufgeräumten Modernismus der Siedlung, der in Kontrast zu den palästinensischen Armutsvierteln ringsum steht, empfanden die alteingesessenen Stadtbewohner:innen als beleidigend.

»Ich kann mich daran erinnern, wie wir als Kinder beim Fußballspielen immer wieder Spritzen fanden. Einmal brauchten wir für das Tor zwei Pfosten. Auf die eine Seite stellten wir eine Tasche, auf der anderen lag eine drogensüchtige Person.«

Doch mit der Wahl des rechten Likud-Politikers Yair Revivo zum Bürgermeister 2013 wurde dieser Trend noch verstärkt. Revivo, der sich oft feindlich gegenüber Araber:innen geäußert hat, ernannte Aharon Atias, den führenden Kopf der Garin Torani in Lyd, zum Stadtdezernenten. Die Religiösen selbst verwalteten nun also die Stadt und schufen

Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen nur für sich, während Araber:innen weiter marginalisiert wurden.

Die Unruhen im Mai 2021 wurden zwar durch die Räumungen im Jerusalemer Stadtteil Sheikh Jarrah entfacht, doch darin äußerte sich auch die aufgestaute Wut der arabischen Jugend gegen die Stadt, die Polizei und jüdische Extremist:innen, die inzwischen offen von ethnischer Säuberung sprechen, um »die jüdische Bevölkerung zu schützen«. Wenn ihre Wut weiter brodelte, während sich die Ideologie der jüdischen Vorherrschaft ausbreiten darf, könnten die Ereignisse von Lyd nur ein Vorgeschmack zukünftiger Schrecken gewesen sein.

Der Artikel erschien im 28. Mai 2021 in der US-amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy*.

AUF DER FALSCHEN SEITE DES FLUSSES

YIFAT MEHL

Viele Nachfahr:innen jüdischer Einwander:innen aus nordafrikanischen und arabischen Staaten, aber auch linksradikale Aktivist:innen betrachten die Kibbuzim als Schutzburgen einer privilegierten Elite. Besonders deutlich wird das in Protesten gegen den eingeschränkten Zugang zum Fluss Asi im Kibbuz Nir David im Norden Israels.

Während der Sukkot-Feiertage im Herbst 2021 fand sich auf Facebook ein Aufruf zu einem kollektiven Picknick auf den Wiesen des Kibbuz Nir David am Ufer eines klaren blauen Flusses. Doch wer hatte es organisiert? Die Mitglieder des Kibbuz waren es nicht. Ganz im Gegenteil, die Kibbuz-Leitung ließ die Tore verschließen und tat alles in ihrer Macht Stehende, um die Invasion zu verhindern. Als die Feiern ihre Grillgeräte in Betrieb nahmen, schalteten die Kibbuz-Leute ihre Rasensprenger an. Aber wer waren die Eindringlinge, die hier feiern wollten? Nun, es waren Aktivist:innen, die schon seit zwei Jahren für ihr Recht auf freien Zugang zum Wasser kämpften. Die Kibbuz-Mitglieder befinden sich indes in einer Verteidigungsschlacht um das, was sie für ihr Eigentum halten.

Um das Wasser des Asi dreht sich schon lange ein emotional geführter Konflikt zwischen den Kibbuz-Mitgliedern und den anderen Bewohner:innen des Bet-Sche'an-Tals, insbesondere der Bevölkerung der gleichnamigen Stadt. Die Auseinandersetzung geht darauf zurück, dass der Kibbuz im Jahr 2010 den Wasserzugang für all jene sperren ließ, die nicht zum Kibbuz gehörten und sich nicht in dessen Urlaubsresort aufhielten. Das Land um das Gewässer sei privat, hieß es, obwohl das Wasser ein öffentliches natürliches Gut ist.

Der Kibbuz Nir David ist wie viele andere Kibbuzim eine geschlossene Wohnanlage, die ihren Mitgliedern so viel Schutz und Privatsphäre wie möglich bieten will. Im Sommer 2020 jedoch stahlen sich junge Protestierende immer wieder auf das Gelände, sie ruderten, schwammen, erklimmen Tore und Zäune, sehr zum Missfallen der Kibbuzniks. Medien im ganzen Land berichteten intensiv über diesen Konflikt, der wie geschaffen ist für Journalist:innen: Wut, Geschrei und Zusammenstöße vor dem türkisblauen Nass, das geruhsam durch saftige Wiesen plätschert. Zwei Seiten und jede fühlt sich ihrer Rechte beraubt: die Kibbuz-Mitglieder ihres Rechts auf Privatsphäre, Frieden und Sicherheit und die Allgemeinheit ihres Rechts, sich an einem öffentlichen Gewässer zu erfreuen.

Ein Projekt russischer Pioniere

Der Kibbuz Nir David wurde 1936 von idealistischen Pionier:innen gegründet, die aus Russland ausgewandert waren, um dem jüdischen Volk eine nationale Heimat zu geben – zu einer Zeit, als das noch eine hehre Hoffnung war. Der Kibbuz entstand im Rahmen eines Siedlungsprogramms, das als Reaktion auf arabische Aufstände eilig aufgesetzt worden war. Demnach sollte auf jüdischem Boden Wohnraum entstehen, um die Grenzen des künftigen jüdischen Staats zu erweitern. Um die Umsetzung dieses Vorhabens kümmerte sich die paramilitärische zionistische Organisation Hagana, unterstützt von den wichtigsten jüdischen Institutionen Jewish Agency, Keren Hayesod, Jüdischer Nationalfonds und Histadrut.

Die meisten Siedlungen wurden in abgelegenen Gegenden errichtet, um jüdischen Besitz zu schützen. Das besiedelte Land hatte man von den arabischen Eigentümern erworben. Durch das Gebiet von Nir David verlief ein wenig beachtetes Gewässer. Ringsum, so sagte man, lagen malariaverseuchte Sümpfe. Die eifrigen Kibbuz-Mitglieder

wandten all ihre Energie auf, setzten sich gegen alle Widrigkeiten zur Wehr und erbauten eine blühende Siedlung. Die Gründer:innen errichteten ihre Häuser auf der einen Seite des Wasserlaufs, und später, als immer mehr Menschen hinzukamen, expandierten sie auf die andere Uferseite. So schufen sie das einzigartige Nir David mit einem Fluss in der Mitte.

»Seit über 40 Jahren schwelen die Konflikte zwischen den Nachfahren der Pioniere aus Russland und denjenigen, die aus Nordafrika nach Israel kamen.«

Mit den Jahren verschönerten die Mitglieder die Ufer und bauten einen Damm, um die Wassermenge zu kontrollieren und um eine Art Stausee aus Quellwasser zu schaffen, mit einer ganzjährigen Wassertemperatur von 28 Grad. Am See errichteten sie Rastplätze, legten Rasen an und pflanzten Bäume. Ende der 2000er Jahre stieg die Zahl der Besucher:innen des Asi immer weiter, und viele Hunderte Urlauber:innen gingen im Kibbuz ein und aus, erfreuten sich an den Wiesen und am kühlen Wasser. Die Kibbuz-Mitglieder stürten sich an den vielen Menschen. »Es war hart, wir hatten das Gefühl, sie dringen in unser Zuhause ein«, so ein Mitglied der Kibbuz-Leitung – was diese dazu bewog, 2010 die Tore zu schließen und eine Wache am Eingang zu positionieren. Diese umstrittene Maßnahme führte zu einer erneuten Auseinandersetzung zwischen dem benachbarten Bet Sche'an, Aktivist:innen aus dem ganzen Land und den Bewohner:innen des Kibbuz. »Natürlich gehört das Wasser dem Staat«, heißt es seitens der Kibbuz-Verwaltung, »aber das Land ringsherum ist unsere Heimat und wir werden uns unsere Lebensqualität nicht verderben lassen«. Die Protestierenden halten dagegen, dass das öffentliche Gut jetzt ein privates Gewässer sei, eine Einnahmequelle und eines der wichtigsten Mittel zur Wahrung von Privilegien. Sie kämpfen dafür, dass die Öffentlichkeit das natürliche Gemeingut nutzen kann, das ihr schließlich gehört. Laut israelischem Recht stehen Wasserquellen im Eigentum der Allgemeinheit.

Die Benachteiligung der Entwicklungsstädte

Dass der Konflikt so langlebig ist, hat historische Gründe und viel mit dem symbolischen Stellenwert zu tun, den Aktivist:innen und die Nachfahr:innen der Einwander:innen aus arabischen Staaten den Kibbuzim beimessen. Dabei geht es um Gleichheit, Anerkennung und Gerechtigkeit, um Privilegien und Schlechterstellung. Der Protest richtet sich auch gegen ein arrogantes Auftreten und die Herbeiführung von Fakten vor Ort, mit denen man sich nicht abfinden will.

Die Gründung des Kibbuz Nir David fiel in eine Zeit umfangreicher Immigration nach Israel, nicht nur aus Europa, sondern auch aus arabischen Ländern. Die unter anderem aus dem Maghreb, Ägypten, Irak, Syrien und dem

Jemen eingewanderten Jüdinnen und Juden (Mizrachim) galten vielen europäischen Einwander:innen (Ashkenasim) als minderwertig. Der junge Staat benachteiligte sie strukturell: Sie wurden vielerorts in provisorischen Gebäuden und Übergangswohnungen untergebracht. Eine dieser Siedlungen lag unweit des Kibbuz und beherbergte Eingewanderte aus Nordafrika. Wie an anderen Orten der israelischen Peripherie wurde aus dem Übergangslager eine neuartige administrative Einheit, eine sogenannte Entwicklungsstadt – im Falle von Bet Sche'an auf den Ruinen der palästinensischen Stadt Bisan errichtet, die das israelische Militär 1948 eingenommen hatte.

In den 1950er und 1960er Jahren wurden dort viele neu ankommende Immigrant:innen aus dem Irak, Iran, Rumänien und Nordafrika angesiedelt. Entwicklungsstädte wie Bet Sche'an unterscheiden sich, da sind sich vermutlich alle einig, deutlich von einem Kibbuz. Das betrifft die Entstehungsgeschichte sowie das Selbstverständnis der Bewohner:innen, aber auch andere gesellschaftliche und kulturelle Aspekte sowie den Bildungsstand und die wirtschaftliche Lage. Diese Unterschiede sind noch immer deutlich zu erkennen.

Die rund 25 Entwicklungsstädte wurden meist schnell und mit billigen Materialien gebaut, die sozialen und ökonomischen Lebensumstände sind schlechter als im Rest Israels. Die meisten hatten aber immer eine Verbindung zu den Kibbuzim in ihrer Nähe. Zum einen fanden einige ihrer Einwohner:innen eine Beschäftigung in den Geschäften und Betrieben bzw. der Landwirtschaft der Kibbuzim. Zum anderen machten Kibbuz-Mitglieder von den kommunalen und kommerziellen Diensten der Städte Gebrauch und beteiligten sich sogar an Jugendbewegungen. Doch das war alles. Die Bildungssysteme waren komplett getrennt, das Sozialleben ebenso.

Im Privaten entwickelten sich alle möglichen Beziehungen. Was das Öffentliche anging, nahm man den Kibbuzim aber zunehmend ihre privilegierte Stellung übel. Die Missgunst erreichte ihren Höhepunkt in den 1980er Jahren, als Kinder der Immigrant:innen aus arabischen Ländern begannen, in den Kibbuzim ausbeuterische und arrogante Organisationen zu sehen, das Symbol polarisierter Klassen und institutioneller Bevorzugung.

Klassenkonflikt mit den Kibbuzim

Kibbuzim waren zwar auf Segregation bedacht, verstanden sich aber selbst als sozial engagiert. Eine ihrer wohlmeinenden karitativen Aktivitäten war die regelmäßige Aufnahme von Kindern aus dysfunktionalen Familien in eine Art Kibbuz-Internat. Auf Empfehlung der Sozialämter wurden diese Kinder und Jugendlichen in den Kibbuz aufgenommen und lebten dort bis zum Abschluss der Sekundarstufe. Sie besuchten Kibbuz-Schulen und hatten ein soziales Umfeld, in dem sie gefördert wurden. Viele dieser Kinder erlebten jedoch Diskriminierung und Herabsetzung im Vergleich zu den Kindern, die im Kibbuz geboren und aufgewachsen waren.

Seit über 40 Jahren schwelen die Konflikte zwischen den Nachfahr:innen der Pionier:innen aus Russland und

denjenigen, die aus Nordafrika hinzukamen. Während die einen auf angestammte Rechte pochen und Anerkennung für den Aufbau des Landes verlangen, protestieren die anderen gegen Rassismus und fordern Gleichheit und Gerechtigkeit. Die einen versuchen, das von ihnen angehäuften symbolische Vermögen zu schützen, die anderen sehen darin Ausbeutung, Landnahme und Verteilungsungerechtigkeiten, die abgeschafft gehören.

Es geht um Privilegien, aber auch um den kulturellen, historischen Status und um Anerkennung. Interessant ist auch, dass aktuell 40 Prozent der Bewohner:innen von Nir David von Mizrachim abstammen. Die Nachfahr:innen der Gründer:innen sind eine winzige Minderheit. Vielleicht geht es eher um Klasse als um Ethnie.

Obwohl Geschäfte und Fabriken auf dem Gebiet der Entwicklungsstädte Steuervorteile genießen und Subventionen erhalten, war den meisten Entwicklungsstädten kein ökonomischer Erfolg beschieden, auch Bet Sche'an nicht. Sie gelten oft als die ärmsten jüdischen Orte in Israel. Bet Sche'an hatte nach den 2019 veröffentlichten Angaben des Zentralbüros für Statistik im Jahr 2015 nach dem sozioökonomischen Index ein Rating von vier (auf einer Skala von eins bis zehn). Im Jahr 2018 betrug dort das monatliche Durchschnittsgehalt 6.994 NIS (etwa 1.800 Euro), der nationale Durchschnitt lag bei 9.634 NIS.

»Der Kampf um den Asi ist ein Kampf um das israelische Gesicht der Gesellschaft, der bald auch gegen andere Kibbuzim geführt werden könnte.«

Der Kibbuz Nir David hingegen, der in den 1960er und 1970er Jahren noch prosperierte und an Bevölkerung zunahm, geriet wie viele andere Kibbuzim in den 1980er Jahren in eine schwere Wirtschaftskrise. Die Bankschulden explodierten, und nur eine großzügige Regelung der Regierung konnte die Siedlung retten. Der Kibbuz Nir David war einer von fünf oder sechs Kibbuzim mit den größten Schuldenabschreibungen (mehrere zehn Millionen Sheckel). Doch das ist Geschichte. Der Kibbuz erhielt als Körperschaft staatliche Unterstützung, weil der Staat bei ihm als organisiertem Kollektiv moralische Verbindlichkeiten hatte. Es handelte sich nicht um eine beliebige Gruppierung von Menschen. Eine ganze Klasse stand vor dem Abgrund, es war eine äußerst schwierige Situation. Viele junge Menschen verließen den Kibbuz, die Siedlung alterte und leerte sich. In der jüngeren Vergangenheit konnte sich der Kibbuz jedoch erholen. Heute ist er erfolgreich und wohlhabend – vielleicht dank der Anwendung »kapitalistischer« Prinzipien. Der Tourismus floriert und die Bevölkerungszahl steigt wieder. Vom Gewerbe und Tourismus lässt es sich im Kibbuz gut leben.

Vielleicht fällt es manchen Aktivist:innen auch deshalb so schwer, Verständnis für die Belange der Kibbuz-Bewohner:innen aufzubringen. Zumal der Kibbuz seit der Gründung immer mehr seine kooperative und progressive Ausrichtung verloren hat. Die Häuser wurden geräumiger,

die Bedeutung der individuellen Freiheit immer wichtiger, sie wuchs genau wie die Uferbebauung. Bescheidenheit wich Wohlstand, revolutionäre Ansprüche wichen dem Wunsch nach mehr Lebensqualität. Die radikale Kollektivität verschwand, für den westlichen Lebensstil typische Prioritäten hielten Einzug. Der Kibbuz nahm auf diese Weise den Charakter einer Gemeinschaft an, die die Familie ins Zentrum rückt. Die Gärten der Kibbuzim sind daher bis zum heutigen Tage gepflegt und schön, aber für Außenstehende verschlossen, zumindest nachts. Die Kibbuz-Mitglieder sehen den Kibbuz-Raum immer mehr als ihren privaten, vertrauten Garten.

Nachdem die öffentlichen Proteste zu Beginn der 2010er Jahre keine Früchte getragen hatten und die Tore des Kibbuz verschlossen geblieben waren, beschloss drei Aktivist:innen im Juli 2015, eine Klage anzustrengen, um »ihr natürliches Recht wahrnehmen zu können«. In der Klageschrift steht: »Der Kibbuz Nir David hindert die Öffentlichkeit auf schikanöse Weise an der Nutzung eines knappen natürlichen Guts und seiner Schönheit.« Wie die Wälder, so heißt es weiter, gehörten die Flüsse dem israelischen Volk.

Ein Jahr nach Einreichung der Klage kam es zu einem Vergleich, demzufolge der Kibbuz einen Plan aufstellen sollte, um den öffentlichen Zugang zum Fluss dort, wo keine Privathäuser stehen, zu ermöglichen. Die Klagen wurden verpflichtet, alle Aktionen gegen den Kibbuz einzustellen, und tatsächlich wahrte man in den folgenden vier Jahren einigermaßen den Frieden. Bis 2019. Im September 2019 hatten andere Aktivist:innen es dann satt, auf die Umsetzung des Vergleichs zu warten. Sie gründeten die Facebook-Gruppe »Freigabe des Asi«, die 2021 mehr als 24.000 Mitglieder hatte. Ursprünglich pochten sie auf die Umsetzung des gerichtlichen Vergleichs in die Praxis. Mit der Zeit radikalisierten sie sich aber und gaben sich nicht mehr mit Kompromissen zufrieden. Sie fordern nun die Freigabe des Gewässers in seiner ganzen Länge – ohne Einschränkungen.

Dann kam es zu einem neuen Rechtsstreit. Die rechte Mizrachim-Partei Shas reichte über einen ihrer Knesset-Abgeordneten eine Petition zur Öffnung der Tore ein. Im Mai 2021 gab der Staat Israel, dem das Land gehört, vor Gericht eine Stellungnahme ab, wonach das Gewässer für die Öffentlichkeit zugänglich sein soll. Die Umsetzung des Urteils im Sommer 2021 vonseiten der Kibbuz-Leitung sah folgendermaßen aus: Man gab einen kleinen Uferbereich für Erholungssuchende frei, die sich nicht auf dem Siedlungsgebiet eingemietet hatten. Die Öffnung war allerdings beschränkt: Sie galt nicht an Wochenenden, nur bis 17 Uhr und es waren nicht mehr als 50 Personen gleichzeitig erlaubt. Zudem bedurfte der Zutritt einer vorherigen Anmeldung. Im August urteilte ein Gericht in Haifa, dass das Gelände in einen öffentlichen und einen privaten Abschnitt zu unterteilen sei, damit die Menschen uneingeschränkten Zugang zum abgelegenen Teil des Flusses erhalten. Im Kibbuz glaubte man, damit wäre die Geschichte erledigt, während sie für viele Protestierende erst begann. Sie gingen im öffentlichen Teil ins Wasser und schwammen in die »verbotene« Zone.

Ein schwarzer Schlauch markiert derzeit die Grenze zum privaten Bereich der Bewohner:innen des Kibbuz und

deren Gäste. Am Ufer steht eine Wache und versucht, Übertretungen dieser Linie zu verhindern. Doch immer wieder nehmen sich Kritiker:innen mit Vergnügen das Recht, diese Grenzziehung zu ignorieren. »Wenn wir etwas Gesetzeswidriges tun würden, dann würden sie sofort die Polizei rufen«, sagen sie. Die Polizei greift natürlich nicht ein. Und die Kibbuz-Leitung kann nur die Sprinkleranlagen anschalten, sobald die Leute es wagen, gegen diese Beleidigung vor die grüne Richterbank des Ufers zu ziehen.

Wo ist die Linke?

Ein Großteil der Linken zieht es offensichtlich vor, sich aus diesem Konflikt herauszuhalten. Sicherlich handelt es sich um einen Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen eine alte Elite, um einen Kampf zwischen Schwachen und Starken. Mit anderen Worten: Es ist ein klassischer linker Kampf, zumindest dem Anschein nach. Aber was soll man machen? Die Protestierenden fühlen sich keiner Partei zugehörig und werden von der Rechten (Likud-Abgeordnete) wie der radikalen Linken (Demokratische Mizrachi-Regenbogen-Koalition) enthusiastisch unterstützt. Die gemäßigte Linke ist hin- und hergerissen. Noch vor wenigen Jahren wählten vier von fünf Bewohner:innen von Nir David bei den Parlamentswahlen gemäßigt linke Parteien wie Avoda oder Meretz, die die historische, aber auch die gegenwärtige Rolle der Kibbuzim anerkennen. Man könnte sie auch als Salonsozialist:innen bezeichnen, die ihre Weltanschauung nur so lange vertreten, wie sie sich nicht auf ihr Privateigentum auswirkt. Andererseits sind sie die beständigste Linke in einem Land, das seit Jahrzehnten nach rechts rückt. Und wahrscheinlich gibt es in den Entwicklungsstädten proportional mehr Menschen, die rechts wählen, als in den Kibbuzim, aber dieser Konflikt verläuft nicht entlang von Parteilinen.

Angesichts der sichtbaren Unterschiede zwischen den beiden Konfliktparteien und angesichts einer neuen Generation von Aktivist:innen – elegant, klug, fordernd und furchtlos –, die auf der Seite der Mizrachim kämpft, wundert es nicht, dass der Kampf um den Zugang zum Fluss mehr ist als eine lokale Auseinandersetzung. Es ist ein Kampf um das Gesicht der israelischen Gesellschaft. Er wird auch gegen andere Kibbuzim fortgeführt werden, die den Zugang zu Ufern oder Seen kontrollieren. Einige Knesset-Abgeordnete fühlen sich nun bloßgestellt und angreifbar: Sie bezeichnen die Protestierenden als Querulant:innen und scheinen Angst vor ihnen zu haben. Es geht bei diesen Fragen nicht nur um Lebensqualität, sondern auch um den Einbruch der Außenwelt in die eigene Blase.

Die kleine, aber entschlossene Gruppe von Protestierenden geht dabei sehr vorsichtig vor, bemüht sich, nicht in die Falle zu tappen, indem sie gewalttätig oder aggressiv agiert. Sie lehnen Kompromisse ab und bestehen darauf, in das umstrittene Gebiet einzudringen – nicht, weil es keine anderen Optionen zum Schwimmen oder zur Erholung gibt (dafür bräuchten sie nur wenige Hundert Meter weiterzugehen), sondern um die Kibbuzim mit einer einfachen Wahrheit zu konfrontieren: Eure Zeit ist vorbei. Ihr steht nicht über dem Gesetz. Was uns gehört, nehmen wir uns. Über die Gerichte oder direkt vor Ort.



Ein Aktivist hält ein Schild mit der Aufschrift »Der Asi ist öffentliches Eigentum«, August 2020. Foto: Gil Eliahu

Eingang zum Kibbuz Nir David, Juli 2021. Foto: Rosa-Luxemburg-Stiftung

LEBEN MIT DEM VIRUS



Grenzpolizei am Checkpoint Walajah zwischen Bethlehem und Jerusalem, März 2020. Foto: Activestills

Der Umgang der israelischen Regierungen mit der Corona-Krise ist so wie das Land: extrem. Vom Impfweltmeister Anfang 2021 bis zum globalen Inzidenzfürer ein Jahr später, Erfolg und Misserfolg der staatlichen Maßnahmen lagen eng bei- und die Mittel zur Bekämpfung der Pandemie weit auseinander. Die harten Lockdowns vom Frühjahr und Herbst 2020, dem fast zwei Jahre Einreisesperren für Tourist:innen folgten, sind inzwischen einer Laissez-faire-Politik gewichen, sodass Israel im dritten Corona-Jahr im Alltag wirkt wie vor der Pandemie.

Fast vier der 9,5 Millionen Israelis haben sich in den letzten beiden Jahren mit dem Virus angesteckt, die Impfquote liegt bei 66 Prozent. War die Regierung im ersten Jahr der Pandemie noch stark davon getrieben, dass der damalige Ministerpräsident Benjamin Netanjahu jedes Mittel nutzte, um sein Verbleiben im Amt zu sichern, so kehrte unter dessen Nachfolger Naftali Bennett mehr Verlässlichkeit in die staatliche Corona-Politik ein. Zudem gab der rechte Regierungschef Druck nicht nach, weitere Lockdowns zur Reduzierung der Fallzahlen zu verhängen. Damit stellte er sich auf die Seite von Wirtschaftsvertretern, die keine weiteren finanziellen Einbußen hinnehmen wollten.

Am stärksten von der Pandemie betroffen sind wie in anderen Ländern auch die sozial schwächsten Glieder der Gesellschaft: Frauen und Kinder, und das insbesondere in der palästinensischen Gemeinschaft. Die Corona-Krise hat die soziale Ungleichheit in Israel weiter verschärft – nach einem Jahrzehnt sozialer Kürzungen und mangelnder Unterstützung für Selbstständige.

Auch bei der Verteilung von Impfstoffen zwischen israelischer Bevölkerung und der in den besetzten palästinensischen Gebieten ist die Asymmetrie frappierend – sie spiegelt die allgemeine Ungleichbehandlung der beiden Bevölkerungsgruppen wider. Wie bei der Aufrechterhaltung der Besatzung wird auch im Kampf gegen das Virus auf Kriegsterminologie zurückgegriffen: Zur Rechtfertigung der Ausnahmeregeln zu Beginn der Pandemie etwa verkündete Netanjahu, Israel befinde sich »in einem Krieg gegen einen unsichtbaren Feind«. Dass der in Israel ohnehin alles dominierende Sicherheitsdiskurs nun auch das Gesundheitswesen erfasst hat, ist in seiner Tragweite noch gar nicht richtig durchgedrungen. Die Gefahr der weiteren Schwächung etablierter demokratischer Verfahren ist dadurch gewachsen.

SPRITZEN UND STRAFEN

CHRIS WHITMAN

Der ungleiche Zugang zu Impfstoffen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten spiegelt in vielerlei Hinsicht die größere Ungleichheit zwischen der westlichen Welt und dem globalen Süden wider.

Impfung palästinensischer Arbeiter am Militärcheckpoint Meitar, südlich von Hebron, März 2021. Foto: Activestills

Israel war eines der ersten Länder, das ein umfassendes Impfprogramm auflegte. Die Regierung schloss besondere Vereinbarungen mit Pfizer ab, die unter anderem den Zugang des Pharmaunternehmens zu Daten regelten und die Möglichkeit Geimpfter, es wegen kurz- oder langfristiger Nebenwirkungen zu verklagen, stark einschränkten. Sie gab zudem beträchtliche Mittel für die Bereitstellung der dafür benötigten Infrastruktur und für umfangreiche Medienkampagnen aus, die die Vorteile des Pfizer-Impfstoffs bewarben und seine Verabreichung als die einzige Möglichkeit darstellten, »zur Normalität zurückzukehren«.

In Israel kam die Impfkampagne sehr schnell in Gang, die israelischen Bürger:innen standen massenhaft Schlange, um sich impfen zu lassen. Die Gesundheitsämter boten flexible Optionen an, schufen in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium ein elektronisches Registrierungsprogramm – den sogenannten Grünen Pass – und entwickelten eine Handy-App (Ramzor), die geimpften Israelis den Zugang zu großen öffentlichen Veranstaltungen oder Einkaufszentren ermöglichte.

Während die Israelis diese öffentliche Errungenschaft und die »Rückkehr zur Normalität« feierten, blieb den Palästinenser:innen im Westjordanland und Gazastreifen der Zugang zu dem begehrten Impfstoff im Lockdown verwehrt. Die israelische Regierung behauptete, sie sei nach den Osloer Abkommen nicht dazu verpflichtet, der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten Impfstoff bereitzustellen, wobei sie mit dieser Einschätzung weitestgehend allein dastand.

Erst nachdem sich die israelische Impfkampagne als erfolgreich erwiesen hatte, nahm die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) im Frühjahr 2021 Verhandlungen mit der israelischen Regierung, Pfizer und anderen Pharmaunternehmen auf, um ein Impfstoff zu kommen. Die Impfstoffe aus den begrenzten Lieferungen des COVAX-Programms der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gingen zunächst an medizinisches Personal und Hochrisikogruppen, darüber hinaus erhielten Beamte der Palästinensischen Autonomiebehörde, deren Freund:innen und Familienangehörige sowie Mitarbeiter:innen staatlicher Medien privilegierten Zugang. Der prominente palästinensische Dissident Nizar Banat hatte dieses Vorgehen bei der Impfstoffverteilung scharf kritisiert. Viele vermuten, dass dies letztlich zu seinem Tod in Polizeigewahrsam im Juni 2021 führte.

Während die Palästinensische Autonomiebehörde nach und nach ein Sammelsurium an Impfstoffen aus der ganzen Welt erhielt, kündigte Israel an, 100.000 Palästinenser:innen impfen zu lassen, und zwar diejenigen, die über Checkpoints nach Israel einreisen dürfen oder in den israelischen Siedlungen im Westjordanland arbeiten. Das heißt, der israelische Staat fühlte sich nur für die Palästinenser:innen verantwortlich, die über eine Arbeitserlaubnis verfügen und deshalb Kontakt zu Israelis haben.

Bis Sommer 2021 gelangten kleinere Lieferungen verschiedener Impfstoffe in die von der Autonomiebehörde kontrollierten Gebiete. Die Ablehnung vieler Palästinenser:innen gegen eine Impfung hält bis heute an. Viele Menschen sehen ihre Weigerung, sich impfen zu lassen oder die Vorschriften zum Schutz vor Corona zu befolgen, als ein Votum gegen die Autonomiebehörde. Im

Juni 2021 wurde ein Abkommen zwischen Israel und der Palästinensische Autonomiebehörde bekannt, wonach Israel eine Million Impfdosen an die Autonomiebehörde abgeben und im Gegenzug dafür eine Lieferung erhalten sollte, die die Behörde für August erwartete. Es stellte sich schnell heraus, dass die Impfstoffe aus Israel kurz vor Ablauf des Verfallsdatums waren.

In Israel stagnierten die Impfquoten nach einer anfangs sehr erfolgreichen Impfkampagne und das Land rutschte auf der weltweiten Rangliste der »Impfführer« deutlich ab und landete noch hinter dem 40. Platz. Dies ist zum Teil auf die Geschwindigkeit zurückzuführen, mit der die Regierung immer neue Kategorien von Anspruchsberechtigten hinzufügte, aber auch auf das mangelnde Impfvertrauen bestimmter Teile der israelischen Gesellschaft, die wiederum von anderen Teilen dämonisiert wurden. Als zum Beispiel religiöse Israelis oder palästinensische Bürger:innen von hohen Infektionsraten betroffen waren, wurden sie zu Sündenböcken erklärt und dafür verantwortlich gemacht, dass die Impfquoten in Israel nicht höher ausfielen. Das schuf große Animositäten.

Sterberate unter dem globalen Durchschnitt

Als neue Virusvarianten auftraten, war die israelische Regierung weltweit die erste, die Auffrischungsimpfungen einführte, was in der israelischen Öffentlichkeit weitere Zweifel an der Notwendigkeit und dem Nutzen von Impfungen nährte. Angehörigen von Hochrisikogruppen und Beschäftigten im Gesundheitswesen wurde schließlich eine vierte Impfung empfohlen, dann aber nahm man wieder Abstand von diesem Plan. Die Regierung erklärte, man werde mit der vierten Impfung erst fortfahren, wenn die Vorteile eines neuerlichen Boosters erwiesen seien. Im Februar 2022 war Israel mit 70.000 Corona-Infektionen pro Tag – das entspricht einer Sieben-Tage-Inzidenz von 3.500 – weltweit eines der fünf Länder mit den höchsten Infektionsraten. 30 Prozent aller Israelis haben sich in den ersten beiden Jahren der Pandemie mit dem Corona-Virus angesteckt.

Anfang 2022 lagen nach offiziellen Angaben die Impfquoten unter allen Über-16-Jährigen bei 63 Prozent im Westjordanland und bei 39 Prozent im Gazastreifen. Viele regierungsunabhängige Quellen ziehen die Richtigkeit dieser Zahlen jedoch in Zweifel, da weite Teile der palästinensischen Gesellschaft die Impfung ablehnen und weder einen Nutzen noch eine Notwendigkeit darin sehen. Die Autonomiebehörde behauptet, die Zahlen seien korrekt und spiegeln eine erfolgreiche Impfkampagne an den Schulen wider, was keinen Sinn ergibt, da die Impfquoten sich nur auf Personen über 16 Jahre beziehen.

Die palästinensische Gesellschaft ist eine der jüngsten der Welt. Das Durchschnittsalter liegt bei 19,5 Jahren, während es in Israel 30, in den USA 40 und in den meisten westeuropäischen Ländern zwischen 45 bis 49 Jahren beträgt. Das erklärt, weshalb die Symptome in der palästinensischen Bevölkerung weniger schlimm ausfielen und die Sterberaten unter dem globalen Durchschnitt

liegen. Da die meisten Palästinenser:innen keine soziale Absicherung haben und bei einem positiven Corona-Test mit Verdienstaussfällen oder sogar dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen müssen, neigen viele dazu, Symptome zu ignorieren oder herunterzuspielen, wodurch sich das Virus schnell weiterverbreitet. Die Palästinensische Autonomiebehörde kann es sich nicht leisten, Lockdowns oder andere Beschränkungen zu verhängen, und die Gesellschaft hat ihren Unwillen, die erlassenen Vorschriften zum Schutz vor Corona einzuhalten, öffentlich zur Schau gestellt. Daher sind seit April 2021 nur noch selten Masken im Straßenbild zu sehen, kaum jemand hält sich an Social-Distancing-Auflagen und es gibt auch so gut wie keine Quarantänovorkehrungen oder -einrichtungen.

Militärisch vereint, medizinisch getrennt

Aber auch in Israel hat die Bereitschaft, sich an die Corona-Auflagen zu halten, drastisch abgenommen – nicht zuletzt deshalb, weil viele der von der Regierung erlassenen Vorschriften wahllos erscheinen und die Menschen erschöpft sind und genug haben von der fast zwei Jahre andauernden generellen Einreiseperrre für Ausländer:innen und von den zahlreichen Impfdurchbrüchen angesichts immer neuer Virusvarianten. Der Grüne Pass, der von verschiedenen Ländern auf der Welt als geeignetes Mittel zur Erhöhung der Impfbereitschaft angepriesen und nachgeahmt wurde, sollte im Frühjahr 2022 abgeschafft werden. Inzwischen werden auch bei der Einreise über die Flughäfen keine Impfbescheinigungen oder PCR-Tests mehr verlangt.

Die einzige Gruppe, gegenüber der die Corona-Bestimmungen weiter konsequent durchgesetzt werden, sind die Palästinenser:innen, die das Gebiet betreten, das die Regierung als Israel bezeichnet – Siedlungen, Teile der C-Gebiete, Ostjerusalem. Alle Bewohner:innen der palästinensischen Gebiete, die aufgrund einer Arbeitserlaubnis oder aus humanitären Gründen an speziellen Checkpoints übertreten, müssen nachweisen, dass ihre letzte Impfung (sei es die zweite oder dritte) weniger als 180 Tage zurückliegt. Wenn sie dies nicht können, erlischt automatisch ihre Einreiseerlaubnis.

Die Koordinierung zwischen den israelischen und palästinensischen Gesundheitsministerien ist in dieser Hinsicht umfassend. Jede Impfung, die beim palästinensischen Gesundheitsministerium registriert ist, wird im israelischen System aktualisiert. Es dauert aber zwei Wochen, bis sie vom israelischen Gesundheitsministerium anerkannt wird. Für palästinensische Arbeitnehmer:innen kann das bedeuten, zwei Wochen arbeitslos zu sein und ohne Arbeitserlaubnis und Einkommen dazustehen.

Der ungleiche Zugang zu Impfstoffen und der ungleiche Umgang mit den Bedürfnissen der Menschen in Israel und in den besetzten Gebieten spiegeln in vielerlei Hinsicht die Ungleichheiten zwischen der westlichen Welt und dem globalen Süden wider. Israel hat zu Beginn wie Westeuropa und Nordamerika den Kauf von Impfstoffen praktisch monopolisiert, Impfdosen wurden sogar gehortet und ungenutzt entsorgt. Was die Palästinensische Autonomiebehörde angeht, so war ihr Ringen typisch für die Kämpfe vieler Länder der sogenannten Dritten Welt. Während fast

100 Prozent der geimpften Israelis den Impfstoff von Pfizer erhielten, musste die Palästinensische Autonomiebehörde Impfstoffe von mehr als sieben verschiedenen pharmazeutischen Anbietern mühsam zusammenklauben, darunter auch Impfstoffe von Unternehmen wie AstraZeneca, die von zahlreichen westlichen Regierungen und Medien verurteilt und abgelehnt wurden.

Viele Palästinenser:innen hatten daher den Eindruck, dass sie die Impfstoffreste bekommen, die westliche Staaten ihrer eigenen Bevölkerung nicht zumuten wollen, was ihre Skepsis noch verstärkt hat. Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Problem ist die Korruption der Autonomiebehörde und ihr unprofessionelles und unverantwortliches Vorgehen, das bis heute anhält. Ende Januar 2022, behauptete das Gesundheitsministerium der Autonomiebehörde fälschlicherweise, dass nur zwei Arten von Antigen-Schnelltests anerkannt und von der WHO zertifiziert seien. Es stellte sich schnell heraus, dass diese beiden Tests von Firmen führender Beamter der Palästinensischen Autonomiebehörde beschafft und verteilt wurden. Nachdem dies aufflog und öffentlich angeprangert wurde, dauerte es nur Stunden, bis das Gesundheitsministerium seine Behauptung zurücknahm und erklärte, dass auch andere Antigen-tests zugelassen seien.

Der Staat Israel kontrolliert mehr als fünf Millionen Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten, Menschen, die er in den letzten zwei Jahren versucht hat zu ignorieren. Der israelische Staat bestreitet bis heute, dass er eine Verantwortung für die Bereitstellung von Impfstoffen für alle Bewohner:innen und deren Gesundheit trägt, ganz so, als ob das Corona-Virus in den besetzten palästinensischen Gebieten keine Auswirkungen auf Israelis in den Grenzen von 1967 hätte.

Wenn sich aus der Pandemie eine Lehre ziehen lässt, dann die, dass grenzüberschreitende und länderübergreifende Virusausbreitung von Mensch zu Mensch unabhängig von Staatsangehörigkeit oder ethnischer Zugehörigkeit stattfindet. Die anhaltende Weigerung der israelischen Regierung, das Gebiet zwischen dem Jordan-Fluss und dem Mittelmeer als eine Einheit zu behandeln, wenn es um Corona geht, während sie dasselbe Territorium wie eine Einheit sieht, wenn es militärisch und politisch opportun ist, wird auch weiterhin jeden Versuch einer Rückkehr zur Normalität zunichtemachen, sollten neue Virusvarianten auftauchen.

Herdenimmunität ist vermutlich das Ziel der Impfkampagnen in vielen Ländern dieser Welt gewesen. Bemerkenswert ist, dass der Staat in Israel ernsthaft bestrebt war, diese zu erreichen, während er zugleich mehr als 40 Prozent der Bevölkerung unter seiner Kontrolle im Stich gelassen hat. Selbst vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass 70 Prozent der Gesamtbevölkerung geimpft sein müssen, um eine Herdenimmunität herzustellen. Dies hat die israelische Politik selbst unter den eigenen Bürger:innen nicht geschafft. Was einst wie eine erfolgreiche Impfkampagne aussah, hat sich zu einer äußerst willkürlichen und verwirrenden Politik entwickelt. Die Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten sind diesem System auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, und sie sind die Einzigen, die die Richtlinien des israelischen Gesundheitsministeriums weiterhin befolgen müssen.

ISRAELS KRIEG GEGEN CORONA

YAGIL LEVY

Der Sicherheitsapparat spielte in Israel eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Begriffe wie «Kriegsübungen» und Maßnahmen wie «Eindämmung zum Sieg» zählten zur Standardterminologie beim Framing als militärisch-medizinische Manöver.

Israelisches Militär liefert Toilettenpapier und Essen für bedürftige Menschen, Bnei Brak, 2021. Foto: Activestills

726000 · Y

Im Diskurs über den weltweiten Umgang von Regierungen mit dem Corona-Virus beobachteten Sicherheitsforscher:innen eine Versicherheitlichung (*securitization*). Der in den 1980er Jahren in den Security Studies von der Kopenhagener Schule geprägte Begriff beschreibt einen Prozess, in dem Regierungen eigentlich zivile Probleme wie Immigration, Strafverfolgung oder Naturkatastrophen als Probleme darstellen und kontextualisieren, die mit einer besonderen Bedrohung der Sicherheit einhergehen.

Politische Entscheidungsträger:innen und Expert:innen arbeiten dabei darauf hin, die Öffentlichkeit mit komplizierten rhetorischen Mitteln davon zu überzeugen, dass es zur Bewältigung dieser Probleme besonderer Maßnahmen bedarf, die sie außerhalb der normalen Politik verorten. So können etwa Menschen- und Bürgerrechte oder übliche demokratische Abläufe umgangen werden. Diese Vorgehensweise kann auch zur Etablierung von Notmaßnahmen führen, die Regierungen legale Befugnisse an die Hand geben, Ausnahmeregelungen zu verhängen. Das trifft auch auf die Corona-Krise zu.

In dieser Bewältigungsstrategie setzt sich ein Trend fort, der sich in den vergangenen Jahren im Umgang westlicher Staaten mit Epidemien herausgebildet hat – ein Trend, den man kurzum als Versicherheitlichung von Gesundheitsfragen bezeichnen könnte. Israel bildet dabei keine Ausnahme. Dort wurde im Kampf gegen das Virus auf Kriegsterminologie zurückgegriffen: Zur Rechtfertigung der Ausnahmeregelungen verkündete Premierminister Netanjahu, Israel befinde sich »in einem Krieg gegen einen unsichtbaren Feind«. Andere Regierungen schlugen ganz ähnliche Töne an.

Obwohl auch in anderen Ländern Soldat:innen zur Aufrechterhaltung der neuen Ordnung eingesetzt wurden, zeichnet sich der Prozess in Israel durch eine viel größere Beteiligung des Sicherheitsapparates im Allgemeinen und der Armee im Besonderen aus: Das Krisenmanagement liegt beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council/NSC). Das Heimatfront-Kommando hat sogenannte Corona-Hotels eingerichtet, verwaltet sie und kümmert sich auch um die Logistik in Pflegeheimen. Polizeieinheiten bekamen zur Durchsetzung des Lockdowns Verstärkung durch Soldat:innen, und in der dicht besiedelten und stark von Corona betroffene Stadt Bnei Brak wurden zur Unterstützung, aber auch zur Überwachung der Bevölkerung Bataillons stationiert. Die Expertise des Militärs wird zur Kartierung, Regulierung und zum generellen Umgang mit dem Phänomen herangezogen. Der Inlandsgeheimdienst Shin-Bet wurde mobilisiert, um die Mobilisierungsdaten bestätigter Corona-Infizierter auszuwerten, und der Mossad wurde zur Anschaffung medizinischer Ausrüstung abgestellt.

Auf den ersten Blick stützen sich diese Maßnahmen auf einem nach wie vor starken israelischen Sicherheitsapparat, der in der Lage ist, Ressourcen – Arbeitskräfte, Technologie, Logistik und Infrastruktur – für das Krisenmanagement bereitzustellen. Doch diese Perspektive lässt andere Aspekte außen vor, insbesondere die Frage, wie sich ein solches Vorgehen demokratisch rechtfertigen lässt. Die Legitimation der Versicherheitlichung von Gesundheit beruht auf den von der Regierung geschürten Ängsten der

israelischen Bevölkerung, die ganz ähnlich wie die Menschen in anderen Ländern aufgrund von Verunsicherung zivilrechtliche Einschränkungen akzeptiert hat.

»In den vergangenen Jahren hat sich ein Umgang westlicher Staaten mit Epidemien herausgebildet, den man als Versicherheitlichung von Gesundheitsfragen bezeichnen könnte.«

In Israel wurden solche Maßnahmen auch von den seit der Staatsgründung 1948 etablierten Notstandsregelungen unterstützt. Außerdem herrscht in der Öffentlichkeit ein großes Vertrauen in die Sicherheitsorgane, was den Widerstand gegen ihre Maßnahmen erschwert. Um jedoch das Ausmaß der Legitimation der Versicherheitlichung zu verstehen, gilt es, einen Blick auf die Normalisierungsmechanismen in Prozessen der Versicherheitlichung zu werfen.

Das Framing der Epidemie als Sicherheitsfrage begann in dem Moment, in dem das Krisenmanagement ohne jede öffentliche Debatte an den NSC übergeben wurde. Laut Gesetz, das den NSC in Kraft gesetzt hat, ist dieser »im Auftrag des Premierministers verantwortlich für die organisations- und ressortübergreifende Stabsarbeit in Auslands- und Sicherheitsbelangen«. Sobald der NSC einen Vorgang koordiniert, deutet das also darauf hin, dass es sich um eine Sicherheitsfrage handelt. Der Spezialausschuss der Knesset, der über den Umgang mit dem Corona-Virus beraten hat, sprach dem NSC die nötige Kompetenz für die Aufgabe ab, weil dessen organisatorische Ressourcen denen anderer Verwaltungsorgane nicht vorzuziehen seien. Die grundlegende Entscheidung, die Corona-Krise als Sicherheitsfrage zu behandeln, kritisierte der Ausschuss jedoch nicht. Selbst wenn der NSC effektiv gearbeitet hätte, gäbe es dann nicht immer noch Anlass für Kritik?

Die rhetorische Klaviatur der Sicherheit

Der Parlamentsausschuss trug zum Framing des Virus als Sicherheitsfrage sogar noch aktiv bei, indem er sich für eine PR-Kampagne seitens der Israel Defense Forces (IDF) ausgesprochen hat. Dabei ließ das Gremium ein zentrales Problem außer Acht: Es geht nicht nur darum, welche Informationsquellen die Regierung heranzieht, sondern auch darum, woraus sich die Autorität dieser Informationsquellen speist – wenn nicht die offizielle Autorität, so doch zumindest die symbolische.

Als Militärjournalist:innen über die Corona-Krise zu berichten begannen, fing auch die unabhängige Presse an, sich an der Versicherheitlichung zu beteiligen. Allein die Tatsache, dass der militärische Teil der Presse sich mit der Krise beschäftigte, legitimierte ihre Einordnung als Sicherheitsfrage – als wäre das eine Selbstverständlichkeit. Später widmete sich das Institute for National Security Studies (ein unabhängiges Forschungsinstitut mit Anbindung an die Universität Tel Aviv) der Analyse der Corona-Krise und bestärkte so die Wahrnehmung der Gesundheitskrise als

Sicherheitskrise. Das Institut engagierte für die Analyse zwar Fachleute, verfügt jedoch selbst über keinerlei fundierte Expertise zum öffentlichen Gesundheitswesen. Das Institut spielte vielmehr auf der rhetorischen Klaviatur der Sicherheit, wie man an Formulierungen wie »Kriegsübung« oder »von der Eindämmung zum Sieg« erkennen kann.

Indem man den Kampf gegen eine Epidemie als Krieg bezeichnet, macht man den Umgang damit zu einer Sicherheitsfrage, gibt Sicherheitsexpert:innen die Befugnis, sich damit zu befassen, was das Framing als Sicherheitsfrage wiederum verstärkt und das Ergreifen irregulärer Maßnahmen rechtfertigt. Die Sicherheitsmaßnahmen, die Israel bereits zur Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank einsetzt, wurden so auf den Kampf gegen die Epidemie ausgeweitet. Potenziell galt jede mit dem Virus infizierte Person als eine Art Terrorist.

Selbst die Solidarität wurde in Israel von oben auferlegt wie in einem Krieg. Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür war die vom Channel 12 des Medienunternehmens Keshet initiierte virtuelle Pessach-Seder-Zeremonie. In Israel versucht der Staat, die Solidarität, die sich während der Corona-Krise in Europa gezeigt hat – etwa beim gemeinsamen Singen auf den Balkonen, eine spontane Aktion in vielen italienischen Städten, oder in anderen lokalen kommunalen Aktivitäten – von oben anzuregen. Die Regierung führte die (jüdische) Nation gewissermaßen in den Krieg.

Der durch die Versicherheitlichung entstandene Schaden besteht nicht nur in der wachsenden Gewöhnung an die ständige Überwachung durch den Inlandsgeheimdienst oder in einer vermehrten Präsenz des Militärs in Krisenzeiten. Man kann davon ausgehen, dass einige der Kontrollmaßnahmen auch nach der Corona-Pandemie erhalten bleiben werden, denn es liegt in der Natur einer solchen Krise, auf lange Sicht die autoritären Züge und Durchgriffsrechte der Regierung zu stärken. Sobald eine Maßnahme einmal ergriffen ist, ist sie aufgrund einer Art »Sperrklingeneffekts« schwer wieder rückgängig zu machen. Der Schaden besteht auch in der Lähmung der öffentlichen Diskussion darüber, mit welchen anderen Mitteln man angemessen auf die Corona-Krise hätte reagieren können. In dem Moment, in dem die Geschehnisse als Sicherheitsfrage behandelt wurden, dominierte eine bestimmte staatliche Logik die Debatte. Nicht nur, dass der öffentliche Diskurs nicht dazu anregte, auch andere Einschätzungen und Stimmen (etwa aus dem öffentlichen Gesundheitswesen) zu Wort kommen zu lassen, solche Stimmen wurden, wie im Kriegsfall üblich, sogar gezielt marginalisiert und zum Schweigen gebracht. Der dominante Diskurs der Versicherheitlichung setzt die deliberative Demokratie außer Kraft – nicht unbedingt konkrete demokratische Verfahren, sondern vielmehr die kulturelle Essenz der Demokratie. Es ist daher naheliegend, nachhaltige Schäden für das Gesundheitswesen, die Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu befürchten.

Der Artikel erschien am 20. Mai 2020 auf der Webseite des Forum for Regional Thinking.

LIBERAL UND UNGEIMPFT

NIR HASSON
JOSH BREINER

In Israel gibt es wie in vielen anderen Ländern Impfskeptiker:innen, die Verschwörungstheorien gegenüber offen sind. Das Besondere jedoch ist: In Israel protestieren auch gebildete Vertreter:innen der Oberschicht gegen die staatlichen Maßnahmen, obwohl sie sich zuvor von den »alternativen Fakten« Donald Trumps und Benjamin Netanjahus schockiert zeigten.

Impfgegner:innen bei einer Demonstration in Tel Aviv. »Es gibt keinen Impfstoff gegen Korruption«, »Mein Körper gehört mir und nicht Pfizer«, »Es gibt keine Epidemie«, heißt es auf einigen der Plakate, Oktober 2021. Foto: ActiveStills

Auf der gelben Gadsden-Flagge ist eine Klapperschlange mit dem Slogan »Tritt nicht auf mich« abgebildet. Sie geht auf den Unabhängigkeitskrieg der 13 nordamerikanischen Kolonien gegen das britische Königreich zurück und ist mittlerweile zum Kennzeichen der extremen Rechten in den USA geworden. Die Flagge wird auch auf Veranstaltungen der US-amerikanischen Tea-Party-Bewegung geschwungen und war ein prominentes Symbol während der Erstürmung des Kapitols durch Anhänger:innen des damaligen Präsidenten Donald Trump am 6. Januar 2021 in Washington D.C.

Auch in Israel war die Flagge im Sommer 2021 öfter zu sehen, doch nicht auf einer Demonstration von Rechtsextremen oder Verfechter:innen des freien Marktes. Vielmehr tauchte sie bei einer Protestveranstaltung gegen die israelische Corona-Politik auf. Es handelte sich um eine von vielen Kundgebungen vor dem früheren Amtssitz von Expremierminister Benjamin Netanjahu in der Balfourstraße in Jerusalem. Prominente Figuren, rhythmische Sprechchöre und handgemalte Schilder. Doch diesmal warfen sie der neuen Regierung nicht Korruption vor, sondern sprachen sich gegen die Wissenschaft und gegen Corona-Impfungen aus.

»Zwangsimpfungen = Verbrechen«, war auf einem Schild zu lesen, »Es gibt keine Pandemie. Es ist alles Schwindel« auf einem anderen. Und auf einem dritten: »Ohne Medien keine Pandemie.«

Quer durch alle Schichten

Israel bildet eine Ausnahme, wenn es um den Widerstand von Teilen der Bevölkerung gegen Impfungen und die Verbreitung von Verschwörungstheorien geht. In den meisten anderen Ländern gehören jene Menschen, die den medizinischen Wissensstand infrage stellen, an absurde Theorien glauben, die Pandemie verharmlosen und Impfungen verweigern, meist zu den besonders konservativen, religiösen und wenig gebildeten Bevölkerungsgruppen. In Israel finden sich Impfgegner:innen und -skeptiker:innen jedoch nicht nur in schwächeren und konservativen Kreisen, etwa unter arabischen Israelis, sondern auch im liberalen Lager. Auch gebildete Vertreter:innen der Oberschicht gehören dazu, obwohl sie sich von Trumps und Netanjahus »alternativen Fakten« zunächst schockiert gezeigt und für Kreativität-Anhänger:innen und Klimaschutz-Leugner:innen nur Verachtung übrig hatten.

Zu den prominenten Impfgegner:innen zählen Jüngere und auch Ältere, die schon länger an den Balfour-Protesten unweit der Residenz des israelischen Regierungschefs in der gleichnamigen Straße teilnehmen. Während Netanjahus Amtszeit wuchsen ihre Zweifel an der Existenz der Pandemie und an der Bedeutung von Impfungen. Offensichtlich hat der lang anhaltende Kampf gegen den Premierminister einen Nährboden für Verschwörungsglauben geschaffen und das allgemeine Misstrauen gegenüber dem politischen Establishment vertieft.

Die Forderungen und Aktionen der Demonstrierenden sind vielfältig. Sie verlangen mehr Transparenz, die Veröffentlichung der Protokolle von Sitzungen des israelischen

Kabinetts zum Thema Covid und Details über Abkommen mit dem Pfizer-Konzern. Mit aller Macht kämpfen sie gegen kleinste datenschutzrechtliche Verstöße und vertreten abseitige Verschwörungstheorien über Korruption in der Weltgesundheitsorganisation (WHO), im israelischen Gesundheitsministerium und in pharmazeutischen Unternehmen. Sie glauben an internationale Komplote und beschuldigen die Regierung, Daten über angeblich an Impfungen Verstorbene zurückzuhalten. Viele beziehen ihre Meinungen anscheinend aus der gewaltigen Echokammer der sozialen Netzwerke – ohne zwischen selbsternannten Expert:innen und solchen Wissenschaftler:innen und Ärzt:innen zu unterscheiden, die tatsächlich mit der Krise zu tun haben.

Es ist unmöglich, die Pandemie von den Balfour-Protesten zu trennen, unter die sich seit dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 Corona-Leugner:innen mischten. Sie riefen Mitdemonstrant:innen dazu auf, ihre Masken abzunehmen, weil sie die Corona-Pandemie für eine Lüge halten. Die führenden Köpfe der Bewegung haben jedoch immer so getan, als handele sich dabei um Randerscheinungen, weil sie fürchteten, die Demonstrationen selbst könnten Schaden nehmen. Mittlerweile sieht es so aus, als hätten diese Randgruppierungen nach dem Auszug Netanjahus aus dem Amtssitz den Mainstream erreicht. Sie reiten auf einer Welle des instinktiven Misstrauens und haben im Verlauf der Protestjahre immer mehr Anhänger:innen gewonnen.

Viele Köpfe hinter den Balfour-Protesten äußern ihre tiefe Frustration über den Umgang anderer Aktivist:innen mit der Pandemie. Sie behaupten, was wohl auch stimmt, dass es sich nur um eine Handvoll lautstarker Personen handele und die meisten Demonstrant:innen, die sich ursprünglich gegen Netanjahu ausgesprochen hatten, die Impfpfehlungen befolgten. Mittlerweile gibt es jedoch Fragen, die das Lager spalten.

Shmulik Grenstein und Abie Binyamin protestieren seit Jahren Seite an Seite vor dem Amtssitz des Generalstaatsanwalts in Petach Tikwa, in der Balfourstraße, vor Gerichten und vor der Knesset. Wenn es um Corona-Impfungen geht, unterscheiden sich ihre Meinungen jedoch diametral. »Ich verliere gerade meine besten Freunde, aber ich wehre mich gegen diese Verschwörung«, sagt Grenstein, der sich der Impfung verweigert.

Binyamin hingegen hält das für einen Fehler: »Es tut mir im Herzen weh, sie so zu sehen. Sie sind vom Weg abgekommen. Wenn sie sich wirklich für sozialen Wandel einsetzen würden, dann hätten sie sich impfen lassen.«

»Ich bin aus Neugier vor viereinhalb Jahren auf den Goren Square in Petach Tikwa gekommen. Je mehr ich über die Sache mit den U-Booten und die Korruption erfahren habe, desto klarer wurde mir, wie die Dinge laufen und wie hier mit Regeln umgegangen wird«, sagt Grenstein und bezieht sich auf den Verdacht, dass Netanjahu und seine Vertrauten in den Fall 3000 verwickelt sind – die sogenannte U-Boot-Affäre. »Die Impfungen sind meiner Meinung nach ein großes Verbrechen. In der Weltgesundheitsorganisation herrscht Korruption, denen kann man nicht trauen. Wir sind Versuchskaninchen, und die ganze Welt sieht zu.«

Konfrontiert mit Erkenntnissen, wonach die Gefahr einer schweren Erkrankung und des Todes bei Ungeimpften sechsmal so hoch ist wie bei Geimpften, antwortet

Grenstein: »Ich fühle mich wie im Jom-Kippur-Krieg. Damals war es auch gefährlich, aber es gab Leute, die sind freiwillig in den Kampf gezogen, und es gab sogar einige am Suez-Kanal. Ja, es ist gefährlich, aber so ist es im Kampf.«

Binyamin sagt, er sei untröstlich angesichts des Verhaltens seiner ehemaligen Mitstreiter:innen: »Anfangs war das Misstrauen gegenüber der Netanjahu-Regierung gerechtfertigt, weil er die Corona-Situation wirklich für seine politischen Ziele ausgenutzt hatte. Doch das Misstrauen hält an, obwohl es keinen Grund mehr gibt. Manche Menschen sind die extremsten Kämpfer:innen für Freiheit, die man sich nur vorstellen kann. Für sie ist jede Beeinträchtigung das Ende der Welt. Deren Einstellung ist: ›Sag mir nicht, was ich tun soll.‹ Es ist so, als hätte jemand die Kontrolle verloren. Jede Rotznase schreibt, dass die Mutter geimpft wurde und dann gestorben ist – und da weist mal nach, dass es keinen Zusammenhang gibt.«

Keine Antworten, nur Fragen

Roi Peleg war einer der bekanntesten Demonstranten von der Balfourstraße und hat sich besonders für die Einrichtung einer Untersuchungskommission zum Fall 3000 eingesetzt. Jetzt gehört er zu jenen Aktivist:innen, die Zweifel am Umgang der derzeitigen Regierung mit der Pandemie hegen. Er beklagt vor allem die fehlende Transparenz: »Immer mehr Menschen sterben an Herzversagen, Schweigen und Missachtung und am Verheimlichen von Nebenwirkungen. Und dann diese Geheimnistuerei um die Abkommen«, postete er kurz vor den Protesten im Sommer 2021 über Israels Erwerb von Pfizer-Impfstoffen. »Wo ist die rote Linie?«

In einem Gespräch mit der Zeitung *Haaretz* sagte Peleg: »Balfour und der Kampf um die Zukunft unseres Staates, für einen besseren, transparenteren Staat, das ist ein und derselbe Kampf.« Der Öffentlichkeit werden nur ausgewählte Daten vorgelegt, fährt er fort: »Warum ziehen sie bei ihren Diskussionen nicht auch Bildungs-, Wirtschafts- und anderweitige Expert:innen hinzu? Warum nur Mediziner:innen? Immerhin wirkt sich das Corona-Virus auch auf diese Bereiche aus. Es gibt keine Transparenz. Stattdessen beschließen sie, die einen Daten stärker zu gewichten als die anderen. Sie beschließen, welche Gruppen rechtmäßig sind und welche nicht.« Obwohl Pelegs Äußerungen mit Ausrufezeichen versehen zu sein scheinen, gibt er zu: »Ich habe keine Antworten – nur Fragen.«

Eine weitere bekannte Persönlichkeit unter den Balfour-Aktivist:innen ist der Rechtsanwalt Eldad Yaniv, der jeden Tag beliebte Videoclips veröffentlicht, in denen er die derzeitige Regierung und ihre Corona-Maßnahmen scharf kritisiert. »Ich bin keine NGO oder sonstige Organisation. Ich bin eine Privatperson mit einem iPhone.« Yaniv weist jeden Vorwurf zurück, dass er damit Corona-Leugner:innen unterstütze.

Das Corona-Virus existiert und es ist furchtbar«, so Yaniv. »Ich bin geimpft und alle, die ich interviewe, sind es auch. Wir alle vertrauen der Wissenschaft und den Impfungen. Trotzdem bin ich der Meinung, das Gesundheitsministerium hätte von vornherein seine offiziellen Sitzungen

zum Corona-Virus öffentlich abhalten und die Abkommen mit Pfizer der Allgemeinheit zugänglich machen sollen.«

Der Gründer der Crime-Minister-Bewegung Yishai Hadas spielte bei den Anti-Netanjahu-Protesten in Jerusalem eine wichtige Rolle. Heute gibt er zu, dass er befürchtet, die Impfgegner:innen würden die früheren Proteste rückwirkend in ein anderes Licht rücken. »Ich habe drei Impfungen bekommen. Wenn man mich fragt, ob man sich impfen lassen soll, sage ich: ›Ja, ich habe mich impfen lassen‹ – aber ich werde nicht predigen. Impfen ist etwas sehr Persönliches und ich möchte kein Impfvertreter sein.«

»Es gibt viele unterschiedliche Menschen und viele Meinungen auf den Balfour-Demonstrationen«, so Hadas weiter. »Eine Aussage haben wir alle geteilt: Bibi go home. Zu den Protesten gegen die Impfungen kommen ein paar Leute, die auch bei den Balfour-Treffen waren. Sie sind eine winzige Minderheit. Mit der Aussage, dass alle Balfour-Demonstrant:innen jetzt gegen Impfungen sind, lehnt man sich weit aus dem Fenster. Manchmal geht es auch um die Geheimhaltung von Informationen, um Transparenz – und fehlende Transparenz ist auch eines der Themen der aktuellen Anti-Corona-Demonstrationen. In dem Moment, in dem es Menschen gibt, denen Informationen vorenthalten werden oder die das Gefühl haben, dass die Regierung etwas zu verbergen hat, ist es nur logisch, dass auch einige Balfour-Demonstrant:innen Interesse an diesem Thema zeigen.«

Laut Soziolog:innen, die die Ablehnung der Corona-Politik in der israelischen Bevölkerung beobachten, hält dieses Misstrauen auch nach dem Ende der Netanjahu-Ära an. »Proteste geben vielen Menschen einen Sinn im Leben, und zwar auf positive Weise. Sobald ein Protest vorbei ist, suchen sie sich etwas Neues. Die Balfour-Proteste richteten sich stark gegen das Establishment, da hat sich ein enormes Misstrauen ausgedrückt. Es überrascht also nicht, dass es sich auch auf andere Weise zeigt«, so Guy Shani, Soziologe an der Bar-Ilan-Universität.

»Die Impfgegnerschaft zieht sich in Israel durch alle sozioökonomischen Schichten und Bildungsniveaus. Die Informationen stammen teilweise von Rabbinern oder anderen religiösen Quellen, teilweise von Leuten, die ihre eigene Interpretation der Daten verbreiten«, sagt Nathan Stolero von der Fakultät für Kommunikationswissenschaften der Universität Tel Aviv, der die digitalen Diskurse zum Thema Impfen verfolgt. »Bei diesem Thema geht es sehr stark um Vertrauen, und ich nehme an, dass es in der Linken viele Menschen gibt, die dem System misstrauen.«

»Bedenken gegenüber Impfungen oder die gänzliche Weigerung, das lässt sich auf das geringe Vertrauen in die Regierung zurückführen. Dass es einen Regierungswechsel gab, hat offenbar nichts daran geändert«, so auch Erga Atad, Expertin für Medien und politische Kommunikation am Interdisciplinary Center Herzliya. »Das deckt sich auch mit Meinungsumfragen zu Beginn der Krise und danach. Dabei hat sich gezeigt, dass man dem Premierminister und den Regierungsministerien die Bewältigung der Krise nicht unbedingt vertraute.«

Der Artikel erschien zuerst am 16. August 2021 in der englischen Ausgabe der Tageszeitung *Haaretz*.

LEBEN UNTER BESATZUNG

Im Juni 1967 begann die Besetzung palästinensischer Gebiete im Westjordanland, im Gazastreifen und in Ostjerusalem – und ein Ende ist wie vor einem halben Jahrhundert nicht in Sicht. Im Gegenteil: In wirtschaftlichen ebenso wie in Sicherheitsbelangen ist die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) völlig abhängig von der israelischen Regierung. Ganz zu schweigen von den Menschen im Westjordanland und Gazastreifen: Ausbeutung, Demütigungen und ein perfides System ausgeklügelter Passiergenehmigungen strangulieren das Alltagsleben unter der Besatzung.

Zugleich wächst die Zahl der Siedlungen – eine Million Israelis sollen nach dem Wunsch rechter Politiker:innen bis 2030 in den besetzten Gebieten leben. So hat sich die mit den Abkommen von Oslo 1993 und 1995 verbundene Hoffnung, sie enthielten die Blaupause für einen eigenständigen palästinensischen Staat, längst zerschlagen. Die Realität zeigt ein Palästina, zusammengesetzt aus wirtschaftlich kaum überlebensfähigen, politisch hoch explosiven Enklaven.

Gespalten wird dadurch auch die palästinensische Führung: Während die im Gazastreifen herrschende Hamas von Iran, der Türkei und Katar unterstützt wird, setzen Fatah und PLO weiter auf

Beistand aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Doch mit Unterzeichnung der sogenannten Abraham-Abkommen 2020 geht auch diese Gleichung nicht mehr auf. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain bedeutet eine Zäsur in der Geschichte des Nahostkonflikts: Israel steht nun offiziell auf der Seite der sunnitischen Golfstaaten, viele Palästinenser:innen fühlen sich dadurch verraten.

Dabei könnte Druck vom Golf helfen, Alternativen zur Zweistaatenlösung zu unterstützen, die sich ohne politischen Willen und internationalen Druck vor allem aus den USA kaum durchsetzen lassen werden. Das gilt für ein mögliches Einstaatenmodell, das angesichts palästinensischer Bevölkerungsmehrheit Existenzängste auf jüdischer Seite auslöst, wie für Pläne für einen föderalen Staat mit gleichen Rechten für alle Bürger:innen oder ein Konföderationsmodell, das zwei unabhängige Staaten in einem Land mit offenen Grenzen für die jeweils andere Bevölkerung vorsieht. Langfristig nicht tragbar jedoch ist der Status quo: eine Fortführung der Besatzung mit gesonderten Rechtssystemen für Israelis wie Palästinenser:innen auf demselben Territorium.

BÜROKRATIE ALS WAFFE

Yael Berda

Die effektivste Waffe Israels gegen die palästinensische Bevölkerung bleibt zumeist unsichtbar – der riesige Bürokratieapparat, der mit seinen strengen Arbeits-, Reise- und Aufenthaltsregularien den Alltag unter der Besatzung stranguliert.

Stell dir vor, um arbeiten oder einkaufen zu gehen, um deine Familie oder eine Kulturveranstaltung zu besuchen, musst du erst eine Erlaubnis beantragen. Stell dir vor, dass du bei der Antragsstellung weder weißt, ob dir die Erlaubnis erteilt wird noch wie das Verfahren abläuft, das darüber entscheidet, wer warum eine Erlaubnis erhält und wer nicht.

Stell dir vor, du zählst zu den mehr als 250.000 Menschen, denen die Einreise grundsätzlich verweigert wird, weil sie vom Geheimdienst oder von der Polizei als »Sicherheitsrisiko« eingestuft werden. Stell dir vor, du weißt noch nicht einmal, warum du so eingestuft wirst.

Stell dir vor, diese Einschränkung deiner Bewegungsfreiheit beruht darauf, dass dir keine Bürgerrechte zustehen und dir als Rechtssubjekt jede Möglichkeit verwehrt ist, an den politischen Entscheidungen teilzuhaben, die dein Leben bestimmen.

Stell dir vor, du wirst einer verdächtigen Bevölkerungsgruppe zugerechnet, die einer Notstandsgesetzgebung unterliegt, die ausgerechnet im Zuge von Friedensverhandlungen zunehmend verschärft wurde. Währenddessen wird deine Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt, die Zahl der jüdischen Siedlungen nimmt zu und die bürokratische und prozedurale Gewalt, die deine Zeit, deinen Bewegungsraum, deine sozialen Beziehungen und selbst deine Träume bestimmt, bleibt unsichtbar. Das ist es, was ich die Bürokratie der Besatzung nenne.

Israels seit 1967 bestehende Militärherrschaft über die palästinensische Zivilbevölkerung dürfte bei vielen Beobachter:innen Bilder von Gewehrläufen, Stacheldrahtzäunen, Checkpoints und der berüchtigten Mauer hervorrufen. Doch das Arsenal zur Kontrolle von Millionen Palästinenser:innen und ihres Alltagslebens besteht größtenteils aus den unsichtbaren Waffen eines riesigen Bürokratieapparats, der vor allem der Mobilitätsbeschränkung dient, und zwar mittels Passierscheinen, Identifikationskarten und einem weitreichenden Überwachungssystem, das darauf basiert, innerhalb ein und desselben Territoriums unterschiedliches Recht für die palästinensische und die israelische Bevölkerung gelten zu lassen.

Das Passierscheinregime

Über einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren – und mit einer zunehmenden Geschwindigkeit seit dem Oslo-Friedensprozess – hat sich dieses bürokratische Regime in eine spezifische Richtung entwickelt: Es hat einen äußerst komplexen Verwaltungsapparat hervorgebracht mit dem Ziel, die Bewegungen einer ganzen Bevölkerung zu kontrollieren. Dieses Regime gilt es zwar im spezifischen Kontext des Siedlerkolonialismus zu betrachten, es weist jedoch viele Ähnlichkeiten mit anderen aktuellen Grenzkontroll- und Polizeiregimen auf. In seinen extremsten Erscheinungsformen steht es für die institutionelle Logik von Überwachungssystemen, die weltweit dafür genutzt werden, um mit ausgeklügelten Sicherheitsklassifizierungen Menschen in verschiedene Gruppen einzuteilen, sie voneinander zu spalten und damit soziale und gesellschaftliche Ungleichheiten aufrechtzuerhalten.

Israels beharrliche Rechtfertigung für die Überwachung und Einschränkung der Mobilität der Palästinenser:innen und damit auch für seine andauernden, tagtäglichen Menschenrechtsverstöße lautet, dass diese Maßnahmen absolut unumgänglich seien, um die Sicherheit des Staates Israel und seiner Bürger:innen zu wahren. Tatsächlich sind in den letzten 30 Jahren über 1.000 Israelis durch palästinensische Angriffe ums Leben gekommen. Angesichts der strukturellen Beschaffenheit und der institutionellen Abläufe, die Teil des Passierschein-Regimes sind, erscheint es jedoch fraglich, dass dieses Vorgehen ausschließlich Sicherheitsüberlegungen geschuldet ist. Vielmehr zeugen die Maßnahmen von anderen institutionellen Zielsetzungen, darunter die umfassende politische und gesellschaftliche Kontrolle des Alltagslebens der palästinensischen Bevölkerung und die Anwerbung zigtausender Informant:innen durch den israelischen Inlandsgeheimdienst Schin Bet.

Im Mittelpunkt dieses Artikels steht die Art und Weise, wie Israel versucht, die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten zu unterbinden bzw. einzuschränken. Das Anliegen, als gefährlich eingestufte Bevölkerungsgruppen räumlich zu kontrollieren, teilt die israelische Regierung mit vielen anderen Regierungen, vor allem in Zeiten, in denen sich Terrorismus, Kriminalität, Migration und neuerdings auch Viruserkrankungen zu einem allgegenwärtigen Bedrohungsszenario verdichtet haben, das als Gefahr für die Nation wahrgenommen wird. Um diese Sicherheitsrisiken zu handhaben, kam es im globalen Maßstab zu einem Ausbau von staatlichen Strukturen, die es ermöglichen, die Bewegungsströme von Populationen innerhalb von oder über umstrittene(n) Grenzen hinweg zu verlangsamen oder zu verhindern. Staaten setzen dabei auf neueste Technologien, Expertenwissen und Fachpersonal, sie sammeln Daten über diejenigen, von denen »Risiken« ausgehen könnten, und überwachen, identifizieren und benennen ständige neue potenzielle »Gefährdergruppen« in und außerhalb der eigenen Bevölkerung.

Das Vorgehen in den besetzten Gebieten zu untersuchen ist von daher auch aus internationaler Sicht von Relevanz. Denn als ein Staat im permanenten Ausnahmezustand nimmt Israel bei der Bevölkerungskontrolle in gewisser Weise eine Vorreiterrolle ein: Die von ihm erprobten Ansätze und Techniken dienen anderen Staaten oft als Blaupause und haben als Teil des globalen Krieges gegen den Terror und zunehmend auch unter anderen Vorwänden inzwischen weltweite Verbreitung gefunden. Das Fachwissen, die Technologien und die institutionelle Logik, die das Kontrollregime im Westjordanland auszeichnen, kommen seit etwa einem Jahrzehnt auch verstärkt in Europa, in den USA und in Südasien zur Anwendung. Dank intensiver Marketingkampagnen und mithilfe von Ausbildungsstätten für ausländische Sicherheits- und Streitkräfte konnte Israel seine Expertise erfolgreich an etliche andere Staaten weitergeben, die sich vorgenommen haben, die Bewegungsströme von als gefährlich wahrgenommenen Bevölkerungsgruppen stärker zu kontrollieren bzw. zu verhindern.

Aus der Kolonialzeit stammende Notstandsgesetze

Als das israelische Militär 1967 die palästinensischen Gebiete Westjordanland und Gaza besetzte, hatte es bereits Erfahrung mit einem Militärapparat zur Verwaltung einer als feindlich und verdächtig geltenden Lokalbevölkerung. Von 1949 bis 1966 hatte sich die israelische Militärregierung eines von Großbritannien übernommenen kolonialen Instrumentariums bedient, um die räumliche Mobilität der palästinensischen Bevölkerung Israels zu überwachen sowie ihren Alltag und ihr politisches Leben zu kontrollieren. Dabei setzte man vor allem auf drei wirkungsvolle Instrumente, die auch die spätere Besatzungspolitik prägen sollten: Notstandsgesetze, die Klassifizierung der Bevölkerung nach dem von ihr ausgehenden Bedrohungspotenzial und räumliche Abschottung.

Die Verwaltung der 1967 besetzten Gebiete ging mit zahlreichen, für eine Kolonialherrschaft typischen Spannungen und Herausforderungen einher, die noch dadurch verschärft wurden, dass man vielerorts davon ausging, die Besatzung sei nur vorübergehend. Auf offizieller Ebene schwankte man zwischen Bestrebungen, die palästinensische Bevölkerung mit administrativen Maßnahmen zu kontrollieren, und Befürchtungen vor den damit einhergehenden hohen ökonomischen Kosten. Die Unterscheidung zwischen den besetzten Gebieten und dem Rest des Landes, auf die Israel großen Wert legte, und die Aberkennung der Grund- und Eigentumsrechte der palästinensischen Bevölkerung, entwickelten sich damit, wie der Politikwissenschaftler Neve Gordon erklärt, zu wesentlichen Elementen der Besatzungslogik.

Im Frühjahr 1963, bereits vier Jahre vor dem Sechstagekrieg, beschloss der Militärstaatsanwalt Meir Shamgar, dass im Fall einer israelischen Besatzung des Westjordanlands auf die britisch-kolonialen Notstandsgesetze (Emergency Defense Regulations) von 1945 zurückgegriffen werden sollte. Es handelte sich dabei um ein Regelwerk, das überall im britischen Empire und auch zuvor schon im Mandatsgebiet Palästina zum Einsatz gekommen war, um Aufstände zu unterdrücken, politische Oppositionsbewegungen zu zerschlagen und gleichzeitig wirtschaftliche Ausbeutung zu ermöglichen. Die Notstandsgesetze führten eine Dekretherrschaft ein und garantierten somit eine umfassende Verfügungsmacht der Exekutive.

Zvi Inbar, ein junger Soldat und Teil von Shamgars juristischem Team, schrieb 1963 in seinem Tagebuch, dass der Entwurf für die Verwaltung der besetzten Gebiete wortwörtlich aus den britischen Notstandsgesetzen von 1945 übernommen worden war: »Heute habe ich mit einem Übersetzer daran gearbeitet, die Notstandsgesetze von 1945 ins Arabische zu übertragen. Wir mussten [...] Ausdrücke streichen wie »Hoher Kommissar« oder »Streitkräfte Ihrer Majestät« und sie durch »Oberbefehlshaber«, »Streitkräfte Israels« usw. ersetzen.« Einige Tage später schrieb Inbar: »Um die arabische Übersetzung der Notstandsgesetze weiter vorzubereiten, ist der beste Weg [...], Fotokopien der (britischen) Gesetzestexte zu erstellen, die Textabschnitte auszuschneiden, neu zusammenzufügen und anschließend erneut zu kopieren.«¹

Durch dieses Kopieren und Zusammenfügen kam es nicht nur zu einer territorialen Übertragung der Geltungskraft eines Gesetzes. Hiermit übernahm man auch das administrative Gedächtnis der Kolonialherrschaft, wozu neben Gesetzen auch institutionelle Praktiken und politische Dispositionen zählten, allen voran die Vorstellung, dass es legitim sei, auf der Grundlage ethnischer Kategorien Bevölkerungsgruppen gesonderten Rechtssystemen zu unterwerfen. 1967 wurde ebendieses juristische Modell zur Kontrolle des zivilen Lebens in den besetzten Gebieten eingeführt, und den Gouverneuren kam dort die gleiche Rolle zu wie früher den Bezirkskommissaren in den britischen Kolonien. Die Militärdekrete waren nicht Teil des israelischen Rechts und wurden statt auf ein bestimmtes Territorium nur auf die palästinensische Bevölkerung angewandt. Als israelische Regierungen in den Folgejahren die jüdische Besiedlung der besetzten Gebiete förderten, waren israelische Bürger:innen vom Militärrecht ausgenommen und blieben dem israelischen Zivilrecht unterstellt. Für Palästinenser:innen galt zwar ein gesondertes Rechtssystem, doch ihre Bewegungsfreiheit und ihre Möglichkeiten, in Israel einer Arbeit nachzugehen, unterlagen größtenteils noch keiner staatlichen Kontrolle. In der Folgezeit gerieten aber nicht nur Palästinenser:innen in eine Situation wirtschaftlicher Abhängigkeit, sondern auch bestimmte Branchen der israelischen Wirtschaft wie etwa das Bauwesen.

Die duale Bürokratie nach Oslo

1993 unterzeichneten Israel und die PLO das Oslo-I-Abkommen. Das Herzstück dieser Vereinbarung war die Anerkennung der Autonomie der palästinensischen Bevölkerung durch die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Ein Zeitplan wurde festgelegt, der schrittweise zur Gründung eines palästinensischen Staates führen sollte. Mit dem Abkommen wurde ein sehr bedeutender institutioneller Wandel in der Verwaltung der besetzten Gebiete eingeleitet, der aber vor dem Hintergrund der von Gewalt, gegenseitigen Vorwürfe und Ausweglosigkeit gekennzeichneten Entwicklung seit dem Scheitern des Friedensprozesses nur selten thematisiert wird.

Dem Abkommen liegt eine komplexe Karte von Zuständigkeitsbereichen zugrunde, die das Westjordanland in verschiedene Zonen (A-, B- und C-Gebiete) mit jeweils unterschiedlichem Rechtssystem und Verantwortlichkeiten zwischen Israelis und Palästinenser:innen aufteilt. In Zone A ist die Palästinensische Autonomiebehörde für die Sicherheit und zivile Angelegenheiten wie Bildungs- und Gesundheitsversorgung verantwortlich. In Zone B sind Sicherheitsaufgaben zwischen Palästinensischer Autonomiebehörde und israelischem Militär aufgeteilt. In Zone C ist das israelische Militär alleinverantwortlich für die Sicherheit.

Das Abkommen basiert daher auf der wesentlichen Unterscheidung zwischen zivilen Zuständigkeitsbereichen (wie etwa Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Handel und Verwaltung der Zivilbevölkerung) und Sicherheitsbefugnissen (wie etwa Grenzkontrollen, Bekämpfung militanter palästinensischer Gruppen, Festnahmen und Gesetzesvollzug in den Zonen B und C). Mit dem Oslo-Prozess

wurde in den palästinensischen Gebieten ein sozialräumliches und rechtliches Raster geschaffen, nach dem Menschen je nach Wohnort, Bevölkerungsdichte und geografischer Nähe zu israelischer Bevölkerung unterschiedlich behandelt werden. Ein Raster, basierend auf vermeintlichen Risikofaktoren und Verdachtsmomenten, bestimmt wiederum darüber, welcher Art von Gewalt – Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Festnahme, Gewahrsam, Konfiszierung etc. – und welchen anderen Formen der Kontrolle diese Menschen ausgesetzt sind.

Israels Machtübergabe an die »Autonomen Gebiete« erforderte auch eine veränderte Rolle der Zivilverwaltung, und zwar dahingehend, dass diese sich von einer staatlichen Institution mit direktem Einfluss auf die palästinensische Zivilbevölkerung in eine koordinierende Instanz verwandeln musste, deren Aufgabe darin besteht, die Palästinensische Autonomiebehörde zu überwachen und anzuweisen. Die Palästinensische Autonomiebehörde wiederum war unmittelbar für die palästinensischen Bewohner:innen in den besetzten Gebieten zuständig und damit auch für die Regulierung der Mobilität von in Israel arbeitenden Palästinenser:innen. Die neue Machthierarchie und Arbeitsteilung sah vor, dass die palästinensische Behörde die demografischen und statistischen Daten sammelte und sie an die israelisch-palästinensischen District Coordination Offices (DCO) weiterreichte.

Im Zuge des Oslo-Prozesses entwickelte sich also ein administratives Modell indirekter Herrschaft, das sowohl auf der räumlichen Segregation der Bevölkerung als auch auf einer institutionellen Trennung in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht basiert. Ausgehend von diesem Modell sollte Israel dann durch seinen Rückzug aus den besetzten Gebieten den Palästinenser:innen schrittweise mehr Autonomie gewähren. Israel hätte folglich einen Paradigmenwechsel vollzogen, nämlich weg vom Prinzip der Kolonisierung hin zur Separation.

Im Rahmen der Kolonisierung verwaltete das israelische Militär das Leben der kolonisierten Bevölkerung, während es zugleich die territorialen Ressourcen erschließen konnte. Separation bedeutete dagegen, dass – mit dem Abzug der israelischen Sicherheitskräfte aus den palästinensischen Städten und der Übertragung ihrer Befugnisse auf die Palästinensische Autonomiebehörde – der Zugriff des israelischen Staates auf die palästinensische Zivilbevölkerung und ihr Alltagsleben reduziert worden wäre. Meine Recherchen zur Mobilitätskontrolle zeigen jedoch, dass die strukturellen Veränderungen innerhalb der israelischen Institutionen tatsächlich zur Ausweitung ihrer Kontrolle und ihres Wissens über die palästinensische Bevölkerung geführt haben.

Abschottung und Separation

Nur selten wird gesehen, dass die Etablierung des Passierschein-Regimes in den besetzten Gebieten zeitlich mit einem Wandel der Erwerbsbevölkerung und des Arbeitsmarkts in Israel zusammenfiel. Die veränderte Nutzung migrantischer und palästinensischer Arbeitskräfte, die beide eine wesentliche Rolle für die israelische Wirtschaft spielen,

hat zum einem mit globalen Veränderungen und zum anderen mit den Oslo-Prozessen zu tun.

In den frühen 1990er Jahren, als es zu einem vermehrten Zuzug von Arbeitsmigrant:innen nach Israel kam, waren fast 40 Prozent der Beschäftigten im israelischen Bauwesen Palästinenser:innen aus den besetzten Gebieten. Während migrantische Arbeitskräfte zunächst oft eingesetzt wurden, um Lohndumping zu betreiben und um über die Konkurrenz die einheimische Arbeiterschaft in Israel zu disziplinieren, veränderte sich mit der israelischen Politik der Abschottung und Separation in Reaktion auf die Erste Intifada die Situation für die palästinensischen Arbeiter:innen. Sie wurden zunehmend durch Arbeitsmigrant:innen ersetzt, die häufig eine Festanstellung erhielten und somit zu einen integralen Bestandteil der israelischen Wirtschaft wurden.

»Die israelische Besatzungs-bürokratie zeichnet sich durch eine »effektive Ineffizienz« aus.«

Die Abschottungspolitik verwandelte die migrantischen Arbeiter:innen also gewissermaßen in ein Instrument in einem politischen Konflikt, der zunehmend auf dem Feld des Arbeitsmarkts ausgetragen wurde. Da die Palästinenser:innen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts auf ihre Bewegungsfreiheit angewiesen waren, wurde das Passierschein-Regime zu einer mächtigen ökonomischen Waffe gegen den palästinensischen Widerstand. Die rassistische Trennung zwischen palästinensischen und anderen Arbeiter:innen fügte sich ein in die starre Hierarchie des israelischen Arbeitsmarkts, der ohnehin bereits von ethnischer Stigmatisierung und Stratifizierung geprägt war: An der Spitze der Arbeitsmarktpyramide standen jüdische Arbeiter:innen europäischer Herkunft, gefolgt von jüdischen Arbeiter:innen asiatischer oder nordafrikanischer Herkunft (Mizrachim), palästinensischen Staatsbürger:innen Israels sowie migrantischen Arbeiter:innen. Ganz unten befinden sich bis heute die palästinensischen Arbeiter:innen aus den besetzten Gebieten.

In den Oslo-Abkommen war zwar von einem ungehinderten Zufluss von Arbeiter:innen und Gütern aus den besetzten Gebieten nach Israel die Rede, doch infolge der Abschottung ging die Zahl der in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeiter:innen 1995 um die Hälfte zurück. Die Kluft zwischen dem politischen Diskurs, der Freizügigkeit und freie Märkte betonte, und einer von Immobilität, Isolation und Armut gezeichneten Realität führte bei vielen Palästinenser:innen zu Ängsten und Zweifeln am Oslo-Prozess. Die 1994 und 1995 in israelischen Städten verübten Selbstmordanschläge lieferten eine weitere Rechtfertigung für die Abschottungspolitik und ihre nachdrückliche Umsetzung in Form von immer mehr bewachten Checkpoints, Erdwällen, Grenzpolizei und Militärpatrouillen, aber auch erhöhten Anforderungen an die Identifikationsdokumente der palästinensischen Bevölkerung.

Im Oktober 2000 mündeten die Zusammenstöße zwischen palästinensischen und israelischen Sicherheitskräften rasch in dem, was als Al-Aksa-Intifada bekannt wurde. Die erste Institutionen, die dabei zusammenbrachen,

waren die District Coordination Offices (DCO). Zum Teil kam es in den gemeinsam genutzten Koordinationsbüros sogar zu Schussgefechten zwischen israelischen Soldat:innen und palästinensischen Sicherheitskräften. Die Zusammenarbeit der gemeinsamen Gremien wurde über Nacht aufgekündigt und die israelische Zivilverwaltung geißelte die palästinensische Führung als »Architekten der Terrorangriffe«. Infolge des Zusammenbruchs der DCO sah sich der israelische Teil der Besatzungsbürokratie dazu berechtigt, seine Befugnisse als administrative Waffe gegen die palästinensische Zivilbevölkerung einzusetzen. Palästinenser:innen galten nun nicht länger als »feindselige Bevölkerung«, sondern als »gefährliche Feindbevölkerung«, die an einer direkten kriegerischen Auseinandersetzung beteiligt ist und diese vorantreibt.

Bei der israelischen Besatzungsbürokratie führte diese Situation zu Unruhe und Verwirrung und war Anlass, neue Kategorien zu entwickeln, um zwischen Freund und Feind unterscheiden zu können. Die einzige Gewissheit bestand darin, dass sämtliche Bewohner:innen des Westjordanlands eine potenzielle Sicherheitsgefahr darstellen. So wurde der Aspekt der Klassifizierung und Identifizierung von Sicherheitsrisiken zum Dreh- und Angelpunkt des administrativen Apparats. Binnen kürzester Zeit wurden die Identifikation und Abwehr von Sicherheitsrisiken allen anderen Zielen der Besatzungsbürokratie vorangestellt. Der israelische Inlandsgeheimdienst Schin Bet legte fest, nach welchen Kriterien Palästinenser:innen verschiedenen Risikogruppen zuzuordnen waren. Nur wenige Tage nach Ausbruch der Intifada wurde der Schin Bet zur Informationsquelle und gleichzeitig zur maßgeblichen Instanz, die über die Maßnahmen der Bevölkerungskontrolle in den besetzten Gebieten entschied.

Mit der Auflösung der dualen Strukturen und Zuständigkeiten kam es in der Zivilverwaltung auch zu schwerwiegenden administrativen Problemen infolge von Personal- und Budgetengpässen. Die institutionellen Auswirkungen waren verheerend. Wenn sich Palästinenser:innen für einen Passierschein an die Büros der Palästinensischen Autonomiebehörden wandten, wurde ihnen gesagt, dass die Kommunikation mit Israel gestoppt sei, sodass sie die DOC direkt aufsuchten, um dort die für den Übergang nach Israel erforderlichen Dokumente zu erlangen. Als die Angestellten in der Zivilverwaltung personelle Unterstützung anforderten, um die täglichen Anfragen Tausender Palästinenser:innen bewältigen zu können, reagierten Verteidigungs- und Finanzministerium auf ihre Proteste und wiederholten Streiks mit einer kategorischen Absage.

Ansturm auf die Koordinationsbüros

Da die District Coordination Offices die einzige Einrichtung waren, die die erforderlichen Dokumente ausstellen konnten, wurden sie von Tag zu Tag von immer mehr Palästinenser:innen aufgesucht. Dieser Ansturm verstärkte sich noch durch die wachsende Zahl von Palästinenser:innen, die als sicherheitsgefährdend eingestuft worden waren und denen die Einreise nach Israel grundsätzlich verwehrt blieb. Von Oktober 2000 bis 2005 klassifizierte der Schin

Bet über 200.000 Palästinenser:innen als Sicherheitsbedrohung, während die Polizei weitere 60.000 als potenzielle Kriminelle einstufte – was damals insgesamt rund einem Viertel der erwachsenen männlichen palästinensischen Bevölkerung entsprach. Tausende bemühten sich daraufhin um eine Aufhebung ihres Einreiseverbots und um eine der vielbegehrten Magnetkarten und Passierscheine.

Ab Oktober 2000 weitete der Schin Bet seinen Einfluss auf das Passierschein-Regime enorm aus und verwandelte sich von einer Behörde von Agenten und Sicherheitsfachleuten in eine Organisation, die über die Politik und Praxis des Verwaltungsapparats bestimmte. Die Kompetenz, darüber zu entscheiden, welche Palästinenser:innen als Freund oder Feind gelten, entwickelte sich damit zu einer unanfechtbaren Form von Macht. Die Einschätzung, jemand stelle ein Sicherheitsrisiko dar, betraf eine immer größere Zahl von Einwohner:innen. Es handelte sich bei sicherheitsgefährdend nicht länger um eine feste Kategorie, sondern um ein veränderliches Profilraster, bei dem Alter, Geschlecht, Region, Familienstatus, politische Zugehörigkeiten, Religiosität oder sonstige Geheimdienstinformationen eine Rolle spielen konnten. Mit der Zeit kamen immer neue Indizes und Kenngrößen hinzu, die weiterhin als Verschlussache gelten, sodass die geheimen Listen immer länger und länger wurden. Wie im Einzelnen darüber entschieden wird, ob eine Person als Sicherheitsrisiko gilt und damit in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden soll, bleibt ein administratives Geheimnis. Es hängt jedoch eng mit der Einschätzung zusammen, in welcher Beziehung die betreffende Person zu Israel steht.

Das Passierschein-Regime beruht, wenn man dafür herkömmliche Prinzipien einer rationalen Verwaltung heranzieht, auf einem eigentümlichen Gebilde aus Institutionen und Technologien. Die moderne Bürokratie bewertet Verwaltungsangestellte nach ihrer vermeintlichen Effizienz, vor allem nach ihrer Fähigkeit, die zur Erreichung bestimmter Ziele erforderlichen Mittel anzupassen und damit Zeit und Ressourcen einzusparen. Die israelische Besatzungsbürokratie zeichnet sich dagegen durch eine »effektive Ineffizienz« aus, was damit zusammenhängt, dass sie sowohl einen zivilen als auch militärischen Charakter hat und von eklatantem Personalmangel geprägt ist.

Trotz dieser Ineffizienz leistet dieses System der Bevölkerungskontrolle für das Westjordanland mehrerlei: Durch die Ausweitung der Überwachung und Kontrolle sorgt es zunächst dafür, dass die Palästinenser:innen von diesem System abhängig sind. Durch die Behinderung der Mobilität erzeugt es zudem Ungewissheit, Desorientierung und Argwohn innerhalb der palästinensischen Gesellschaft. Darüber hinaus hat dieses Mobilitätsregime zusammen mit einem gewaltigen Überwachungsapparat in den letzten beiden Jahrzehnten der schleichenden Annexion von Gebieten Vorschub geleistet. Die Mobilitätsbeschränkungen haben zudem die Ausweitung von Siedlungen und die Aneignung der umliegenden Territorien ermöglicht.

Aus rechtlicher Perspektive begründet das Passierschein-Regime keine statutarische Ordnung, die auf einem formalen Regelwerk basiert. Dennoch ist es kein gesetzloses System und steht auch nicht außerhalb der Rechtsordnung. Die vielen Verwaltungserlasse, internen Richtlinien

und Ad-hoc-Entscheidungen, aus denen sich das Passierschein-Regime entwickelt hat, ist ein äußerst wirksames rechtliches System, das den Zweck hat, mittels Verwaltungsinstrumenten persönliche Abhängigkeiten zu begründen. Die organisatorischen Grundpfeiler des Passierschein-Regimes lauten also Raum, Rassifizierung und Dokumentation. Das erste Prinzip ist die räumliche Abschottung: die rechtliche und räumliche Kontrolle und Einhegung der Bevölkerung innerhalb des Territoriums. Das zweite Prinzip läuft auf eine Aberkennung von Staatsbürgerschaft hinaus und das dritte umfasst Verwaltungspraktiken, die eine rassistische Hierarchie errichten, indem für verschiedene Bevölkerungen auf demselben Territorium verschiedene Rechtssysteme gelten. Das Fehlen eines formalen Regelwerks macht das Passierschein-Regime nicht zu einem extralegalen oder rechtsfreien System. Im Gegenteil: Mit dem Passierschein-Regime wurde ein separater Rechtsraum geschaffen, in dem palästinensische Arbeitskraft per Militärerlasse reguliert wird, der gleichzeitig aber auch dazu dient, den Palästinenser:innen die im israelischen Arbeitsrecht verbürgten Ansprüche und Rechte vorzuenthalten.

»Die Mobilitätsbeschränkungen haben die Ausweitung von Siedlungen und die Aneignung der umliegenden Territorien ermöglicht.«

Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und die physische Kontrolle des Raums machten die Passierscheine zu äußerst wertvollen Dokumenten. Nach dem keine Passierscheine mehr ausgestellt wurden, entwickelte sich die für Arbeitsbelange zuständige Einheit in der Zivilverwaltung von einer staubigen, vernachlässigten Abteilung, die vor Beginn des Oslo-Prozesses weniger als die Hälfte der Arbeiter:innen registriert hatte, zu einem mächtigen Entscheidungsapparat mit Einfluss auf sämtliche Bereiche des palästinensischen Gesellschaftslebens. Die Abschottung führte zu einer Privatisierung und Individualisierung der Beziehung zwischen den palästinensischen Rechtssubjekten und dem tatsächlichen Souverän: dem israelischen Militär. Als die duale Bürokratie im Zuge der Zweiten Intifada zusammenbrach, endete auch die zuvor von den gemeinsamen Institutionen oder der Palästinensischen Autonomiebehörde übernommene Vermittlungs- und Verwaltungsfunktion. Die Mobilitätsfrage war nicht mehr für alle gleichermaßen geregelt, sondern beruhte fortan auf dem jeweiligen Verhältnis zwischen palästinensischem Individuum und dem israelischem Staat, der seine Macht noch dadurch ausbaute, dass er zahlreiche Informant:innen anwarb, denen man im Gegenzug für unwesentliche Informationen ein gewisses Maß an Bewegungsfreiheit einräumte.

Üblicherweise bezieht sich Abschottung auf Räume und ein spezifisches Territorium, doch hier handelt es sich um die Abschottung einer spezifischen Bevölkerungsgruppe. Das heißt in der Praxis: Die Mobilitätseinschränkungen der Palästinenser:innen haben mit ihrer Identität zu tun – egal, ob es um die Einreise nach Israel geht, um die

Bewegungsfreiheit im besetzten Westjordanland oder um die Möglichkeit, zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen hin und her zu reisen. Die Mobilität jüdischer Siedler:innen in den militärisch gesicherten Zonen ist davon unbenommen, sodass sich mit der Zeit ein umfassendes, auf rassistischen Kriterien basierendes Verwaltungssystem herausgebildet hat, das mittels spezifischen Identifikationsanforderungen, Überwachungstechnologien und Segregationsinstrumenten funktioniert.

Die Doktrin eingeschränkter Bewegungsfreiheit

Der israelische Staat betrachtet das Passierschein-System als ein Privilegienregime, das in rechtlicher Hinsicht an eine Zentralgewalt geknüpft ist, die dazu autorisiert ist, Dekrete zu erlassen. Anders als im Falle eines Rechtsregimes, das den Staat dazu verpflichtet, Verstöße gegen Individualrechte zu vermeiden, erlaubt ein Privilegienregime dem Souverän, bestimmten Bevölkerungsgruppen Freiheiten zu gewähren oder zu entziehen – und zwar im Rahmen einer unmittelbaren Verwaltungsentscheidung, sodass das Rechtssubjekt auf Gunst und Gnade des Herrschenden angewiesen ist.

Der politische Status der Palästinenser:innen gründet auf einer rassistischen Unterscheidung. Obwohl in den besetzten Gebieten das humanitäre Völkerrecht gilt, fallen Palästinenser:innen in eine rechtliche Grauzone: Sie befinden sich physisch auf einem von Israel kontrollierten Territorium, doch sie sind aus der politischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Ihnen bleiben sowohl Bürgerrechte verwehrt als auch die zeitlich begrenzten Rechte, die etwa Tourist:innen gewährt werden, sowie die Rechte von Arbeitsmigrant:innen, deren Status im israelischen Zivilrecht geregelt ist. Diese administrative Hierarchie, die zwischen einer herrschenden und einer beherrschten Bevölkerung unterscheidet, war in fast allen Kolonien eines der bürokratischen Organisationsprinzipien: Innerhalb ein und desselben physischen Raums galten dort unterschiedliche Rechtsordnungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen.

Das gesamte Passierschein-Regime und die Überwachung der Bewegungen der palästinensischen Bevölkerung werden damit begründet, diese seien unabdingbar, um Terrorangriffe in Israel zu verhindern. Im Fokus des umfassenden Profiling-Systems stehen mehr als 200.000 Bewohner:innen des Westjordanlands, die in der Bevölkerungsdatenbank als Sicherheitsrisiko gespeichert sind. Diese Personen, denen die Einreise aus Sicherheitsgründen verweigert wird, haben keinen Zugang zu Ausweis- und Reisedokumenten, zudem sind ihnen geschäftliche, familiäre und kulturelle Verbindungen nach Israel untersagt. Alle im Westjordanland lebenden Palästinenser:innen leiden aufgrund des Passierschein-Regimes unter ständiger Sorge und Ungewissheit, denn die ihnen ausgestellten Dokumente gelten immer nur für eine kurze Zeit und können jederzeit widerrufen werden.

Im Zuge des Oslo-Prozesses, als sich das israelische Militär aus den palästinensischen Städten zurückzog, setzte

der Schin Bet weniger auf unmittelbare Spionage, da es relativ kompliziert war, ein Agentennetz in einem Gebiet zu unterhalten, das nicht mehr vollständig unter Israels Kontrolle steht. Die Alternative dazu war, dass man zahlreiche Informant:innen in der palästinensischen Bevölkerung anwarb, was den Vorteil bot, israelische Agent:innen nicht länger direkten Gefahren aussetzen zu müssen. Nach 2002, seitdem das Kontrollregime allein in die Verantwortung der israelischen Verwaltung fällt, wurden weniger Passierscheine ausgestellt und es wurde genauer geprüft. Das schuf günstige Bedingungen für den Schin Bet, um mit dem Lockmittel Passierscheine Tausende von Informant:innen anzuwerben. Im Endeffekt bedeutete das, dass Israel seitdem über mehr Informationen über das palästinensische Gesellschaftsleben und Kontrollmöglichkeiten verfügt als noch vor Beginn des Oslo-Prozesses.

(Un)heilige Orte der Sicherheit

Eine Person als Sicherheitsgefahr einzustufen, ist ein relativ unaufwändiger Verwaltungsakt, der unter Umständen wenig Zeit beansprucht, dessen Auswirkungen auf das Alltagsleben der betroffenen Menschen allerdings verheerend sein können. Das Anlegen von geheimen Listen ist ein zentrales Instrument, um Menschen zu verunsichern und sie damit ihrer persönlichen und wirtschaftlichen Perspektiven zu berauben. Es führt zu einer von Verdacht und Misstrauen geprägten Atmosphäre in der palästinensischen Gesellschaft. Viele Palästinenser:innen landen deshalb auf diesen Listen, weil sie von Informant:innen des Schin Bet als Sicherheitsgefahr gemeldet wurden.

Mithilfe von Standardisierungsverfahren hat der Schin Bet einen Index erstellt, der Kenngrößen wie Alter, Wohnort, familiäre Bindungen und Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen oder politischen Leben umfasst. Dieser Index ist Grundlage für ein Raster von Risikofaktoren, das sich zwar ständig verändert, zugleich aber auch insofern eine Homogenisierung bewirkt, als es eine Art kollektives Profil erzeugt, allerdings unter Ausklammerung der kollektiven politischen Zugehörigkeit. Obwohl das Klassifizierungssystem auf Hunderttausende von Palästinenser:innen angewandt wird, muss jede und jeder die Einstufung als Sicherheitsgefahr individuell bewältigen und anfechten.

Administrative Flexibilität, geheime Anweisungen und Operationen, die Anonymität der Schin-Bet-Agent:innen und die faktische Exekutivmacht des Schin Bet resultieren in einer Geheimdienstpraxis, die seine Klassifizierungen als juristisch unanfechtbare Tatsachen erscheinen lässt. Die nur noch selten hinterfragten Grundannahmen lauten: Palästinenser:innen stellen per se eine gefährliche Bevölkerungsgruppe dar und in jedem palästinensischen Zivilisten schlummert ein potenzieller Terrorist. Das administrative Erpressungssystem des Schin Bet bringt ihn in eine Position, in der er fast wie ein absoluter Herrscher darüber entscheiden kann, ob eine Person als Freund oder Feind gilt. Hinsichtlich der Klassifizierungen, die Grundlage der Profilerstellung sind, verfügen die Mitarbeiter:innen des Schin Bet über einen uneingeschränkten Ermessensspielraum. Das trägt dazu bei, dass sich das Bild von ihnen als

allmächtige Agenten, das bei so vielen Palästinenser:innen vorherrscht, noch verstärkt. Auch die Erfahrungsberichte von Palästinenser:innen, die vom Schin Bet verhört wurden, zeichnen ein ähnliches Bild und unterscheiden sich nur im Detail. Sie zeugen von einer sehr gut eingespielten Methode, bei der die administrativen Rahmenbedingungen des Passierschein-Regimes gezielt dafür genutzt werden, Informant:innen aus der Bevölkerung des Westjordanlands anzuwerben und dadurch die Kontrolle über das Privatleben der palästinensischen Einwohner:innen auszuweiten.

Endloses Warten, um den Grund für die Einstufung als Sicherheitsrisiko zu erfahren, die mit dem Warten einhergehende Ungewissheit, die unablässigen Zweifel an der Begründung für die Restriktionen und die damit verbundenen Selbstvorwürfe – all das macht die in den District Coordination Offices untergebrachten Büros des Schin Bet zu Orten der Anspannung und Furcht, der Hoffnung(slosigkeit) und Verzweiflung, zu Orten, wo die Menschen der souveränen Macht direkt gegenüberstehen. Die Menschen, die dort warten müssen, beten und hoffen, dass ihnen keine Zusammenarbeit angeboten wird, die sie in eine ausweglose Situation bringen würde. Denn die Kollaboration mit dem israelischen Geheimdienst zu akzeptieren, bedeutet, seine Community und sein Land zu verraten sowie sich selbst und die eigene Familie in Gefahr zu bringen. Das Angebot auszuschlagen, kann jedoch zum Verlust jeglicher Erwerbsmöglichkeit führen und damit auch aller Hoffnung auf ein wirtschaftliches Überleben. Wenn Palästinenser:innen im Westjordanland den ihnen angebotenen Deal akzeptieren, stellen sie sich abseits ihrer Gemeinschaft, auf die sie im Alltag angewiesen sind, und bleiben trotz ihrer Kollaboration mit dem Schin Bet von der israelischen Gesellschaft ausgeschlossen. Wenn sie den Deal ablehnen, entzieht man ihnen die Bewegungsfreiheit und auch in vieler Hinsicht die Möglichkeit, am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit jedem neu angeworbenen Kollaborateur wächst die Macht des Schin Bet.

Ein möglicher Ausweg

Das Passierschein-Regime führte dazu, dass israelische Behörden vermehrt biometrische und andere Daten über bestimmte Bevölkerungsgruppen sammeln, es erweiterte zudem die Möglichkeiten der Überwachung und Anwerbung von Informant:innen. Neben traditionellen Instrumenten kolonialer Überwachung wie etwa Registraturen, Geheimdienste, Kontrollpunkte und lokale Informant:innen setzt Israel mittlerweile auch auf eine Fülle neuer Technologien wie Telefon- und Videoüberwachung, Kontrolle des Internets und sozialer Medien, biometrische Datenanalyse, Gesichtserkennung etc. Die zentrale Rolle, die das Profiling im System der Bevölkerungskontrolle spielt, kennzeichnet aber nicht nur das Passierschein-Regime in den besetzten Gebieten. Von seiner Struktur her ähnelt dieses Regime stark dem kolonialen Überwachungssystem der Briten, das zunächst zwischen den beiden Weltkriegen in Indien und später ebenso in anderen Teilen des britischen Empires zur Anwendung kam, darunter auch im britischen Mandatsgebiet Palästina. Das Arsenal bürokratischer

Instrumente, das die israelische Regierung heutzutage auf einem ausgewählten Territorium zur Kontrolle von Millionen von Menschen nutzt, ist in seiner Komplexität historisch allerdings beispiellos.

Es war schon immer Wunschenken, dass die Anwendung dieses Arsenal auf das Westjordanland beschränkt bleiben würde. Tatsächlich hat man die zur Verfügung stehenden Überwachungsmechanismen teilweise bereits wiederholt gegen palästinensische Staatsbürger:innen in Israel eingesetzt. Im Kampf gegen die Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus hat Israels Regierung unter Berufung auf die Notstandsgesetze den Geheimdienst dazu befugt, seine umfassenden Überwachungstechnologien zur Beobachtung israelischer Staatsbürger:innen zu nutzen – ein beispielloser Vorstoß, das für die Kontrolle, Beobachtung und Intervention in das palästinensische Alltagsleben entwickelte Überwachungsnetz auch auf israelische Bürger:innen auszuweiten. Die von Privatunternehmen entwickelten Technologien, die dabei zum Einsatz kommen, werden anschließend an Regierungen auf der ganzen Welt verkauft.

»Die einzig wirksame Strategie, um daran etwas zu ändern, ist nicht die Reform des Passierscheinregimes, sondern seine Abschaffung.«

Menschenrechtsorganisationen haben sich bereits darum bemüht, das Passierschein-Regime mithilfe von Gerichtsverfahren, Petitionen und anderen Mitteln zu reformieren. In meiner Tätigkeit als Anwältin, die Palästinenser:innen bei ihren Klagen gerichtlich vertreten hat, habe ich mich selbst an diesem Kampf beteiligt. Nach Jahren gerichtlicher Auseinandersetzungen, Petitionen und Korrespondenzen mit der Zivilverwaltung bin ich zu dem Schluss gekommen, dass jeder juristische Kampf gegen das Passierschein-Regime aussichtslos ist. Denn selbst die seltenen erfolgreichen Fälle bedeuteten eine Niederlage: Mit jedem Fall wurden neue Richtlinien erlassen, die Zivilverwaltung wurde immer ausgefeilter in ihrer Argumentation und dem Geheimdienst ist es gelungen, sämtliche rechtliche Grauzonen und Schlupflöcher für sich auszunutzen. Es mit einem beliebigen Teil des Passierschein-Regimes aufzunehmen und eine Petition dagegen einzureichen, bedeutete, Ad-hoc-Maßnahmen den Status einer legitimen Rechtsinstitution zu verleihen und eine einschlägige Jurisprudenz zu erschaffen; es bedeutete, dass die unmöglichsten, absurdesten und inakzeptabelsten Situationen zur Normalität erklärt und sie ins Repertoire der sicherheitspolitischen Begründungen aufgenommen wurden, die zur Ausweitung des Passierschein-Regimes führten.

Der permanente Ausnahmezustand des Passierschein-Regimes, der die Grundlage von Israels kolonialer Bürokratie in den besetzten Gebieten bildet, hat etliche Organisationspraktiken hervorgebracht, die die rassistischen Hierarchien widerspiegeln und als solche auch die bürokratischen Routinen prägten. Dies schuf eine weitere Rechtfertigung für Rassismus, was wiederum den Einsatz

ebenjener Bürokratie als zentraler Waffe der Bevölkerungskontrolle legitimierte. Die einzig wirksame Strategie, daran etwas zu ändern, ist nicht die Reform des Passierschein-Regimes, sondern seine Abschaffung. Es reicht nicht, sich der einen oder anderen politischen Maßnahme zu widersetzen, sondern es gilt, das Passierschein-Regime als Ganzes zu kritisieren und zurückzuweisen. Ebenso wurde mir klar, dass es unmöglich ist, diesen Kampf im Rahmen der Militärgerichtsbarkeit auszutragen, und dass der Kampf nur dann einen Sinn hat, wenn das Ziel auch darin besteht, das Militärgerichtssystem zu überwinden.

Während ich Menschen dabei half, ihre Einstufung als Sicherheitsgefahr anzufechten, begriff ich, dass das System, dem ich als Anwältin selbst angehörte, erst die Sicherheitsrisiken produziert, die es zu bekämpfen vorgibt: und zwar durch die anhaltende prozedurale Gewalt, die Millionen von Zivilist:innen angetan wird. Dabei begegnete ich aber auch Menschen, die mir Hoffnung gaben, dass wir als Gleichberechtigte zusammenleben können. Gesetze haben ihre Bedeutung ebenso wie Rechte, doch ich verstand auch, dass der Weg zu einem Wandel nicht darin besteht, ein System herauszufordern, das durch Kritik nur stärker wird und das Dinge voneinander trennt und unterteilt, die untrennbar sind. Die Begegnung mit Menschen, die dagegen ankämpfen, als Sicherheitsgefahr klassifiziert zu werden, zerstörte zwar meinen Glauben an das israelische Rechtssystem, nicht aber meine Überzeugung, dass es möglich ist, Israels politisches Regime zu ändern sowie Staatsbürgerstatus und Gleichberechtigung für alle Bewohner:innen des Landes zwischen Jordan und südöstlicher Küste des Mittelmeers zu fordern. Es gibt Wege zur Verwirklichung von Frieden, Gleichberechtigung und Demokratie in Israel/Palästina. Einer davon ist die Initiative »A Land for All« (Eretz Lekulam – Balad Liljamia), die ich persönlich unterstütze. Zu einem Zeitpunkt, an dem die israelische Regierung erklärt hat, dass sie versuchen wird, die »schleichenden De-facto-Annexion« in eine De-jure-Annexion zu überführen, ist es äußerst wichtig zu begreifen, welche Rolle bürokratische Kriegswaffen dabei spielen, einen palästinensischen Staat und eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts zu verhindern, indem sie die Mobilität der Palästinenser:innen und den Zugang zu ihrem Land beschränken.

Anmerkung

- 1 Tagebuch von Zvi Inbar aus dem Jahr 1963, veröffentlicht 2001.



Palästinensische Bauern in Deir al-Ghusun fordern freien Zugang zu ihren Feldern, 2017. Foto: Activestills

Israelische Soldatinnen kontrollieren Palästinenserinnen in Ras al-Amud, Ostjerusalem, 2015. Foto: Activestills

Ofer-Militärgefängnis und Gerichtshof in der Westbank, 2015. Foto: Activestills

ERMITTELN IM STAAT OHNE STAATLICHKEIT

Yael Ronen

Mit der kontroversen Entscheidung, Palästina als Staat zu behandeln, macht der Internationale Strafgerichtshof den Weg frei für Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen in der Westbank und im Gazastreifen. Auch Mitglieder von Hamas und der Organisation Islamischer Dschihad in Palästina könnten davon betroffen sein.

Der Beschluss des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, sich für die Situation in Palästina zuständig zu erklären, öffnet den Weg für Ermittlungen wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen im Gazastreifen und in der Westbank. Die Entscheidung von Februar 2021 beendete außerdem den seit mehr als zehn Jahren andauernden Streit darüber, ob Palästina ein Staat im Sinne des Römischen Statuts ist – zumindest vorerst. Im Folgenden soll zunächst erklärt werden, worüber gestritten und was nun entschieden wurde, ehe die rechtlichen Konsequenzen des Beschlusses erläutert werden.

Vor dem IStGH können Personen – nicht Staaten – wegen Verbrechen im Sinne des internationalen Rechts strafrechtlich verfolgt werden. Das Römische Statut, die Rechtsgrundlage des Gerichts, listet Dutzende von Verbrechen in vier Kategorien auf: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. In Bezug auf die »Situation in Palästina« will die Anklagebehörde des Gerichts Handlungen untersuchen, die in die Kategorien Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen fallen könnten.

Obwohl das Gericht für Verfahren gegen Einzelpersonen zuständig ist, bildet die Zustimmung von Staaten die Grundlage für diese Befugnis. Das Gericht verhandelt Verbrechen, die Staatsbürger:innen von Staaten, die der Zuständigkeit des Gerichts zugestimmt haben, begangen haben, sowie Verbrechen, die auf dem Territorium solcher Staaten verübt wurden. Die Zustimmung wird in der Regel durch den Beitritt zum Römischen Statut zum Ausdruck gebracht. Daher ist die Frage, ob ein Staat dem Statut beigetreten ist oder nicht, von entscheidender Bedeutung.

Die Arbeit der Anklagebehörde des Gerichts beginnt mit der Überprüfung der jeweiligen »Situation«, ehe sie darüber entscheidet, ob Anklage gegen bestimmte Personen erhoben werden kann. Seit 2016 hat die IStGH-Anklagebehörde vorläufige Ermittlungen durchgeführt, um festzustellen, ob die »Situation in Palästina« untersucht werden kann. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der Zuständigkeit des IStGH hinterfragt.

Israel ist dem Römischen Statut nicht beigetreten. Im Allgemeinen vermeidet es Israel, sich bindenden internationalen Mechanismen zur Konfliktlösung zu unterwerfen, unter anderem aus Angst vor deren Politisierung. Darüber hinaus hat Israel Bedenken, dass einige im Römischen Statut aufgeführten Verbrechen Folgen für Israel und seine Staatsbürger:innen haben könnten, insbesondere die zu den Kriegsverbrechen zählende »unmittelbare oder mittelbare Überführung durch die Besatzungsmacht eines Teiles ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet«, mit anderen Worten, dass sie auf ein Verbot hinauslaufen könnten, Siedlungen im besetzten Gebiet zu errichten.

Da Israel dem Römischen Statut nicht beigetreten ist, ist der IStGH nicht befugt, Strafverfahren wegen Handlungen durchzuführen, die auf israelischem Territorium oder von israelischen Staatsbürger:innen begangen wurden. In der »Situation in Palästina« scheint jedoch ein weiterer Staat involviert zu sein, oder nicht? Mit seinem Urteil vom 5. Februar 2021 hat der IStGH festgestellt, dass es im Sinne des Römischen Statuts den Staat Palästina

gibt, der befugt ist, die Zuständigkeit dem IStGH zu übertragen. Das bedeutet, dass das Gericht Strafverfahren gegen Handlungen einleiten kann, die auf dem Territorium Palästinas begangen wurden, unabhängig davon, ob von Israelis oder Palästinenser:innen.

Beobachterstatus in der UN

Die Geschichte begann im Januar 2009. Nach der israelischen Militäroperation »Gegossenes Blei« gab die palästinensische Autonomiebehörde (unter dem Namen »Palästina«) ihre Zustimmung bekannt, dass auf ihrem Territorium begangene Verbrechen in die Zuständigkeit des IStGH fallen. Anfang 2012 erklärte die Anklagebehörde des IStGH, dass sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt Palästina nicht als Staat betrachten könne. Dies änderte sich am 29. November 2012, als die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedete, die Palästina als Nicht-Mitgliedsstaat mit Beobachterstatus anerkannte. Gemäß den Verfahrensregeln der Vereinten Nationen ermöglichte es diese Resolution, dass »Palästina« den Konventionen beitrifft, die vom UN-Sekretariat verwaltet werden, wozu auch das Römische Statut gehört.

Seitdem hat Palästina Dutzende internationale Konventionen unterzeichnet, im Januar 2015 auch das Römische Statut mit der Folge, dass der IStGH für alle Taten zuständig ist, die seit Juni 2014 in Palästina begangen worden sind, das heißt auch für Handlungen während der israelischen Militäroperation »Starker Fels«. Im Januar 2016 leitete die Anklagebehörde des IStGH vorläufige Ermittlungen ein, in denen sie die Zuständigkeit für die Situation in Palästina sowie die Frage prüfte, ob auf dem Territorium Taten begangen wurden, die zu den Verbrechen gehören, die vom IStGH geahndet werden können. Im Dezember 2019 gab die Anklagebehörde bekannt, dass ihres Erachtens der IStGH zuständig sei und dass sie beabsichtigte, Ermittlungen einzuleiten. Jedoch habe sie, um jedweden Zweifel auszuschließen, das Gericht gebeten, ihre Entscheidung zu bestätigen sowie festzustellen, dass das in der Angelegenheit relevante Territorium Palästinas den Gazastreifen und die Westbank, einschließlich Ostjerusalem, umfasst.

Die Anklagebehörde führte zwei Gründe für ihre Sicht an, dass Palästina ein Staat ist. Der erste basiert auf der Auslegung des Römischen Statuts, wonach Palästina dem im Statut festgelegten Verfahren für den Beitritt von Staaten gefolgt sei. Angesichts dessen sei es unmöglich, Palästina nicht als Staat anzuerkennen, der befugt ist, Zuständigkeiten der Strafverfolgung dem Gericht zu übertragen. Zum Zweiten erfülle Palästina laut Völkerrecht die Bedingungen für eine Einstufung als Staat, einschließlich einer sehr breiten internationalen Anerkennung, fast vollständig. Das einzige Manko in diesem Zusammenhang sei die mangelhafte Effizienz der palästinensischen Autonomiebehörde (PA), was laut der Anklagebehörde die Folge von israelischen Maßnahmen sei, die das palästinensische Volk daran hinderten, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben.

Israel hat an dem Verfahren vor dem IStGH nicht offiziell teilgenommen. Israels Hauptgegenargument ist, dass

die Tatsache, dass die Palästinenser:innen dem Römischen Statut beigetreten sind, nicht ausreicht, um die Zuständigkeit des Gerichts zu begründen, weil es in völkerrechtlicher Hinsicht keinen »Staat Palästina« gebe. Aus Israels Sicht üben die Palästinenser:innen in der Praxis keine vollständige Kontrolle über ihr Territorium aus, und gemäß den Oslo-Abkommen haben sie keine Gerichtsbarkeit über Israelis. Daher, argumentiert Israel, sei Palästina kein Staat, der dem Gericht Befugnisse zur strafrechtlichen Verfolgung in seinem Territorium verleihen könne.

In seiner Entscheidung vom 5. Februar 2021 hat der IStGH die Position der Anklagebehörde unter Bezugnahme auf den ersten Grund mehrheitlich angenommen. Er entschied, dass Palästina durch seinen Beitritt zum Römischen Statut befugt sei, dem Gericht die Zuständigkeit für auf seinem Territorium begangene Verbrechen im Sinne des internationalen Rechts zu übertragen. Das Gericht stellte fest, dass nicht entschieden werden müsse, ob Palästina die Bedingungen für die Einstufung als Staat nach allgemeinem Völkerrecht erfüllt, und dass es nicht befugt sei, die Gültigkeit der Resolution der UN-Vollversammlung, die Palästina den Status eines Nicht-Mitgliedsstaats verleiht, oder die Verfahren für den Beitritt zu internationalen Konventionen zu überprüfen. Das Gericht akzeptierte die Sicht der Anklagebehörde, dass sich das Territorium von Palästina für die Zwecke des Römischen Statuts über den Gazastreifen und die Westbank, einschließlich Ostjerusalem, erstreckt. In Bezug auf die Oslo-Abkommen entschied das Gericht, dass sie für die Frage der Zuständigkeit des Gerichts nicht relevant seien. Sie könnten jedoch zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Pflicht beziehungsweise Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Gericht von Bedeutung sein.

Vorermittlungen wegen Kriegsverbrechen

Im März 2021 gab die Anklagebehörde des IStGH bekannt, wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit seit Juni 2014 Vorermittlungen eingeleitet zu haben. Sie listete eine Reihe von Handlungen auf, die von Israelis und Palästinenser:innen begangen wurden und die als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden können, wobei sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit der Liste erhebt.

In Bezug auf den Gazastreifen untersucht die Anklagebehörde Taten, die während der Kämpfe im Jahr 2014 sowie bei den Demonstrationen in der Nähe der Sperranlage seit 2018 begangen wurden, wobei sie sich auf Handlungen mit schwerwiegenden Folgen für Zivilist:innen und zivile Objekte konzentriert. In diesem Zusammenhang besteht ein Unterschied zwischen Soldat:innen der israelischen Armee einerseits und Angehörigen der Hamas und anderer palästinensischer Gruppen andererseits.

Für die strafrechtliche Verfolgung ist es erforderlich, dass die Absicht, Zivilist:innen Schaden zuzufügen, nachgewiesen werden kann. Hamas-Mitglieder und andere palästinensische Gruppen haben erklärtermaßen mit Absicht gegen israelische Staatsbürger:innen gehandelt, sodass

es nicht schwerfallen wird, dies zu beweisen. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den Schäden durch Handlungen, derer Soldat:innen der israelischen Armee beschuldigt werden, meist nicht um absichtlich verursachte, sondern um unverhältnismäßige Begleiterscheinungen. Die Unverhältnismäßigkeit und das Bewusstsein dafür sind nicht leicht nachzuweisen. Daher sind in Bezug auf die Ereignisse im Gazastreifen Palästinenser:innen nicht weniger, sondern vielleicht sogar eher strafrechtlich verfolgbar als Israelis.

In Bezug auf Handlungen von Israelis in der Westbank und Ostjerusalem konzentriert sich der Verdacht der Anklagebehörde auf Aktivitäten im Zusammenhang mit den Siedlungen sowie auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere Verfolgung, Deportation und Apartheid. Bezüglich Taten von Palästinenser:innen konzentriert sich der Verdacht der Anklagebehörde auf Folterungen in den Verhöreinrichtungen der palästinensischen Sicherheitskräfte sowie auf die Förderung von Gewalt durch die PA mittels Zahlungen an die Familien von palästinensischen Gefangenen, die wegen terroristischer Handlungen gegen israelische Staatsbürger:innen verurteilt wurden.

Siedlungsbau aus israelischer Sicht nicht zu ahnden

Vor dem IStGH können nur Personen, nicht Staaten, strafrechtlich verfolgt werden. Die Zuständigkeit des IStGH erstreckt sich auf alle Personen, die im Verdacht stehen, Verbrechen im Sinne des internationalen Rechts auf dem Territorium Palästinas verübt zu haben, das heißt sowohl Israelis als auch Palästinenser:innen. Aus Sicht der Anklagebehörde besteht berechtigter Grund zur Annahme, dass Verbrechen, die in die Gerichtsbarkeit des IStGH fallen, sowohl von Soldat:innen der israelischen Armee und israelischen Behörden als auch von Hamas-Mitgliedern und Angehörigen anderer palästinensischer bewaffneter Gruppen begangen wurden.

Eine Anklage vor dem IStGH ist nur zulässig, wenn der zur Durchführung von Strafverfahren befugte Staat dies nicht wirklich tut oder nicht tun kann. Aus Sicht der Anklagebehörde sind Anklagen gegen Palästinenser:innen zulässig, da das palästinensische Justizsystem in der Westbank und dem Gazastreifen keine Strafverfahren wegen der mutmaßlichen Verbrechen durchführt. In Bezug auf Israel wird die Zulässigkeit von Anklagen gegen Soldat:innen der israelischen Armee gegenwärtig geprüft. Dies liegt daran, dass Israel über Mechanismen verfügt, um dem Verdacht von Kriegsverbrechen nachzugehen. Die reine Existenz solcher Mechanismen reicht jedoch nicht aus. Die Frage, inwieweit Israel den Verdacht auf Kriegsverbrechen wirklich untersucht und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt, ist hier von zentraler Bedeutung.

Die Zuständigkeit des IStGH ist nicht auf Personen von bestimmten Rängen oder Positionen beschränkt. Grundsätzlich ist die internationale Gemeinschaft eher daran interessiert, Führungskräfte und hochrangige Personen strafrechtlich zu verfolgen, da die Reichweite ihrer Handlungen am größten ist und es in ihrer Macht steht, die unteren

Ebenen zu beeinflussen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass selbst rangniedere Personen vor einem internationalen Gericht angeklagt und zu langen Haftstrafen verurteilt werden können.

Im Moment scheint der Beschluss des IStGH die letzten verfahrensrechtlichen Hindernisse für die Untersuchung und Einleitung von Strafverfahren gegen einzelne Personen beseitigt zu haben. Es ist möglich, dass im Verlauf eines solchen Verfahrens erneut Einsprüche in Bezug auf die Zuständigkeit des Gerichts erhoben werden, aber es besteht kein Grund zur Annahme, dass in einem künftigen Verfahren eine Entscheidung getroffen wird, die wesentlich von der vom Februar 2021 abweicht. Deshalb ist die unmittelbare Frage, die sich israelische Behörden stellen, nicht, »wie Ermittlungen und Anklagen vermieden werden können«, sondern »wie sie sicherstellen, dass Israelis nicht vor dem IStGH strafrechtlich verfolgt werden«.

» Palästinenser:innen sind durch das Urteil in Den Haag nicht weniger, sondern vielleicht sogar eher strafrechtlich verfolgbar als Israelis.«

Nach dem Römischen Statut kann Israel die Anklagebehörde auffordern, die Verfahren gegen Verdächtige angesichts der sich aus der israelischen Untersuchung ergebenden Zulässigkeitsbarriere aufzuschieben. Eine solche Erklärung ist jedoch nicht zu erwarten. Erstens hält sich Israel nicht an die Verfahrensregeln des IStGH, da es dessen Zuständigkeit bestreitet. Zweitens wäre eine solche Erklärung ohne jeglichen Gehalt. Der Unwille, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, etwas an den Aktionen der israelischen Armee könnte nicht stimmen, ist so groß, dass per Gesetz denjenigen, die versuchen, dies zu überprüfen, Schranken auferlegt werden.

Darüber hinaus ist es in Israel nicht möglich, einem Verdacht auf Kriegsverbrechen im Zusammenhang mit den Siedlungen nachzugehen. Israel bestreitet, dass seine Siedlungsprojekte gegen internationales Recht verstoßen: etwa gegen das Verbot, Teile der eigenen Zivilbevölkerung in das besetzte Gebiet zu übersiedeln; gegen das Verbot, das Recht in dem besetzten Gebiet zu ändern, es sei denn für militärische Zwecke oder zum Wohl der einheimischen Bevölkerung; oder gegen das Verbot der Diskriminierung durch Anwendung verschiedener Rechtssysteme in dem besetzten Gebiet je nach nationaler Zugehörigkeit.

Der israelische Oberste Gerichtshof weigerte sich, über diese Frage zu urteilen. Auch in Bezug auf den Abriss von Häusern von Palästinenser:innen als Strafmaßnahme bestreitet Israel, dass dies gegen das völkerrechtlich verankerte Verbot der kollektiven Bestrafung und Zerstörung von Eigentum ohne militärische Notwendigkeit verstoße. Bereits in den 1970er Jahren akzeptierte der israelische Oberste Gerichtshof die Sicht des Staats und entschied, dass die Politik der Häuserabriss für Strafzwecke legal sei. Mit anderen Worten: In Bezug auf die Siedlungen und den Abriss von Häusern für Strafzwecke besteht keine Aussicht, dass Ermittlungen in Israel eingeleitet werden, die

dann ein Hindernis für die Zulässigkeit eines Strafverfahrens vor dem IStGH darstellen könnten.

Der IStGH steht jedoch vor einem praktischen Hindernis: Israel kooperiert nicht mit dem IStGH, und es ist zweifelhaft, ob sich Hamas oder die PA anders verhalten, wenn ihre Leute im Verdacht stehen, mit ihrem Handeln gegen internationales Recht verstoßen zu haben. Bei dem Verdacht auf Verbrechen während Kampfhandlungen wird die Anklagebehörde Schwierigkeiten haben, die an den Aktionen Beteiligten zu identifizieren oder einzuschätzen, auf welche Art und Weise die Entscheidungen getroffen wurden, die zu ihren Handlungen geführt haben. Ohne diese Informationen wird es ihr schwerfallen, jemandem persönliche strafrechtliche Schuld zuzuschreiben.

Ein weiteres Hindernis für den IStGH besteht darin, dass die Angeklagten während ihrer Gerichtsprozesse anwesend sein müssen. Natürlich wird Israel niemanden an den IStGH ausliefern, aber in Israel wird befürchtet, dass andere Länder, die dem Römischen Statut beigetreten sind und mit dem IStGH zusammenarbeiten, israelische Staatsbürger:innen, die sich in ihrem Hoheitsgebiet befinden, ausliefern werden. Medienberichten zufolge wurde daher eine Liste mit Entscheidungs- und Funktionsträger:innen zusammengestellt, die gebeten werden, von Auslandsreisen abzusehen.

Im Römischen Statut ist unter anderem die Möglichkeit vorgesehen, das Strafverfahren vor dem IStGH ein Jahr lang durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats auszusetzen. Israel hat zumindest bisher die Unterstützung der USA genossen, die sich der Strafverfolgung von Staatsbürger:innen eines Landes, das der Zuständigkeit des Gerichts nicht zugestimmt hat, widersetzen. Aber selbst wenn die USA die Aussetzung des Verfahrens des IStGH im UN-Sicherheitsrat vorschlagen, sind die Chancen gering, dass sich dafür eine Mehrheit finden lässt.

Die Kritik der israelischen Seite

Personen in der PA, politische Organisationen und viele Menschenrechtsorganisationen haben die Entscheidung des IStGH begrüßt und gesagt, dies sei ein bedeutender Schritt, um Gerechtigkeit in Bezug auf das von Israel an den Palästinenser:innen verübte Unrecht zu erlangen. Sollte die Erwartung bestehen, die fortschreitenden Verfahren vor dem Gericht würden die israelische Regierung dazu veranlassen, ihre Politik zu ändern, den Siedlungsbau zu stoppen oder die Besatzung zu beenden, so gibt es im bisherigen Verhalten Israels keinerlei Hinweise auf die Erfüllung solcher Hoffnungen. Wenn erwartet wird, dass nun diejenigen Israelis oder Palästinenser:innen, die persönlich für die Hauptverbrechen verantwortlich sind, strafrechtlich verfolgt werden, so ist die Freude verfrüht. Es wird wahrscheinlich noch einige Jahre dauern, bis Anklage gegen bestimmte Personen erhoben wird oder Haftbefehle gegen sie erlassen werden. Solange potenzielle Verdächtige es vermeiden, Israel zu verlassen, wird es nicht möglich sein, ein Verfahren gegen sie einzuleiten.

Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, bezeichnete die Entscheidung des IStGH als

»antisemitisch« und behauptete, sie untergrabe die Fähigkeit von Demokratien, Terrorismus zu bekämpfen. Der damalige israelische Premierminister, Benjamin Netanyahu, erklärte, dass »das Gericht die wirklichen Kriegsverbrecher ignoriert und stattdessen den Staat Israel verfolgt, einen Staat mit einem starken demokratischen Regime, der auf Rechtsstaatlichkeit setzt«.

Diese und ähnliche Stellungnahmen, die die Verantwortung Israels und seiner Staatsbürger:innen für ihren Anteil am Konflikt negieren, sind Teil eines innerisraelischen Diskurses, in dem jede Kritik an Israel als »antisemitisch« bezeichnet wird, um sie zurückzuweisen, ohne sie inhaltlich zu diskutieren. Zudem ignorieren sie die Tatsache, dass Israel mehr als vier Millionen Menschen in der Westbank und im Gazastreifen auf verschiedenen Ebenen unter seiner Kontrolle hat und dort ein Regime unterhält, das keinen Anspruch darauf erhebt, demokratisch zu sein. Es ist zu befürchten, dass die Schande, die an Israel und Israelis klebt und die bisher in der politischen Arena geblieben ist, nun in die rechtliche und persönliche Sphäre übergeht. Das Problem liegt jedoch nicht nur bei den Entscheidungsträger:innen. Nach vielen Jahren, in denen die israelische Öffentlichkeit es vorgezogen hat, nicht zu wissen, was ihr Staat – ihre Politiker:innen, Beamten:innen und Soldat:innen – in den besetzten Gebieten macht, könnten die zu erwartenden Entwicklungen ihr Interesse wecken.

Der Artikel erschien zuerst am 8. Februar 2021 auf der Webseite des Forum for Regional Thinking.

An aerial photograph of a desert landscape, showing a mix of sandy terrain, sparse vegetation, and some structures. A large red semi-transparent box is overlaid on the right side of the image, containing white text. The text is in German and discusses the hidden history of destroyed Palestinian villages and Bedouin settlements in Israel, as revealed by drone photography and an 'Anti-Mapping' exhibition.

WAS ISRAELS LANDKARTEN ZU VERBERGEN HABEN

GILI MERIN

Zwei Fotografen haben Drohnenaufnahmen von Orten gemacht, von denen der israelische Staat nicht will, dass die Öffentlichkeit sie kennt: von im Krieg 1948 zerstörten palästinensischen Gemeinden und von illegal erklärten Beduinendörfern. Die Ausstellung «Anti-Mapping» im Tel Aviv Museum of Art setzt der offiziellen Kartierung diese Bilder entgegen.

Luftbild des 2010 von israelischen Behörden zerstörten Dorfs al-Araqib im Negev.
Foto: Miki Kratsman und Shabtai Pinchevsky

Journalist:innen und Wissenschaftler:innen, die während der Militäroperation »Wächter der Mauern« im Mai 2021 versuchten, Satellitenbilder des Gazastreifens zu erhalten, stießen auf ein Phänomen, das aus einer anderen Zeit zu stammen scheint: körnige Fotos mit schlechter Auflösung. Obwohl die Aufnahmen von Gaza und Israel in den kostenlosen Satellitendiensten von Google kurz zuvor aktualisiert worden waren, unterscheidet sich ihre Qualität deutlich von der aus anderen Regionen der Welt, einschließlich Nordkoreas. Der Grund dafür ist ein vom US-amerikanischen Kongress verabschiedetes Gesetz aus den 1990er Jahren, das es US-Unternehmen bis vor kurzem untersagte, Satellitenbilder von Israel in höchster Auflösung zu zeigen.

Eine Ausstellung im Tel Aviv Museum of Art machte 2021 deutlich, was es bedeutet, wenn der Zugang zu qualitativ hochwertigen Fotoaufnahmen beschränkt ist. Die von Raz Samira kuriierte Ausstellung »Anti-Mapping« der Künstler Miki Kratsman und Shabtai Pinchevsky präsentiert spektakuläre Fotos und zeigt so eine Alternative zu den offiziellen, staatlich kontrollierten Mitteln der Kartierung auf.

Kratsman und Pinchevsky sind mehrere Jahre im Land herumgefahren und haben Orte fotografiert, an denen Kriege und ideologische Kämpfe ausgetragen wurden und immer noch werden: im Krieg von 1948 zerstörte palästinensische Gemeinden, vom Staat als illegal erklärte Beduinendörfer und verschiedene Orte entlang der Grünen Linie. Mithilfe verschiedener Technologien nahmen sie eine detaillierte Kartierung eben jener Gebiete in Israel vor, die der Staat am liebsten auslöschen, verschwinden lassen oder verbergen würde.

**» Wenn man heute etwas verlangen kann, dann zumindest, dass alle das Recht haben sollten, zu sehen, was ist.«
Shabtai Pinchevsky**

Das Ziel, erklärte Kratsman im Gespräch mit einer Journalistin der israelischen Tageszeitung Haaretz, sei es gewesen, Orte zu zeigen, die aus zweierlei Gründen auf offiziellen Karten nicht sichtbar sind: zum einen, weil ihre Namen vollständig getilgt oder bestenfalls durch die Bezeichnung »Ruine« ersetzt wurden und ihre Überreste in vom Jüdischen Nationalfonds angelegten Wäldern, neu gebauten Siedlungen oder Militärbasen untergehen; zum anderen, weil ihre Konturen auf Satellitenbildern mit niedriger Auflösung nicht zu erkennen sind. Obwohl das oben erwähnte Verbot in den USA 2020 aufgehoben wurde, haben die Satellitendienste, insbesondere Google, ihre Karten noch nicht aktualisiert.

Gebiete, die verschwinden sollen

Um diesen Bildern mit schlechter Auflösung etwas entgegenzusetzen, schlugen Kratsman und Pinchevsky alternative Wege des Kartierens ein, und zwar von der Luft und vom Boden aus. Sie nahmen mit Drohnen Tausende von Bildern auf und setzten sie mit einer als Fotogrammetrie

bezeichneten Technik zu einem dreidimensionalen Modell zusammen. Aus 2.500 Drohnenfotos entstand am Ende ein Bild, das für die Ausstellung in einer ungewöhnlichen Auflösung von 1,5 cm pro Pixel gedruckt wurde – mehr als das Hundertfache dessen, was normalerweise im Internet verfügbar ist. Die Fotos wurden auf Tapeten gedruckt, die an den Wänden der Fotogalerie des Tel Aviv Museums of Art angebracht wurden.

Das Ergebnis ist in der Tat faszinierend. Die Arbeiten wurden entsprechend der Größe der Wände und der Proportionen der Galerieräume angeordnet. Auf den ersten Blick scheint es sich um vertraute Satellitenbilder zu handeln, aber bei genauerer Betrachtung lässt sich eine Textur mit vielen spannenden und verstörenden Details erkennen. Ein prägnantes Beispiel ist das Bild des Dorfes Khan al-Ahmar, das sich in der Nähe der Siedlung Kfar Adumim befindet. Das Dorf liegt in einem Gebiet in der Westbank, das zur Zone C gehört und in dem ungefähr ein Dutzend palästinensischer Familien lebt, denen die Vertreibung droht. Obwohl es in diesen Gebieten verboten ist, Drohnenaufnahmen zu machen, gelang es Kratsman und Pinchevsky, unbeobachtet von israelischen Soldat:innen den Alltag der Menschen, die dort in Zelten und Hütten ohne grundlegende Infrastruktur wie Straßen, Wasser und Strom leben, zu dokumentieren. Diese Familien wurden bereits mehrmals aus ihren Wohnorten vertrieben, und auch jetzt sind Gerichtsverfahren gegen Abrissverfügungen des Dorfes sowie dessen Schule anhängig, die Freiwillige 2009 aus recyceltem Material wie Reifen, Schlamm und Lehm bauten.

Kratsman und Pinchevsky haben auch das Beduinendorf al-Araqib in der Nähe von Be'er Sheva fotografiert, das, nachdem es mehr als einhundert Mal abgerissen und wieder aufgebaut wurde, zum Symbol des Kampfes der vertriebenen und von Vertreibung bedrohten Beduin:innen im Negev/Naqab geworden ist. »Wir sind dort ein paar Stunden herumgelaufen auf der Suche nach den Überresten des Dorfes«, erzählte Pinchevsky, »aber erst, als wir die Drohne aufsteigen ließen, konnten wir erkennen, dass das Dorf direkt unter uns lag. Aus der Luft konnten wir Anzeichen einer massiven Landnahme ausmachen, in Form von Spuren von Bulldozern, die Häuser zerstört und den Boden planiert haben.«

Vom Boden aus nicht zu erkennen

Die Bilder zeigen, was Luftaufnahmen alles offenlegen können, das vom Boden aus nicht zu sehen ist. In einem Dorf in der Nähe von Modi'in zum Beispiel entdeckten die beiden Künstler die Konturen eines ganzen Dorfes, das ausstrahlt worden war. Vom Boden aus ist nichts zu sehen, aber nach Bearbeitung der Drohnenaufnahmen aus der Luft ließen sich Steinmauern entlang von Konturen erkennen, die einmal eine Straße gewesen sein müssen. Im Dorf Beit Guvrin nahe der Grünen Linie entdeckten sie Überreste von durch niedrige Steinmauern getrennten landwirtschaftlichen Parzellen, die vom Boden aus nicht sichtbar waren. Und in Kfar Hoshen in Obergaliläa fanden sie die Überreste der Ruinen des muslimischen Dorfs Safsaf. Dutzende seiner Bewohner:innen waren 1948 einem Massaker

zum Opfer gefallen, nachdem die israelische Armee die Gemeinde eingenommen hatte.

Kratsman und Pinchevsky haben auch »Porträts« von Orten gemacht, das heißt, sie haben diese vom Boden aus ganz regulär horizontal fotografiert. Diese Bilder, die das Innere und Äußere von Zelten und Hütten zeigen, vermitteln einen sehr menschlichen Zugang zu diesen Orten, der die quasi wissenschaftliche Perspektive aus der Luft ergänzt. Im Bewusstsein, dass es sich bei Fotos immer nur um Momentaufnahmen handelt, sind alle Abbildungen mit genauen Angaben zu den Koordinaten, dem Abstand der Aufnahme zum Objekt und einem Zeitstempel versehen. Auf diese Weise ist das Projekt »Anti-Mapping« auch ein Archiv der Gegenwart und bietet die Grundlage, um alle zukünftigen Veränderungen, Auslöschungen, Zerstörungen – und vielleicht sogar Wiederherstellungen – erfassen zu können.

Kratsman und Pinchevsky haben verschiedene Quellen herangezogen, um die von ihnen fotografierten Orte auszuwählen: Gespräche mit Bewohner:innen, die »Nakba-Karte«¹ von Zochrot, Dokumente des Negev Coexistence Forum for Civil Equality (NCF) sowie den »Atlas of Palestine«² von Salman Abu-Sitta. Kratsman, ein prominenter Menschenrechtsaktivist in Israel, dokumentiert seit mehr als einem Jahrzehnt das Leben in den nicht anerkannten Beduinendörfern im Negev/Naqab, meist in enger Kooperation mit dessen Bewohner:innen. Pinchevsky, ehemals Student von Kratsman am Fachbereich Fotografie der Bezal'el-Akademie für Kunst und Design in Jerusalem, schließt derzeit sein Masterstudium in Kunst an der Northwestern University in Chicago ab. Seine Arbeiten beschäftigen sich mit der Verbindung von fotografischen Praxen und der israelischen Besatzung. Dazu zählt auch ein Simulator, der es ermöglicht, über Palästina in den Grenzen vor 1948 zu fliegen, oder eine Arbeit, in der Archivfotos wie in einem Puzzle zusammengesetzt sind. Beide, Kratsman und Pinchevsky, verstehen ihr Kartierungen und Fotografien aus der Luft explizit als politischen Akt, mit dem sie im Kultur- und Kunstbereich Debatten anstoßen wollen.

Das Recht zu sehen, was zu sehen ist

Die Ausstellung »Anti-Mapping« verdeutlicht die Notwendigkeit, nach einem Jahr Online-Ausstellungen und digitaler Kunst wieder in die Ausstellungsräume von Museen und Galerien zurückzukehren. »Es ist essenziell, dass sich das Publikum auf die Bilder zubewegt«, sagt Kratsman und fügt hinzu, dass er bis heute immer wieder neue Details auf den Fotos entdeckt. Der Gang durch die Galerieräume ist tatsächlich ein Erlebnis, man ist als Besucher:in beeindruckt von der Qualität der Arbeit der beiden Künstler und verspürt den Wunsch, in jedem Bild immer wieder etwas Neues ausfindig zu machen. Zwischen der Ästhetik der aus der Luft und horizontal aufgenommenen Fotos und der Gewalt, die diese abzubilden versuchen, kommt der Protest der beiden Künstler zum Ausdruck, die sich dagegen verwehren, dass einige wenige Kontrolle über die Betrachtung des geografischen Raums ausüben. »Zurzeit haben nur sehr wenige – Geheimdienste und private

Unternehmen – Zugang zu diesen Informationen«, sagt Pinchevsky. »Und wenn man heute etwas verlangen kann, dann ist es zumindest, dass alle das Recht haben sollten, zu sehen, was ist.«

Der Artikel erschien zuerst am 16. Juni 2021 in der Tageszeitung *Haaretz*.

Die Ausstellung »Anti-Mapping« war 2021 im Tel Aviv Museum of Art zu sehen.

Anmerkungen

- 1 Die Karte findet sich unter: www.zochrot.org/.
- 2 Abu-Sitta, Salman H.: Atlas of Palestine 1917–1966, unter: www.plands.org/en/maps-atlases/atlases/the-atlas-of-palestine/pdfs/atlas-part-1.pdf.

IM GLAUBEN LEBEN

Ultraorthodoxe Männer protestieren gegen die allgemeine Wehrpflicht, Westjerusalem, November 2017. Foto: Activestills

Religion im Heiligen Land ist ein kompliziertes Thema, und die unterschiedlichen Auslegungen allein des Judentums machen ein Zusammenleben selbst innerhalb ein und derselben Konfessionsgruppe nicht leicht.

Was Israel darüber hinaus besonders macht, ist, dass hier zwei unterschiedliche Konzeptionen des Judentums aufeinanderprallen: eine religiöse und eine nationale. Auch in religiösen jüdischen Kreisen findet deshalb etwa die Vorstellung, dass die israelische Armee heilig und es Pflicht gläubiger Jüdinnen und Juden sei, die mehr als 50 Jahren dauernde Besetzung Palästinas aufrechtzuerhalten, große Unterstützung. Dieser Annahme versuchen linke Rabbiner und gläubige Aktivist:innen etwas entgegenzusetzen. Denn die Einstellung der über Jahrtausende im jüdischen Schrifttum geformten Tradition gegenüber der Anwendung von Gewalt unterscheidet sich radikal von dem, was Vertreter des religiösen Zionismus im Dienst des Staats verlautbaren.

Von progressiven Tendenzen innerhalb der Religion zeugt auch die sich wandelnde Rolle von gläubigen Frauen. In den letzten Jahren forderten Jüdinnen und Musliminnen die traditionellen patriarchalen

Modelle der frommen Gesellschaft auf ganz unterschiedliche Art und Weise heraus. Palästinensische Frauen in Israel etwa versuchten, mit gerichtlichen Mitteln ihre Ungleichbehandlung vor allem im Bezug auf das Eherecht zu bekämpfen. Dabei sehen sie sich oft mit einem Zweifrontenkrieg konfrontiert: Vom konservativen Religionsestablishment werden sie als Ketzerinnen beschimpft und von palästinensischen Nationalisten als Mitläuferinnen der israelischen Regierung.

Auch orthodoxe Jüdinnen, die gegen ihren Ausschluss vom offiziellen Ämtern angehen, sehen sich Verunglimpfungen in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Sie fordern nicht nur, in den von Männern dominierten Parteien Shas und Vereinigtes Tora-Judentum mehr Gehör zu bekommen, sondern selbst für öffentliche und Parteiämter kandidieren zu können – eine kleine Revolution, die der wirtschaftlichen überragenden Rolle, die Frauen in der orthodoxen Gemeinde einnehmen, zumindest etwas Rechnung trägt. Um Emanzipation von patriarchalen Strukturen geht es den gläubigen Frauen in beiden Gesellschaften – sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich.

VON DER FREIHEIT, DAS LAND ANDERER ZU BESETZEN

MIKHAEL MANEKIN

In religiösen jüdischen Kreisen findet die Vorstellung, dass die israelische Armee heilig und die von Israel seit mehr als 50 Jahren aufrechterhaltene Besetzung Palästinas die Pflicht gläubiger Jüdinnen und Juden sei, enthusiastische Unterstützung. Dieser Annahme versuchen linke Rabbiner und gläubige Aktivist:innen etwas entgegenzusetzen.

Geschützt von der israelischen Armee marschieren radikale Siedler:innen zum illegalen Outpost Homesh, Dezember 2021. Foto: Activestills

In jedem Staat stellen Souveränität und der Umgang mit Gewalt eine Herausforderung dar, aber in Israel ist diese besonders ausgeprägt. Israelis herrschen mit Gewalt über eine große palästinensische Bevölkerung. In den letzten Jahren ist immer klarer geworden, dass es sich hierbei nicht um eine vorübergehende Besatzung handelt, sondern um eine nun mehr als ein halbes Jahrhundert andauernde Entrechtung und Unterdrückung, deren Ende nicht in Sicht ist. Je länger die Besatzung anhält, desto mehr beschneidet sie die Freiheit von Millionen von Menschen und zersetzt die kollektive Identität eines ganzen Volkes. Je mehr sich das Besatzungsregime etabliert, desto mehr wird es als wesentlicher Bestandteil des israelischen Staats wahrgenommen und desto mehr wird jede Kritik daran als Angriff auf die Existenz des Staats und jede Erwähnung des Leidens der Palästinenser:innen als Hochverrat gedeutet.

Religiöse jüdische Menschen in Israel fallen durch ihre besonders starke Befürwortung der Besatzung auf. Vertreter des religiösen Zionismus, die heute eine führende Rolle in der israelischen Armee spielen, rechtfertigen jede Intervention der Armee mit moralischen und der Halacha entliehenen Argumenten. Mitunter scheint es, dass es zum Wesen der religiösen Position gehört, Militäraktionen zu unterstützen. Selbst heute, nachdem das religiös-zionistische Ethos der Besiedlung felsiger Hügel zum großen Teil einem bürgerlichen Leben in den Siedlungen gewichen ist und Militäroperationen wie »Abwehrschild« in der Westbank (2002) oder »Wolkensäule« im Gazastreifen (2012) von alltäglichen Polizeikontrollen einer entrechteten Bevölkerung abgelöst wurden, scheinen Kippa tragende Israelis immer noch die Bevölkerungsgruppe zu sein, die in Israel am energischsten die Ideologie der jüdischen Überlegenheit vertritt.

Viele Jahrzehnte, nachdem die Rabbiner des religiösen Zionismus ihre theopolitischen Konzepte vorgelegt haben, findet die Vorstellung, dass die israelische Armee heilig sei und die von Israel geführten Kriege eine religiöse Pflicht seien, in religiösen Kreisen enorme Resonanz. In den letzten Jahren kam dieses spezifische Pflichtverständnis auch in zustimmenden halachischen Urteilen zum Ausdruck wie etwa zum sogenannten Nachbarverfahren, bei dem israelische Soldat:innen Palästinenser:innen als menschliche Schutzschilde missbrauchen. Darüber hinaus wurden mit solchen Urteilen der Raub von Land in palästinensischem Privatbesitz, die Nichteinhaltung des Schabbats zugunsten des Siedlungsbaus, Straftaten für Geheimdienstzwecke und Gewalt von israelischen Zivilist:innen gegen Palästinenser:innen für zulässig erklärt.

Die Besatzung als tragische Notwendigkeit

Die ultraorthodoxe Bevölkerung in Israel ist zwar nicht zionistisch, aber sie unternimmt auch nichts gegen die Besatzung. Man könnte im besten Fall sagen, dass sie sich im Allgemeinen nicht für machtpolitische Fragen oder das Handeln der Regierung interessiert. Es sind vor allem wirtschaftliche Gründe, weswegen sich viele immer mehr für

den Erhalt und die Intensivierung der Besatzung engagieren. Da Land in den besetzten Gebieten billig ist und die israelische Regierung das Ziel verfolgt, die Zahl der israelischen Siedler:innen dort zu erhöhen, sind in den letzten Jahrzehnten viele Ultraorthodoxe in die besetzten Gebiete gezogen. Das hat aber so gut wie gar nicht zu einer internen Auseinandersetzung über berechnete und ungerechtfertigte Gewaltanwendung geführt. Aber die Einstellung der über Jahrtausende im jüdischen Schrifttum geformten Tradition gegenüber der Anwendung von Gewalt unterscheidet sich radikal von dem, was Vertreter des religiösen Zionismus im Dienst des Staats verlautbaren. Einerseits erlaubt die Halacha einer Person, sich zu verteidigen, und mitunter erklärt sie es gar zur Pflicht, selbst wenn dadurch gegen andere religiöse Gebote verstoßen wird. Andererseits wird Gewalt als etwas Negatives und als etwas Nichtjüdisches wahrgenommen und sollte daher vermieden werden. Jedenfalls sollten wir der Anwendung von Gewalt misstrauisch gegenüberstehen.

Bereits vor der Staatsgründung im Jahr 1948 waren die rabbinischen Schriften von dem Versuch geprägt, eine Balance zwischen den beiden Prinzipien Selbstverteidigung und Ablehnung von Gewalt zu finden. Ein Beispiel für ein Werk, das sich lange vor der Staatsgründung damit beschäftigt hat, ist das Buch »Machane Israel« von HaChafets Chajim, einem der wenigen Rabbiner, die bereits zu Lebzeiten Akzeptanz von allen Strömungen des Judentums erlangten. Der im russischen Kaiserreich in Radin (Belarus) unter dem bürgerlichen Namen Israel Meir HaKohen/Kagan geborene HaChafetz Chajim (»der, der Lust am Leben hat«) war zudem einer der bedeutendsten Rabbiner des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.

Eine andere Vorstellung von Armee

Das 1881 geschriebene Buch »Machane Israel« ist das erste jüdische Buch, das sich an Soldaten richtet. Es wurde auf Hebräisch für jüdische Soldaten verfasst, die in der Armee des Zaren dienten. Später wurde es auch ins Englische übersetzt und von US-amerikanischen jüdischen Soldaten während der beiden Weltkriege konsultiert. Der erste Teil des Buchs befasst sich mit Fragen des Alltagslebens und beantwortet diese auf der Grundlage der Halacha. Im zweiten Teil beschäftigt sich HaChafetz Chajim mit ethischen Fragen und Überlegungen, wie sich ein Soldat gegenüber den Mitgliedern seiner Truppe verhalten soll. Er zitiert darüber hinaus ein Gebet, das um Frieden und die Erlösung des jüdischen Volks bittet.

HaChafets Chajim schreibt am Anfang seines Buchs: »Nach allem, was wir wissen, brauchen Soldaten oft des HERRN Barmherzigkeit mehr als alles andere, wie in Kriegszeiten und dergleichen.« Ein Soldat ist nicht stark, sondern ohnmächtig. Er benötigt des HERRN Barmherzigkeit. Das Leben eines religiösen Menschen sollte außerhalb der Armee, in einer religiösen Community geführt werden. Manchmal ist er gezwungen, seine Community zu verlassen und in der Armee zu dienen. Wenn sich ein religiöser Mensch in einem solchen System befindet, muss er sich mit einer von der Tora geleiteten Welt umgeben,

die ihn sowohl physisch als auch spirituell schützt und als Anker fungiert, der ihn mit seiner wahren Welt, der Welt der Tora, verbindet.

HaChafets Chajim lehnt die Auffassung, der Militärdienst sei eine erfreuliche Zeit und eine Chance zur Demonstration von Macht, ab. »Und er [der religiöse jüdische Soldat] wird sehr vorsichtig sein, nicht in seinem Herzen zu denken, wenn er in den Krieg zieht: Ja, wir sind Helden und Soldaten für den Krieg. Er wird im HERRN sein Hauptbollwerk sehen und ihm vertrauen, dass ER uns hilft, so wie [es] geschrieben steht [Psalm 147: 10–11]: ›Nicht an des Rosses Gewalt hat er Lust, nicht an den Schenkeln des Mannes Gefallen. Gefallen hat an dem ihn Fürchtenden ER, an ihnen, die auf seine Huld harren.«

»Die Schwierigkeit, eine separate religiöse Welt innerhalb der Armee aufrechtzuerhalten, ist im Vergleich zur Zeit des Zaren ins Unermessliche gewachsen.«

Manche betrachten Religiosität als etwas, das die Menschen passiv und kritiklos macht. HaChafets Chajim fordert jedoch, dass ein jüdischer Soldat täglich aktiv die Entscheidung trifft, nach einem Wertesystem zu leben, das sich von dem normativen System, in dem er sich befindet, unterscheidet. HaChafets Chajim verlangt von einem in der Armee dienenden Juden, dass er sich den Normen, den Standards und der Ordnung widersetzt, die ihm das militärische Umfeld vorschreibt.

Ist das Buch »Machane Israel« für die israelische Armee heute noch relevant? Die Situation eines religiösen Soldaten in der israelischen Armee ist nicht die eines jüdischen Soldaten in der Armee des Zaren. Kurzum, es ist für religiöse Soldat:innen in der israelischen Armee einfacher, religiöse Gebote einzuhalten, sowohl individuell als auch in der Gruppe. Aber während die Einhaltung religiöser Gebote sehr viel leichter wurde, ist es heute so gut wie unmöglich, eine separate religiöse Welt innerhalb der israelischen Armee aufrechtzuerhalten. Denn die Armee ist nicht die des Zaren. Dies ist die klare Prämisse der national-religiösen Strömung in Israel.

Die Rechtfertigung des religiösen Kriegs

Das Buch »Dinei Tsawa uMilchma« (Gesetze der Armee und des Kriegs) war eines der ersten Bücher, das explizit in der israelischen Armee dienende Soldaten adressierte – eine Art israelisches Äquivalent zu »Machane Israel« von HaChafets Chajim. Während sich HaChafets Chajim mit den moralischen Fragen des jüdischen Soldaten beschäftigte, stellen die Rabbiner des religiösen Zionismus die Institution des jüdischen Staats über den Soldaten. Der Soldat soll seine Sichtweisen und Ideen aufgeben, da er Teil einer Institution ist, die für ihn ethische Entscheidungen trifft.

»Ein Soldat, der in den [besetzten] Gebieten dient, kennt Krieg und einen neuen Feind: Er schießt auf einen Terroristen und sieht dessen Mutter und Schwester über der

Leiche weinen; er verhaftet einen Terroristen und sieht dessen kleine Kinder, die sich an ihn klammern, während er bei der Festnahme aus seiner Wohnung geführt wird.

Ein Soldat, der an einem Lager von Flüchtlingen vorbeikommt, sieht, wie sie in schrecklicher Armut leben, und erinnert sich daran, dass dort, wo er oder seine Freunde wohnen, vielleicht einige der Flüchtlinge früher zu Hause waren.

Der Hass in ihren Augen wird greifbarer als die Legitimität unseres Handelns. Es entsteht ein moralisches Problem, das immer akuter wird, und er fragt sich: Warum sind sie hungrig und obdachlos, während wir satt sind? Warum herrschen wir über sie gegen ihren Willen? Welches Recht haben wir, diese unsere Macht auszuüben?

Diese ethischen Fragen stellen sich nur, wenn wir unser Handeln aus einer engen Perspektive, die nur einen Ausschnitt der Situation betrachtet, beurteilen.

Die Rechtfertigung für unser Handeln ist Eretz Israel. Das Recht, unseren Willen einer feindlichen Bevölkerung aufzuzwingen, das Recht, uns überall in Eretz Israel anzusiedeln, das Recht, Terroristen zu erschießen und ihre Häuser zu sprengen, auch wenn sich dort Frauen und Kinder aufhalten – die Rechtfertigung für all dies findet sich nicht im alltäglichen Handeln. Unser Recht darauf ist auf einer ganz anderen Ebene begründet, es geht nämlich um unser Anrecht auf unsere Existenz als Volk und unser Anrecht auf Eretz Israel.«¹

Hier wird das Handeln in Eretz Israel religiös begründet, nämlich mit dem »Anrecht auf Eretz Israel«. Dieses Recht steht den Verfassern zufolge nach über dem Gewissen des jüdischen Individuums und zwingt dieses, seine Erziehung bewusst zu ignorieren. Das steht im klaren Gegensatz zu den Anweisungen von HaChafets Chajim. Es hat etwas Zynisches, wenn man dazu aufgefordert wird, die Augen vor Leiden zu verschließen, um »Dinge mit offenen Augen zu sehen und zu untersuchen«. Der religiöse jüdische Soldat wird aufgefordert, den säkularen israelischen Nationalismus als Souverän zu setzen, gegenüber dem (allein) er loyal sein muss. Das ist die Bedeutung der Rechtfertigung »unser Anrecht auf unsere Existenz als Volk«. Das heißt, obwohl der Staat Israel ein säkularer Staat ist, haben die Rabbiner des religiösen Zionismus entschieden, dass die von Israel geführten Kriege, einschließlich der Besetzung der palästinensischen Gebiete, religiös gebotene Kriege sind, das heißt Kriege, die nicht auf einem Dekret eines säkularen Herrschers beruhen, sondern auf der Tatsache, dass der HERR diese Kriege initiiert hat.

Dass der religiöse Zionismus von einem jüdischen Staat spricht, ist ein eklatanter religiöser Widerspruch, eine

völlige Negierung der jüdischen Prinzipien der Kriegsführung. Denn bei den jüdischen Prinzipien der Kriegsführung steht die Entscheidung des HERRN im Zentrum, während der Kampf der israelischen Armee sich nach den Befehlen von Generälen und Entscheidungen der politischen Führung richtet. Die halachische Frage ist nicht einfach zu beantworten: Wie kann entschieden werden, dass die von Israel geführten Kriege religiös gebotene Kriege sind, wenn es keinen religiösen Mechanismus für göttliche Interventionen gibt, über den man erkennen kann, dass es sich tatsächlich um ein Gebot des HERRN handelt?

Damals wie heute basiert diese Argumentation auf einer Verschmelzung des säkularen Staats mit dem »jüdischen Volk« im religiösen Sinne. Die Regierung wird zum König und der Soldat zum Kohen (Priester). Es finden damit zwei gefährliche Prozesse statt: Das Individuum verschwindet (und mit ihm die jüdische Tradition und oft auch die Halacha selbst, die an die Gläubigen gerichtet ist) und die weltliche Herrschaft wird mit einem religiösen Wert aufgeladen (was unendliche Unterstützung für militärische Gewalt mobilisiert). Dadurch wird das Staatliche nicht zur Religion, sondern das Religiöse wird »nationalisiert«.

Im Staat der modernen Lügen

Wenn die Möglichkeit eines »religiös gebotenen Kriegs« verworfen wird, bleibt als einzige Rechtfertigung für die von Israel geführten Kriege die Behauptung, dass es sich um Verteidigungskriege handelt. Diese Rechtfertigung ermöglicht es religiösen Menschen, an einem solchen Krieg aktiv teilzunehmen, da die jüdische Tradition Selbstverteidigung erlaubt. Es handele sich um Selbstverteidigung, ist auch das am häufigsten von säkularer Seite genutzte Argument zur Legitimierung der Besatzung.

Die gängige Freiheitsvorstellung in Israel lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Freiheit in Israel sowie individuelle und kollektive Sicherheit lassen sich nur mithilfe eines gewissen Maßes an Herrschaft über die Palästinenser:innen realisieren. Die allermeisten jüdischen Israelis sind davon überzeugt, dass ihre Freiheit von der Entrechtung und Unterdrückung anderer abhängt und dass sie ohne die Besatzung nicht frei leben können. Das Verlangen der Palästinenser:innen nach ihrem eigenen Staat zwingt die Israelis dazu, sie zu unterdrücken. Im Laufe der Jahre wurde diese Behauptung zeitlos. Das Freiheitsbestreben der Palästinenser:innen an sich wird als eine Gefahr für jüdische Israelis betrachtet. Von daher sei man bis in alle Ewigkeit dazu gezwungen, sie zu entrechten und zu unterdrücken. Es lohnt sich, sich diesen Gedankengang noch einmal zu vergegenwärtigen. Die jüdische Tradition hat so einiges über die Möglichkeiten des säkularen Souveräns, uns von imaginären Bedürfnissen zu überzeugen, zu sagen.

Aaron Samuel Tamares (1869–1931) war der Rabbiner einer kleinen jüdischen Gemeinde in Osteuropa. Er war als scharfsinniger unabhängiger Publizist bekannt, der sich besonders durch seine Kritik am Militarismus der zionistischen Bewegung sowie auch an der Versteinerung der jüdischen Orthodoxie hervortat. Von ihm liegen Predigten,

Erneuerungen in der Halacha, publizistische sowie persönliche und poetische Texte vor.

In seinem Buch »Mussar haTora vahaJahadut« (Ethik der Tora und des Judentums) von 1912, in dem seine Predigten zu den verschiedenen Feiertagen zusammengestellt sind, beschäftigt sich Tamares auch mit dem Begriff der Freiheit.² Sein Hauptaugenmerk ist auf den richtigen Umgang mit Kriegen, Rache und Gewalt gerichtet. Er schreibt: »Es ist bekannt, dass [uns] die Tora zu dem Zweck gegeben wurde, den Charakter der Menschen zu reinigen und sie von der Unreinheit der bösen Taten zu trennen.«

Laut Rabbiner Tamares wurde dem jüdischen Menschen durch die Gabe der Tora eine Aufgabe übertragen sowie ein Werkzeug an die Hand gegeben, dieser nachzugehen. Ein Jude hat die Aufgabe, außen vor zu bleiben und den Bereich der Wahrheit und den der Lüge zu identifizieren, wobei die Tora das Werkzeug ist, mit dem wir die Wahrheit erkennen. Nach Tamares Ansicht ist der Staat der Bereich der modernen Lüge. Er schreibt:

»Dies ist das Geheimnis all der großen Kriege, Energien, Massaker und Morde auf der Welt und insbesondere der Verfolgung der Juden und der Pogrome gegen sie; das Geheimnis der Vereinigung ganzer Völker, um schwache Völker in großer Anzahl zu schlagen und zu unterdrücken. Denn der Zusammenschluss zu ganzen Gangs, um gemeinsam Böses zu tun, ohne sich voreinander zu schämen, ist nur möglich mit lügenhaften Ansichten, die es »erlauben«, zu morden oder dies »schönzureden« [...]«

Mord ist demnach die größte Sünde. Der Staat jedoch stellt das Töten im Krieg als eine positive oder notwendige Handlung dar. Aber es ist die schlimmste Gewalt. Rabbiner Tamares fordert, die Behauptungen der Regierenden, die meist Ausreden seien, kritisch zu prüfen. Das führt wiederum zur Frage der israelischen Herrschaft über die Palästinenser:innen: Hängt die Freiheit der Israelis wirklich von der Fortsetzung dieser Herrschaft ab?

Die vermeintliche Freiheit, das Land anderer zu besetzen

Die Vorstellung, die Freiheit der Palästinenser:innen schade der Freiheit und dem Leben der Israelis, ist eine auf böseartigen Lügen beruhende intellektuelle Verirrung: »Wir besetzen nicht, weil wir besetzen müssen. Wir besetzen, weil wir besetzen können.«

Es ist klar, dass die Militärherrschaft über die Palästinenser:innen keine vorübergehende, sondern eine permanente Angelegenheit ist. Die Besatzung ist keine Maßnahme zur Verhinderung konkreten Handelns, sondern sie ist ein Phänomen der Gewalt, das angeblich Leben erhält. Aber Menschen ihrer Freiheit aus der Angst heraus zu berauben, sie könnten diese gegen uns verwenden, ist ein moralisches Unrecht, das der jüdischen Tradition zuwiderläuft. Permanente Entrechtung und Unterdrückung aus Angst vor Angriffen der Unterdrückten,

das widerspricht allen ethischen Standards des religiösen Judentums.

Wie kann Freiheit etwas Positives sein, wenn die Existenz des jüdischen Staats auf der Verweigerung der Freiheit anderer beruht? Wie kann man über soziale Gleichheit, wirtschaftliche Gleichheit oder Gendergleichheit reden, wenn sich der Staat auf Ungleichheit gründet?

Religiöse Menschen fühlen sich verpflichtet, die Wirklichkeit um sie herum genau wahrzunehmen. Das geht nur, wenn sie die Realität nicht durch die Brille des Staates, sondern durch die des Individuums und der religiösen Gemeinde betrachten. Vor allem müssen religiöse Menschen erkennen, dass Entrechtung und Unterdrückung der Palästinenser:innen nicht alternativlos bzw. zwingend sind, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen und bestimmter Fähigkeiten und Ressourcen: der Fähigkeit, aus Sicherheitsbedenken anderen ihre Freiheit zu verweigern, und dem politischen Willen, die Früchte der Herrschaft zu genießen (man denke an die Landnahme sowie an die nationale Symbolik). Wer danach strebt, ein guter Jude zu sein, kann sein Leben jedoch nicht auf Blindheit und Machtstreben gründen.

Warum es in Israel keine religiöse jüdische Linke gibt

Im Gegensatz zu anderen Teilen der Welt, zum Beispiel den USA, wo es unter religiösen Jüdinnen und Juden eine eindeutig linke Strömung gibt, fehlt diese in Israel – trotz der vielen guten Gründe für ein linkes Engagement gegen Ungleichheit und die Besatzung. Meines Erachtens liegt dies an der Verbindung von Theologie und der Entwicklung nationaler Strukturen. In Israel existieren strikt voneinander getrennte Bildungssysteme für verschiedene Bevölkerungsgruppen und der Unterricht ist in den meisten religiösen Einrichtungen hochgradig politisiert. Die Schulen der Ultraorthodoxen zeichnen sich durch eine starke Abgrenzung von der übrigen israelischen Gesellschaft aus. Sie sind nicht besonders nationalistisch, aber auch nicht besonders humanistisch ausgerichtet. Das religiös-zionistische Bildungssystem ist, wie bereits erwähnt, von einer nationalistisch-religiösen Agenda bestimmt. Es ist zu bedenken, dass all dies innerhalb eines grundsätzlich säkular ausgerichteten politischen Systems geschieht, das wiederum das Konzept der ethnischen Überlegenheit der Jüdinnen und Juden vertritt und fördert. Mit anderen Worten: In Israel ist nicht nur die Anzahl der religiösen Jüdinnen und Juden, die sich als links verstehen, winzig, sondern auch die säkulare Linke recht überschaubar. Marginalisierte Gruppen wie zum Beispiel Religiöse, die an der israelischen Hegemonie teilhaben wollen, bemühen sich daher, besonders staatstragend zu sein, und positionieren sich häufig extrem weit rechts. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass aufgrund von internem und äußerem Druck eine Position, die sich der Vorstellung der ethnischen Überlegenheit widersetzt und Gleichheit unterstützt, in Israel marginal ist – obwohl eine solche von der jüdischen Theologie und Geschichte durchaus unterstützt wird.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass linke Positionen in religiösen Kreisen in Israel Randerscheinungen sind, sie werden nur von einzelnen Personen vertreten und nicht von einer größeren Gruppe oder Gemeinde. Meines Erachtens besteht auch keine Hoffnung auf eine breite religiöse jüdische Bewegung in Israel, die sich für Gleichberechtigung einsetzt. Dennoch ist es wichtig hervorzuheben, dass von denjenigen, die sich aktiv gegen die israelische Besatzung einsetzen, viele einen religiösen Hintergrund haben. Das traf bei der Staatsgründung zu und stimmt auch noch heute. Religiöse Intellektuelle haben sich mit der Nakba und dem Flüchtlingsproblem nach 1948 befasst und dazu geschrieben, darunter Rabbiner Benjamin,³ oder über die Besatzung nach 1967 wie zum Beispiel Jeschajahu Leibowitz.⁴ Diese Stimmen waren jedoch Ausnahmeerscheinungen, bezogen auf ihre religiösen Gemeinschaften, aber auch auf die israelische Gesellschaft insgesamt. Auch heute sind etliche intellektuellen in Menschenrechtsorganisationen aktiv, beteiligen sich an Solidaritätsaktionen mit Palästinenser:innen oder äußern ihre linke Position in den Medien. Sie kommen in der Regel aus humanistisch orientierten Gruppen und bewegen sich am liberalen bzw. linken Rand der religiösen zionistischen Bewegung.

»Obwohl der Staat Israel ein säkularer Staat ist, haben die Rabbiner des religiösen Zionismus entschieden, dass die von Israel geführten Kriege, einschließlich der Besetzung der palästinensischen Gebiete, religiös gebotene Kriege sind.«

Darüber hinaus ließ sich in den letzten Jahren beobachten, dass sich relativ viele junge Frauen und Männer mit ultraorthodoxem Hintergrund gegenüber der israelischen Gesellschaft öffnen. Wie bereits erwähnt, ist der Prozess der »Israelisierung« im Allgemeinen mit einer Positionierung im rechten Lager des politischen Spektrums verbunden. Aber es gibt auch Journalist:innen sowie soziale und politische Aktivist:innen, die sich nach links wenden und sich linken Parteien oder Gruppierungen anschließen. Eine davon ist die feministisch-sozialistische ultraorthodoxe Aktivistin Michal Zernowitski, die sich in der Arbeitspartei engagiert; ein weiterer ist der besatzungskritische Journalist Israel Frey, der der chassidischen Strömung Gur angehört. Darüber hinaus gibt es einige aus dem ultraorthodoxen Lager hervorgegangene progressive Organisationen wie Charedim laGerush (Ultraorthodoxe gegen die Abschiebung von Geflüchteten) oder enHaTsiibur haCharedi Mamlakhti, eine Bewegung, die sich in vielerlei Hinsicht für eine Gleichberechtigung einsetzt. Die Organisation Rabbiner für Menschenrechte bezeichnet sich selbst als »rabbinische Gewissensstimme in Israel [...], die der jüdischen Tradition der Menschenrechte Ausdruck verleiht«.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob dieses Phänomen relevant ist. Ich vermute, dass alle außerhalb der religiösen Communities gute Gründe nennen können, warum ein linker religiöser Diskurs wünschenswert wäre. Solange

in Israel die jüdische Geschichte erneut für die eigenen Zwecke (um)gedeutet wird, ist es sehr wichtig, dass es eine jüdische Position als Gegengewicht gibt. Man erinnere sich nur an Jeschajahu Leibowitz, einen der prominentesten Kritiker der israelischen Regierungspolitik zu Beginn der Besatzung. Dass dieser eine Kippa trug, hatte mehr als nur symbolische Bedeutung. Damit rettete er nicht nur die Würde des religiösen Judentums, sondern untergrub auch die Kohärenz des in Israel geschaffenen rechten religiösen Narrativs.

Aber es sollte nicht vergessen werden, dass es sich dabei um einen Blick von außen handelt und nicht um die Perspektive religiöser Aktivist:innen. Aus religiösen Quellen gespeiste Aktionen gegen die Besatzung beruhen nicht auf Überlegungen, was politisch wünschenswert ist, sondern entspringen inneren religiösen Empfindungen und einer von der religiösen Autorität auferlegten Pflicht. Für Jüdinnen und Juden, die sich der Religion verpflichtet sehen, sind der Widerstand gegen die Besatzung und der Kampf um Gleichheit göttliche Gebote, unabhängig von politischen Positionierungen und Idealen. Wie der säkulare humanistische Diskurs liefert auch der religiöse Diskurs verschiedene Motive zum Handeln, und es geht nicht darum, dass sich alle Aktivist:innen diesem Diskurs »anschließen« sollen. Für gläubige Aktivist:innen besteht der Wunsch und die Notwendigkeit, ein würdiges religiöses Leben zu führen und zu zeigen, dass es einen Weg gibt, so zu leben und zu handeln, wie es in Psalm 34:15 geschrieben steht: »Weiche vom Bösen, tue Gutes, trachte nach Frieden, jage ihm nach!«

Anmerkungen

- 1 Min-HaHar, Shlomo/Goelman, Issachar/Aizenberg, Yehuda: Dinei Tsawa uMilchma, Jerusalem 1972.
- 2 Tamares, Aaron Samuel: Cherut [Freiheit], in: Mosar haTora vahaJahadut, Vilnius 1912, S. 27–49.
- 3 Siehe zum Beispiel Tsoref, Avi-Ram: Rabbiner Benjamin und die Forderung nach Rückkehr der Flüchtlinge (auf Hebräisch), unter: <https://heb.hartman.org.il/the-prosecution-for-the-recovery-of-refugees/>.
- 4 Siehe zum Beispiel Leibowitz, Jeschajahu: Das Judentum, das jüdische Volk und der israelische Staat (auf Hebräisch), Jerusalem 1975.



Teilnehmer einer Tour für orthodoxe Juden auf den Tempelberg, 2011.
Foto: Activestills

DIE POLITIK DES EHERECHTS

AREEN HAWARI

Palästinensische Feministinnen in Israel kämpfen für eine Reform des noch aus osmanischer Zeit stammenden Personenstandsrechts. Dabei legen sie sich nicht nur mit der staatlichen Verwaltung an, sondern auch mit islamischen Gelehrten, die die männlichen Privilegien in Scheidungs- und Sorgerechtsfragen mit aller Macht verteidigen.

Bei dem feministischen Kampf in den postkolonialen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens geht es größtenteils um eine Reform des Personenstandsrechts, das in fast all diesen Ländern auf einer orthodoxen Version der Religion beruht. Diese Gesetze gewähren Männern Privilegien. So legen sie zum Beispiel fest, dass eine Frau einen Ehevertrag nur mittels eines männlichen Vormunds schließen kann oder dass ein Mann mehr als nur eine Frau heiraten darf. Im Falle einer Scheidung wird meist dem Mann das Sorgerecht für die Kinder übertragen.

Die zentrale Stellung des auf der Religion basierenden Familienrechts (oder Eherechts) in diesen Ländern stellt feministische Organisationen und Menschenrechtsaktivist:innen im Nahen und Mittleren Osten, die versuchen, gegen die im Eherecht verankerte Unterdrückung von Frauen zu kämpfen, vor Herausforderungen: Zum einen argumentieren konservative Gelehrte und Vertreter der Religion, dass die Ehegesetze ihren Ursprung im Koran hätten und daher heilig seien und nicht geändert werden sollten. Dem folgt dann in der Regel ein zweites Argument angesichts der Tatsache, dass es meist Frauen sind, die Reformen fordern: Frauen sei es nach religiösem Recht nicht erlaubt, sich mit religiösen Angelegenheiten zu befassen. Zudem wird Frauen und Organisationen, die eine Reform des Eherechts fordern, vorgeworfen, dass sie sich vom Islam abgewendet hätten und verwestlicht seien.

Im Gegensatz zu der Situation in anderen nahöstlichen und muslimischen Ländern findet der feministische Kampf für die Gleichstellung der palästinensischen Frauen im Eherecht in Israel in einem noch komplexeren historischen und politischen Kontext statt. Diese Frauen sind palästinensische Staatsbürgerinnen Israels. Sie gehören zum palästinensischen Volk und als solche zur islamischen Umma (Gemeinschaft). Während der Nakba im Jahr 1948 wurde die palästinensische Bevölkerung jedoch von einer Mehrheit zu einer Minderheit in ihrem Heimatland. Die Zerstörung der politischen und kulturellen Infrastruktur löschte alle palästinensischen Frauenorganisationen aus, die vor der Gründung Israels aktiv waren. Erst in den 1990er Jahren begannen sich unabhängige palästinensische feministische und Frauenorganisationen auf nationaler und regionaler Ebene zu organisieren.

Darüber hinaus agieren palästinensische Aktivistinnen, die sich für Verbesserungen der Geschlechterbeziehungen, in der Religion und im Staat engagieren, in einem politischen Kontext, in dem der Staat seit seiner Gründung im Jahr 1948 als jüdischer Staat definiert ist und die jüdische Religion als Quelle der staatlichen Gesetzgebung dient. Bestimmte jüdische religiöse Regeln gelten für alle Staatsbürger:innen, einschließlich der palästinensischen: Es gelten zum Beispiel nur jüdische Feiertage als nationale Feiertage. Das Personenstandsrecht richtet sich nach der Religionszugehörigkeit und beruht auf religiösen Gesetzen, die während des britischen Mandats (1920–1948) erlassen wurden.

Das Eherecht und die palästinensischen Staatsbürger:innen: historischer Hintergrund

Das Eherecht in Israel hat sich seit dem britischen Mandat nicht verändert. So wurden die Fragen des Eherechts den religiösen Institutionen überlassen, was bedeutete, dass Menschen einer Religionsgemeinschaft zugehörig und nicht als gleichberechtigte Staatsbürger:innen gegenüber der staatlichen Exekutive gesehen wurden und dass sich die existierenden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern sogar noch verstärkten. In Bezug auf die nicht-jüdischen Bevölkerungsgruppen wurde festgelegt, dass für Christ:innen das osmanische Millet-System und für Muslim:innen das 1917 erlassene osmanische Familienrechtsgesetz gilt. Religiöse Gerichte sind demnach für Eheschließungen und Scheidungen zuständig; darüber hinaus entscheiden (muslimischen) Scharia-Gerichte über andere Familienangelegenheiten (Unterhalt für Kinder und Ehefrau, Sorgerecht für Kinder usw.).

Im Laufe der Jahre hat die Knesset eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, die für alle religiösen Gerichte bindend sind. So zum Beispiel das Gesetz über die Gleichberechtigung von Frauen (1951); Paragraphen des Strafgesetzbuchs, die Polygamie oder einseitige Scheidung verbieten; das Gesetz, das Geschäftsfähigkeit und Vormundschaft regelt (1962); und das Ehegüterrechtsgesetz (1977). Außerdem wurde ein Gesetz zum Erbrecht erlassen, das die Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Erbschaft sicherstellt und die Zuständigkeit für diese Fragen einem staatlichen Gericht überträgt, außer in Fällen, in denen alle beteiligten Parteien übereinkommen, sich an ein religiöses Gericht zu wenden.

Allerdings gibt es immer noch Angelegenheiten, insbesondere im Eherecht, die nicht durch staatliche Gesetze geregelt sind. Im Jahr 1995 wurde das Familiengerichtsgesetz verabschiedet, das es Jüdinnen und Juden ermöglicht, sich bei Fragen zu Sorgerecht, Unterhalt und Vermögensaufteilung bei Scheidungen an ein staatliches Familiengericht zu wenden.

Aktionskomitee für Gleichheit in Eherechtsangelegenheiten – Novelle des Familiengerichtsgesetzes

Nach der Verabschiedung des Familiengerichtsgesetzes (1995) organisierten sich eine Gruppe von Aktivistinnen mit feministischen Initiativen sowie Menschenrechtsorganisationen in einer Koalition, die sich »Aktionskomitee für Gleichheit in Eherechtsangelegenheiten« nannte. Das Komitee hatte sich zum Ziel gesetzt, das Familiengerichtsgesetz dahingehend zu ändern, dass es auch für Muslim:innen und Christ:innen gilt und sich muslimische und christliche Frauen und Männer neben den religiösen Gerichten auch an das staatliche Familiengericht wenden können.

Hauptgrund für die Initiative zur Gesetzesänderung waren die Schwierigkeiten und Frustration, auf die Anwältinnen und Aktivistinnen in Hilfszentren und Frauenhäusern

stießen, wenn sie sich an die religiösen Gerichte wandten, da die Richter meist zugunsten der Männer entscheiden. Bei Klagen auf Unterhaltszahlungen zum Beispiel pflegten Qadis (Richter) an Scharia-Gerichten keine professionellen Sachverständigen, sondern Laien (Männer aus dem Bekanntenkreis) zur Ermittlung der finanziellen Situation des Mannes einzusetzen und sich sogar mit der Familienangehörigen des Mannes über die Höhe der festzulegenden Unterhaltszahlungen zu beraten. Sie bezeichneten die Frau als »Rebellin« und wandten damit das Prinzip der »Gehorsamspflicht« der Frau gegenüber dem Mann als Kriterium für die Höhe der ihr zustehenden Unterhaltszahlungen an.

Die Aktivistinnen mobilisierten öffentliche Unterstützung und agierten über eine Lobby in der Knesset. Der Knesset-Abgeordnete Nawaf Massalha von der Arbeitspartei bemühte sich um eine breite Unterstützung für den Gesetzesentwurf, der erstmals am 2. Mai 1997 der Knesset vorgelegt und am 5. November 2001 in dritter Lesung mit großer Mehrheit (51 Ja-Stimmen, 23 Ablehnungen und 3 Enthaltungen) verabschiedet wurde.

Die Aktivitäten für die Gesetzesnovelle haben viele Fragen über den Status von Frauen und den Stellenwert von Religion, Identität, und Staat aufgeworfen. Denn dies war nicht nur die erste feministische Gesetzgebungsinitiative von palästinensischen Staatsbürger:innen in Israel, sondern es handelte sich auch um eine erste öffentliche Diskussion über Geschlechterfragen, die sonst gesellschaftlich tabu sind.

»Die Bewegung betrachtete die Gesetzesinitiative als Angriff auf das religiöse Establishment, auf die arabische und muslimische Identität.«

Die Gesetzesreform zielte nicht darauf ab, die Zuständigkeit der religiösen Gerichte in Eherechtsangelegenheiten abzuschaffen, sondern darauf, dass muslimische und christliche Frauen und Männer wählen können, an welches Gericht sie sich wenden, und dass das Wahlrecht der Prozessparteien respektiert wird. Trotzdem war klar, dass das Ende ihrer alleinigen Zuständigkeit die Macht und den Status der religiösen Gerichte verringern würde, weshalb diese die Initiative ablehnten. Trotz interner Spaltungen schloss sich die gesamte Islamische Bewegung der Position der religiösen Gerichte an. Sie argumentierte, dass es sich bei der Gesetzesinitiative um einen Angriff auf das religiöse Establishment, auf die arabische und muslimische Identität und auf die wenigen Institutionen in Israel, die noch unter muslimischer Kontrolle sind, handele.

Eine Gruppe von religiösen Gelehrten, Scharia-Richtern und führenden Persönlichkeiten der Islamischen Bewegung veröffentlichte im Jahr 1997 sogar eine Erklärung unter der Überschrift »Fatwa«, in der sie ihre Ablehnung der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zum Ausdruck brachte. Sie stellten fest, dass die Gesetzesänderung die Befugnisse der Scharia-Gerichte schmälere und ein Schritt in Richtung Abschaffung sei, und argumentierten, dass die

Prinzipien, auf denen die israelischen Gesetze zum Eherecht, Unterhalt, Adoption und Erbrecht beruhen, Modelle schaffen würden, die dem Islam fremd seien und dem islamischen Recht widersprächen. Die Verfasser erklärten, dass den arabischen Staatsbürger:innen in Israel kulturelle Autonomie, zu der die Religion gehöre, gewährt werden müsse, und dass jede Beeinträchtigung der Scharia-Gerichte eine Abkehr von der arabischen und muslimischen Identität zur Folge habe.

Die säkulare Balad (eine antizionistische links-orientierte Partei, deren Mitglieder zumeist arabisch sind) brachte zum ersten Mal den Begriff »kulturelle Autonomie« in den israelischen Diskurs ein, als sie im Jahr 1995 die Errichtung einer solchen Autonomie, das heißt die Selbstverwaltung von Schulen, Universitäten, Medien und anderen kulturellen Einrichtungen, für die palästinensische Bevölkerung in Israel forderte. Azmi Bishara und Said Zee-dani, damals Dozenten an der Bir-Zeit Universität, erhoben diese Forderung erstmals 1989 in einem Artikel. Sie wird mittlerweile fast von der gesamten säkularen intellektuell-nationalen Elite der palästinensischen Bevölkerung in Israel vertreten.

In der Auseinandersetzung über die Gesetzesreform wurde somit auch das Konzept der kulturellen Autonomie thematisiert. Angesichts des Widerstands aller religiösen Strömungen kam es zu einigen Debatten unter säkularen und nationalen Organisationen und Parteien, wie zum Beispiel Balad, der Arabischen Vereinigung für Menschenrechte und Adalah (ein Zentrum, das Rechtsbeistand für den Kampf um die Rechte der arabischen Minderheit in Israel leistet). Es wurde insbesondere darüber diskutiert, ob die religiösen Gerichte, und vor allem die Scharia Gerichte, als Teil der von diesen säkularen Organisationen und Parteien geförderten kulturellen Autonomie zu betrachten seien. Diese Diskussion fokussierte Fragen bezüglich des kulturellen und nationalen Kollektivs, der Grenzen der kulturellen Autonomie und des »Rechts« auf ein Monopol auf die Religion. Während der Debatten um die Novelle gab es zwei unterschiedliche Grundhaltungen: Eine Seite war der Ansicht, die Scharia-Gerichte seien eine nationale und nicht nur eine religiöse Angelegenheit und der Staat solle sich nicht in die Angelegenheiten der Minderheit einmischen, außer in solch seltenen Fällen wie zum unmittelbaren Schutz des Lebens und der Menschenwürde; die andere Seite argumentierte, dass sich diese Debatte auf religiöse Gesetze beziehe und nicht auf die Frage der kulturellen Autonomie, und dass mithin kulturelle Autonomie nicht auf Kosten der universellen Menschenrechte gehen dürfe.

Eines der Probleme, die sich im Zuge der Gesetzesnovelle ergaben, ist, dass die staatlichen Familiengerichte gemäß dem religiösen Recht der Prozessparteien entscheiden. Das heißt, die Familienrichter:innen sollen nach dem für die Prozessparteien anwendbaren religiösen Recht und dessen Interpretation urteilen, auch wenn die Richter:innen jüdisch sind und Prozessparteien säkulare oder religiöse Muslim:innen oder Christ:innen.

In Interviews, die ich mehr als ein Jahrzehnt nach der Gesetzesnovelle geführt habe, argumentierten Mitglieder der Anwaltskammer, dass die staatlichen Familiengerichte

zwar nach religiösem Recht entschieden, aber dem Zivilrecht zu viel Gewicht beimäßen und einer stärkeren Kontrolle unterlägen als die religiösen Gerichte. Die Interviewten fügten hinzu, dass das religiöse Recht zwar für die staatlichen Familiengerichte bindend sei, aber die Richter:innen eine generelle Verpflichtung gegenüber dem staatlichen Zivilrecht hätten und nicht gegenüber den religiösen Texten, denen die religiösen Gerichte verpflichtet seien.

Diese Debatte zeigt, dass die kulturell-nationale Dimension bei den Themen Frauen, Familie und Geschlechterverhältnisse im Vordergrund steht und sich der Diskurs auf Autonomie und den »Erhalt der Identität« konzentriert, was bei anderen politischen Themen nicht passiert. Das Ignorieren des nationalen-politischen Hintergrunds in Israel seitens der Aktivistinnen erzeugt einen kontextlosen liberalen Diskurs, der der Situation in keiner Weise Rechnung trägt. Zum Beispiel ignorieren sie die Tatsache, dass der Staat sich als jüdischer Staat definiert, der bei den Themen Nationalität, Kultur und Land Gesetze zugunsten von Jüdinnen und Juden auf Kosten von Palästinenser:innen verabschiedet; dass den staatlichen Zivilgerichten in der Regel jüdische Richter:innen vorsitzen, die mit den religiösen Gesetzen der Parteien nicht vertraut sind; dass in den Gerichtsverfahren auf Hebräisch verhandelt wird, das heißt in einer Sprache, die nicht alle Palästinenser:innen fließend beherrschen. Dies bedeutet, dass für Personen sehr wichtige Entscheidungen aufgrund religiöser Gesetze getroffen werden, ohne dass die Richter:innen mit der islamischen Religion vertraut sind. Die Beschäftigung mit diesem liberalen Diskurs wiederum stärkt die Stellung der Frau als Symbol der Identität, selbst unter der säkularen Bevölkerung. Diese Situation bringt Frauen in eine Zwickmühle: Sie müssen zwischen ihrer nationalen und ihrer Geschlechtsidentität wählen. Entscheiden sie sich für ihre nationale Identität, führt das zu den Scharia-Gerichten, die dem israelischen Religionsministerium oder Justizministerium unterstellt sind, während die Wahl der Geschlechtsidentität bedeutet, Eherecht anzuwenden, das ebenfalls religiös ist, aber vor staatlichen Gerichten durch zumeist jüdische Richter:innen verhandelt wird.

Die Organisation »Frauen und Horizonte«: Aktion zur Reform des osmanischen Familienrechtsgesetzes

Im Jahr 2002 wurde die Organisation Nisaa wa-Afaq (Frauen und Horizonte) gegründet. Diese feministische Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, die Stellung von Frauen zu verbessern und durch eine feministische Lektüre des Korans gegen den Gebrauch der Religion als Instrument zur Unterdrückung von Frauen vorzugehen.

Zwischen 2012 und 2015 arbeitete die Organisation an einer Reform des osmanischen Familienrechtsgesetzes, das 1917 in Kraft trat und in allen nahöstlichen Ländern bereits verschiedentlich novelliert wurde. Die Aktivistinnen argumentierten, dass das Gesetz nicht mehr zeitgemäß sei. Deshalb forderte die Organisation im Gegensatz zum oben beschriebenen Aktionskomitee für Gleichheit

in Eheangelegenheiten keine Änderung der Zuständigkeit der Gerichte, sondern eine Änderung des Gesetzes selbst im Sinne einer reformorientierten religiösen Interpretation.

Folgende Änderungen wurden zum Beispiel vorgeschlagen: Im Gesetz zur Eheschließung sollte der Passus »die Person, die die Frau bei der Unterzeichnung der Ketuba (Ehevertrag) vertritt, ist ihr nächster männlicher Verwandter auf der väterlichen Seite« durch den folgenden ersetzt werden: »Es gibt keinen Vertreter für eine Person über 18 Jahren, es sei denn, er/sie will dies.« An einer anderen Stelle sollte die Regelung, dass die Ketuba von zwei männlichen Zeugen unterschrieben werden muss, dahingehend geändert werden, dass es sich bei den beiden Zeug:innen auch um einen Mann und eine Frau handeln kann.

Die vorgeschlagene Gesetzesnovelle, deren Text im Jahr 2014 in einer Broschüre veröffentlicht wurde, wurde von drei Expert:innen verfasst: von einer für Menschenrechtsfragen, einem für die Scharia und einer für israelisches Recht. Während der Vorbereitung des Entwurfs für die Gesetzesnovelle trafen sich die Mitglieder der Organisation mit Fachleuten für islamisches Recht zu Schulungen und Diskussionen. An den Schulungen nahmen auch Juristen und Richter der Scharia-Gerichte der Palästinensischen Autonomiebehörde teil.

Der Entwurf für die Gesetzesnovelle wurde der Knesset-Abgeordneten Hanin Zoabi (Balad) übergeben, damit er in der Gemeinsamen Liste (der zu dem Zeitpunkt alle arabischen Parteien angehörten) diskutiert werden konnte. Aber noch bevor eine solche Debatte stattfinden konnte, sickerte der Entwurf an die Medien durch und wurde von Scharia-Richtern, Mitgliedern der Islamischen Bewegung und Kommentatoren in den sozialen Medien vehement angegriffen.

Anfang November 2015 wurde eine Presseerklärung veröffentlicht, in der behauptet wurde, dass Balad-Abgeordnete der Knesset einen Gesetzesentwurf zum Eherecht mit 121 Paragrafen vorgelegt hätten, ohne vorher »sachkundige und erfahrene« muslimische Personen konsultiert zu haben. Der südliche Flügel der Islamischen Bewegung erklärte, dass er jede Gesetzesnovelle ablehnen werde, die nicht vom Scharia-Establishment komme. Der ehemalige Präsident des Scharia-Berufungsgerichtshofs war der Ansicht, dass der Gesetzesentwurf Israel dazu befuge, die inneren Angelegenheiten der Muslim:innen gesetzlich zu regeln, und dass die Vorlage eines solchen Gesetzes ein Angriff auf die Religion und die natürliche Ordnung der Welt, auf den Islam und die Muslim:innen sei.

Die Argumentation der Islamischen Bewegung gegen die Forderungen der Organisation »Frauen und Horizonte« spiegelt unter anderem einen Kampf um Repräsentation und Autorität in Angelegenheiten der islamischen Rechtstradition wider. Die Empörung und die öffentliche Reaktion darauf ähneln der Situation während der oben skizzierten Novellierung des Familiengerichtsgesetzes. Die Argumente, die gegen die Novelle im Jahr 1997 vorgebracht worden waren, tauchten wieder auf: Erstens wollten Feministinnen angeblich die Befugnisse der Scharia-Gerichte beschneiden und das staatliche Recht auf Kosten des islamischen stärken, wodurch sie die letzte und einzige

Institution schädigten, in der Muslim:innen Autorität und Autonomie besäßen; zweitens könnten jüdische Abgeordnete über eine religiöse Interpretation des Koran abstimmen, wenn die Gesetzesvorlage das Knesset-Plenum erreicht. Das sei problematisch für eine nationale Minderheit, die in ihrem Land, aber nicht in ihrem eigenen, sondern einem jüdischen Staat lebt. Darüber hinaus sprachen die Aktivistinnen in beiden Fällen über die Verachtung, die ihnen von den Gegnern ihrer Initiative entgegengebracht worden sei: »Wer seid ihr überhaupt?« »Was versteht ihr schon?« Es wurde ihnen ihre Kompetenz und die Legitimation abgesprochen, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, obwohl die Aktivistinnen selbst von der Rechtsgrundlage betroffen sind und obwohl ihre Reformvorschläge im Vergleich zu den Forderungen, die von Muslim:innen in anderen Ländern im Nahen und Mittleren Osten sowie in anderen Teilen der Welt erhoben werden, relativ moderat sind. Aktivistinnen in Marokko ist es zum Beispiel gelungen, im Jahr 2004 die Verabschiedung eines neuen Gesetzes durchzusetzen, das vorschreibt, dass eine erwachsene Frau keinen Vormund in der Ehe braucht.

Die Angriffe auf »Frauen und Horizonte« ließen schnell nach, als die Organisation ihre Aktivitäten zum Thema einstellte. Die Knesset-Abgeordnete Hanin Zoabi organisierte keine Debatte über den Entwurf, obwohl sie dafür bekannt ist, dass sie jeder Form von religiösem Zwang energisch entgegentritt. Zoabi erklärte, dass sie ihr Engagement in der Sache eingestellt habe, weil ihre Partei (Balad) die öffentliche stürmische Debatte nicht als Gelegenheit sähe, einen Kampf zu beginnen, der soziale und politische Veränderung bewirken kann, sondern als Belastung, der es sich zu entledigen gelte. Sie teilte auch mit, dass sich, als sie in der Angelegenheit aktiv geworden war, die Qadis und die Islamische Bewegung mit ihren Beschwerden darüber an die männlichen Balad-Abgeordneten gewandt hatten, so als stände sie unter deren Vormundschaft.

»Der Kampf palästinensischer Feministinnen ist untrennbar mit dem politischen Verhältnis zwischen Religion, Geschlecht und Staat verbunden.«

Andere feministische Politikerinnen bestärkten die Knesset-Abgeordnete Zoabi in ihren Äußerungen. Sie erklärten, dass die männliche säkulare politische Führung einen Kompromiss mit der Tradition und dem religiösen Establishment suche, und dass, wenn es darum ginge, die Grenzen des Patriarchats zu hinterfragen, Fragen der Sexualität aufzuwerfen oder größere Freiheiten für Frauen zu fordern, dies als Angriff auf die Institution der Familie gesehen werde.

Der Kampf palästinensischer Feministinnen, seien sie religiös oder säkular, für eine Reform des Personenstandsrechts in Israel zeigt deutlich, dass dieser nicht nur mit Geschlechterfragen verbunden ist, sondern auch mit dem politischen Verhältnis zwischen Religion, Geschlecht und Staat. Jede Initiative zur Änderung von Gesetzen muss sich an den politischen Souverän wenden. Anders als in muslimischen Ländern agierten die Aktivistinnen der beiden

Organisationen in einem Land, in dem sie keine gleichberechtigten Staatsbürgerinnen sind.

Es machte keinen Unterschied, ob der Kampf im Namen der »universellen« Werte der Menschenrechte geführt wurde oder ob er eine reformorientierte islamische Interpretation heranzog und von Entwicklungen in der arabischen und muslimischen Welt inspiriert war. In beiden Fällen wurden die Organisationen, die den Kampf führten, von ihrer Community angegriffen und beschuldigt, mit dem »zionistischen Establishment« zu kollaborieren, in den Diensten einer »fremden Agenda« zu stehen, »dem Islam« sowie den einzigen Institutionen, in denen Palästinenser:innen »nationale Autonomie in Israel« haben, zu schaden. Und das zu einer Zeit, in der das Scharia-Establishment dem israelischen Justizministerium untersteht (bis 2001 war es das Religionsministerium) und seine Funktionsträger israelische Beamte sind.

Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, dass das Eherecht, das Einfluss auf Frauen, Sexualität und die Privatsphäre hat, eine Art Kompensation für den sonstigen Kontrollverlust der patriarchalischen politischen Kräfte der palästinensischen Minderheit, die ihrerseits vom israelischen Staat kontrolliert, unterdrückt, geschwächt und abhängig sind, darstellt. Die Angriffe auf das Aktionskomitee für Gleichheit in Eheangelegenheiten und die Knebelung der Organisation »Frauen und Horizonte« verdeutlichen, dass es diesen Machtstrukturen gelingt, stärker zu sein als die Frauenorganisationen, die gegen sie kämpfen.

OHNE STIMME KEINE STIMME

ESTY SHUSHAN

Anfangs trafen sie sich heimlich nachts in Luftschutzbunkern, inzwischen fordern sie das patriarchale Milieu der streng religiösen jüdischen Gemeinschaft offen heraus: Ultraorthodoxe Aktivistinnen der Frauenbewegung Niwcharot fordern nicht nur, gehört zu werden, sondern für öffentliche und Parteiämter kandidieren zu können – was die religiösen Parteien Shas und Vereinigtes Tora-Judentum bislang ablehnen.

Am Rande der 200.000-Einwohnerstadt Bnei Barak im Januar 2015: Fünf Frauen in Strumpfhosen und langen Röcken stehen mit Flugblättern in den Händen vor einem Veranstaltungsgebäude, dessen Tore geschlossen sind. Die kleine Gruppe ultraorthodoxer Perückenträgerinnen wirkt angespannt und verlegen.¹ Mit einer Videokamera nimmt ein Mann die Protestaktion aus der Ferne auf.

In dem geschlossenen Gebäude findet der Parteitag von Agudat Jisrael statt, einer ultraorthodoxen Partei, die 2015 der Fraktion des Vereinigten Tora-Judentums in der Knesset angehört. Hier werden die Kandidaten für die im März 2015 stattfindenden Knesset-Wahlen festgelegt. In dem Saal befinden sich nur Männer; für Frauen ist nicht einmal ein separater Bereich vorgesehen.²

Draußen vor dem Gebäude warten die fünf Frauen darauf, dass sich die Tore öffnen und die Teilnehmer den Saal verlassen. Sie sind angespannt, weil dies im jahrzehntelangen Bestehen der Partei wohl das erste Mal ist, dass Frauen kommen, um etwas zu sagen und zu fordern.

Die Tore öffnen sich, und langsam treten die Versammlungsteilnehmer heraus. Ultraorthodoxe Bürgermeister, Knesset-Abgeordnete und verschiedene Parteifunktionäre. Sie alle tragen traditionelle chassidische Kleidung.

Da bekommt es eine der Frauen mit der Angst zu tun. Sie verlässt die Gruppe und setzt sich in ihr Auto. Später erklärt sie einem Filmemacher, der die Gruppe begleitet hat, warum sie den herausströmenden Menschen »nicht entgegentreten« konnte: »Sie sehen aus wie mein Vater, wie meine Brüder.«

Die Frauen beginnen, ihre Flugblätter an die Männer zu verteilen. Sie enthalten halachische³ Erörterungen zur politischen Vertretung und Wahl von Frauen in die Knesset. Die meisten Männer machen sich nicht einmal die Mühe, den Text zu lesen, andere stecken das Flugblatt in ihre Manteltasche und gehen weiter. Ein Knesset-Abgeordneter rennt buchstäblich in Panik davon und einige Funktionäre beschimpfen die Frauen.

Ich war eine dieser Frauen, damals im Winter 2015.

Zwei Jahre zuvor hatte ich eine Facebook-Seite mit dem Namen »Ohne Stimme keine Stimme« eingerichtet. Dort wurde erstmals öffentlich darüber debattiert, dass zwei Regierungsparteien es Frauen nicht erlauben, in ihnen Ämter zu bekleiden oder gar für diese zu kandidieren – die ultraorthodoxe Shas-Partei und das Vereinigte Tora-Judentum. Mit anderen Worten benannten wir das Problem, dass ultraorthodoxe Frauen keinen Platz im öffentlichen Raum haben.

Die ultraorthodoxe Gesellschaft – Soziologie, Kultur und Ideologie

Die ultraorthodoxe Gesellschaft ist divers. Wir neigen dazu, sie als eine schwarze, meist wütende Masse zu sehen. Aber wenn wir ehrlich sind, gibt es nicht die eine ultraorthodoxe Gesellschaft, sondern unterschiedliche ultraorthodoxe Communities, die manche Gemeinsamkeiten teilen. Mit einer steigenden Zahl ultraorthodoxer Gemeinschaften nehmen aber auch diese Gemeinsamkeiten ab.

Ultraorthodoxe Jüdinnen und Juden gehen von der ideologischen Grundthese aus, dass sie die echtste Version

der jüdischen Religion verkörpern. Das ist nicht völlig ungerechtfertigt, da sie sich zumindest deklarativ dazu verpflichten, die Halacha und die Mitzwas kompromisslos einzuhalten.

Allerdings ist die ultraorthodoxe Strömung ein recht neues Phänomen in der jüdischen Welt. In Israel basiert sie vor allem auf einer Sammlung von Reformen, die mit Beginn der Aufklärung und der jüdischen Haskala-Bewegung,⁴ die die traditionelle jüdische Community und ihre Führung bedrohte, in Europa entstand. Es handelt sich dabei um Reformen, die die Stellung der Religion stärken und festigen und die durch die Politisierung der Religion unter der Ägide der staatlichen Institutionen in Israel intensiviert wurden.

Ultraorthodoxe Frauen in Israel – die Situation heute

Die ultraorthodoxe Ideologie basiert auf mehreren Prinzipien, die von Gruppe zu Gruppe und von Person zu Person unterschiedlich eingehalten werden: unbedingter Gehorsam gegenüber Rabbinern; Abkehr vom westlichen Lebensstil, insbesondere das Vermeiden der Nutzung von Informationstechnologien wie Internet und Smartphones; Einhaltung der Anstandsregeln (der Keuschheit), das heißt zum Beispiel, dass die Kleidung der Männer und Frauen den ganzen Körper bedecken muss oder es eine strikte Geschlechtertrennung gibt. Die Geschlechtertrennung erfolgt nicht nur in Synagogen, sondern auch in Bildungseinrichtungen und bei diversen Veranstaltungen. In ultraorthodoxen Medien dürfen keine Bilder von Frauen gezeigt oder deren Namen genannt werden, was zur Folge hat, dass Sexualität und sogar medizinische Themen wie Brustkrebs, Schwangerschaft und Geburt keinen Eingang in die Berichterstattung finden.

Ein zentraler Punkt der ultraorthodoxen Ideologie ist die Losung »nur Tora«: Die Männer widmen ihr Leben ausschließlich dem Tora-Studium und somit ist die Bildung (auch inhaltlich) komplett nach Geschlechtern getrennt. Die Jungen werden hauptsächlich in religiösen Disziplinen mit Schwerpunkt auf den Talmud unterrichtet, während säkulare Fächer in ihrem Unterricht nur rudimentär vertreten sind, und das auch nur im Grundschulalter. Danach liegt der Schwerpunkt bis zu ihrer Heirat oder selbst darüber hinaus auf der Gemara.⁵ Im Gegensatz dazu werden Mädchen in verschiedenen religiösen und säkularen Fächern unterrichtet und mitunter erreichen sie das Abitur; die Gemara lernen sie gar nicht.

Ultraorthodoxe Frauen sind dagegen besser für den Arbeitsmarkt ausgebildet und qualifizierter als ultraorthodoxe Männer. Wie kommt es in einer konservativen traditionellen Gesellschaft wie der ultraorthodoxen dazu? In einer Gesellschaft, die auf das Tora-Studium ausgerichtet ist, sind Frauen von zentraler Bedeutung für den Lebensunterhalt. Sie erlernen verschiedenste Berufe, die es ihnen ermöglichen, nach ihrer Heirat zu arbeiten. In den ultraorthodoxen Communities wird früh im Alter zwischen 18 und 24 Jahren geheiratet. Das erste Kind kommt meist ein Jahr nach der Heirat zur Welt.

Dadurch entsteht eine seltsame Situation: Einerseits sind ultraorthodoxe Frauen für die Einkünfte des Haushalts zuständig; mehr noch: Sie sind es, die die Existenz und das Wohlergehen der auf Tora-Studium ausgerichteten ultraorthodoxen Gemeinschaften sicherstellen. Andererseits verschafft ihnen ihre wirtschaftliche Überlegenheit weder Macht noch Respekt. Es gibt weder im öffentlichen Raum noch in den Einfluss- oder Entscheidungszentren ultraorthodoxen Frauen.

Für dieses Paradox gibt es unterschiedliche Erklärungen. Eine davon liegt auf der Schnittstelle zwischen Soziologie und Ideologie. In einer Gesellschaft, in der der Wert in Geld bemessen wird, haben diejenigen eine gehobene Stellung, die es besitzen und vermehren. Aber in einer Gesellschaft wie der ultraorthodoxen, in der das Tora-Studium der zentrale Wert ist und Frauen vom Gemara-Studium völlig ausgeschlossen sind, haben die Männer Status und Macht. Der Lebensunterhalt, den Frauen mit ihrer Arbeit verdienen, wird als zweitrangig und funktional betrachtet, um die Welt der Tora zu erhalten.

Aufgrund der Abschottung, der separaten Bildungssysteme und der frühen Heirat in den ultraorthodoxen Communities ist ein weiterer Aspekt dieses Phänomens, dass ultraorthodoxe Frauen sehr niedrige Löhne verdienen. Sie schaffen es zwar, ihre Familie zu ernähren, aber sie gehören in Israel immer noch zur Unterschicht.

Es gilt zu bedenken, dass ultraorthodoxe Frauen von klein auf nach diesen Idealen erzogen werden, und dass viele von ihnen diese Lebensweise mit all ihren Schwierigkeiten und Herausforderungen als die Erfüllung ihrer Träume sehen.

»Gott sei gedankt, dass ich keine Frau bin« – die Geschichte der Frauen im Judentum

Die Stellung der Frau im Judentum ist komplex. Insbesondere in den letzten Generationen wurde mit dem Aufkommen des Feminismus unermüdlich versucht, jüdischen Frauen zu erklären, dass sie entgegen allem Anschein einen wichtigen und angesehenen Status haben. Es handelt sich dabei in der Regel um retrospektive Apologetik, deren Argumentationslinien erst entwickelt wurden, nachdem die feministische Bewegung begonnen hatte, die Ordnung der Welt zu verändern. Dennoch finden die meisten ultraorthodoxen Frauen und nicht wenige andere religiöse jüdische Frauen solche Erklärungen immer noch plausibel.

Ein Beispiel: Eine Danksagung im Morgengebet der Männer lautet: »[Gott sei] gedankt, dass ich keine Frau bin.«. Im Gegensatz dazu beten die Frauen »[Gott sei] gedankt, dass ich nach Seinem Willen geschaffen wurde« und bringen damit zum Ausdruck, dass sie sich mit dem nicht so großartigen Schicksal, das ihnen zufiel, abfinden.

Das jüdische Schrifttum birgt nichts Gutes für Frauen. Es enthält keine von Frauen geschriebenen Schriften über die Tora. Darüber hinaus sind manche Stellen in den vorhandenen Texten heute schwer erträglich. Es sollte jedoch bedacht werden, dass die Tora-Literatur über Tausende von

Jahren alte Schriften umfasst. Sie spiegelt Normen der Antike, des Mittelalters und unserer Zeit wider und enthält alles, im Guten wie im Schlechten. Es gibt sehr klare Halacha-Regelungen, die darauf abzielen, die grundlegenden Rechte der Frauen zu wahren; es gibt Passagen im Schrifttum, die Frauen verherrlichen und erheben; und es gibt Stellen, die aktivistische atheistische Menschen gerne verwenden, um ihre Behauptungen zu belegen.

Die ultraorthodoxe Gesellschaft als eine Gesellschaft von Gelehrten/Lernenden, die sich häufig mit diesen Schriften, ihrer Interpretation und Relevanz beschäftigt, weiß selektiv zu sein und interpretiert die heiligen Texte nach ihrem Interesse. So reformierten ultraorthodoxe Rabbiner zum Beispiel jüdische Konzeptionen umfassend. Ursprünglich hatte ein jüdischer Mann die Pflicht, seine Frau zu ernähren und zu unterstützen, und musste sogar diese Verpflichtung im Vertrag bei der Hochzeit unterschreiben. Im heutigen ultraorthodoxen Judentum ist die Situation jedoch genau umgekehrt. Die Frau ist diejenige, die für den Lebensunterhalt arbeitet. Diese radikale Reform ist das Resultat der sozialen Notwendigkeit, die in Europa ausgelöschte Welt der Tora-Studien in Israel neu zu begründen.

Hinaus in die virtuelle Welt

Ganz generell lässt sich feststellen, dass die ultraorthodoxe Gesellschaft eine patriarchale ist. Geht man ins Detail, wird es allerdings komplexer. Die ultraorthodoxen Frauen dienen im Allgemeinen dem Erhalt der Familie, indem sie gegenüber dem Mann ihren Status als »seine Gehilfin«/»eine Hilfe [...], die ihm entspricht«,⁶ akzeptieren. Das heißt, sie akzeptieren ihre Funktion im Dienst der Welt der Tora, zu der sie keinen Zutritt haben, als abwesende Präsenz, sie akzeptieren die Geschlechtertrennung und dass sie am spirituellen, religiösen und Gemeindeleben nicht teilhaben. Sie nehmen die männliche Autorität in religiösen, öffentlichen und politischen Angelegenheiten als etwas Absolutes hin. Etwas, das alle ultraorthodoxen Communities, so unterschiedlich sie auch sein mögen, eint, ist der völlige Ausschluss von Frauen aus dem öffentlichen Raum. Es gibt keine ultraorthodoxen Frauen in den Stadträten, in den religiösen Beiräten, in der Knesset; ihre Präsenz in den ultraorthodoxen Medien ist minimal; und natürlich sind sie in allen Bereichen, die mit Tora, Rabbinat und Halacha zu tun haben, nicht vorhanden.

Andererseits sind sie diejenigen, die Veränderung bewirken können, da sie eine breitere Allgemeinbildung haben, in fast allen Berufszweigen integriert sind und Kontakte außerhalb der ultraorthodoxen Gesellschaft haben. Obwohl der harte Kern immer noch die virtuelle Welt meidet, hat die Präsenz von Ultraorthodoxen im Internet in den letzten Jahren stark zugenommen. Es gibt auf ultraorthodoxe Frauen ausgerichtete Diskussionsgruppen, Gruppen von ultraorthodoxen Frauen und Männern, die sich mit verschiedenen Themen auseinandersetzen, sowie Meinungsmacher:innen, die sich über das Internet etabliert haben. Es scheint jedoch, dass auch in der virtuellen Welt die inhaltliche Unterteilung erhalten bleibt. Die ultraorthodoxen Männer dominieren Twitter als Journalisten,

Politiker, Vertreter von rabbinischen Höfen und Publizisten, während ultraorthodoxe Meinungsmacherinnen auf Instagram als Kosmetikerinnen, Modeexpertinnen und Köchinnen dominant sind.

»Ohne Stimme keine Stimme« – die ultraorthodoxe Frauenbewegung Niwcharot

In bin in einer ultraorthodoxen Community aufgewachsen, als Tochter marokkanischer Eltern, die ebenfalls in ultraorthodoxen Bildungseinrichtungen unterrichtet worden sind. Die ultraorthodoxe Gesellschaft war und ist immer noch meine natürliche Heimat, meine Familie. Zugleich habe ich als ultraorthodoxe Mizrachi-Frau nicht das Gefühl, dass ich an dieser Lebenswelt wirklich teilhabe.

Schon in meiner Kindheit und Jugend fühlte ich mich nicht wirklich zugehörig. Die Szenen der interethnischen Diskriminierung in den ultraorthodoxen Institutionen waren für mich schwer erträglich und ich habe sogar selbst unter solcher Diskriminierung gelitten. Vielleicht hat mich das dazu gebracht, eine kritische und skeptische Haltung einzunehmen und sie mit zunehmendem Alter und Selbstvertrauen sogar offen zu äußern.

Ich sah mich nicht als Feministin – diese Bezeichnung wurde mir normalerweise als Beschimpfung entgegengeschleudert, wenn ich mich über die Ungerechtigkeit um mich herum beschwerte.

Ich habe mehrere Jahre als Publizistin für die ultraorthodoxe Presse gearbeitet. Ich wurde ausdrücklich gebeten, meinen Vornamen nicht zu nennen, um geheim zu halten, dass ich eine Frau bin. Eine Frau sollte keine Meinung zum aktuellen Geschehen haben, und wenn sie eine hat, behält sie sie besser für sich.

Im Herbst 2012 wurde mir bewusst, dass es so nicht weitergehen kann. Im Oktober 2012 wurde die 18. Knesset aufgelöst und es wurden vorgezogene Neuwahlen für Januar 2013 festgelegt. Ich schaute um mich und fragte mich, wie ich mit all diesen politischen Umwälzungen verbunden bin. Schließlich habe ich etwas über Politik zu sagen; ich schreibe darüber und spreche darüber mit meinen Freund:innen.

Als Publizistin habe ich an vielen politischen Kampagnen teilgenommen. Wie kann es sein, dass ich und andere Frauen nicht nur keine gewählten Repräsentantinnen haben, sondern auch die gewählten ultraorthodoxen Männer keinerlei Anstrengungen unternehmen, um unsere Stimmen zu mobilisieren, um uns Wahlversprechen zu machen? Sie haben uns in der Tasche. Ich wusste, was nun passieren würde. Während des Wahlkampfes würden die Publizisten der Parteien Aufrufe von wichtigen Rabbinern veröffentlichen, die dazu auffordern, für die eine oder andere ultraorthodoxe Partei zu stimmen und die dafür das Paradies, Lernerfolge und ein gutes Einkommen versprechen. Und wir würden alle für sie stimmen.

Um das zu verhindern, ist die Bewegung Niwcharot entstanden. Ich richtete zunächst eine Seite auf Facebook ein, obwohl Ultraorthodoxe zu der Zeit im Internet nur sehr spärlich und dann auch nur verdeckt präsent waren.

Dort sprudelten die vielen Fragen, die sich mir stellten, heraus. Ich war jung und verwegen genug, um die Seite »Ohne Stimme keine Stimme« zu nennen und ultraorthodoxe Frauen explizit dazu aufzufordern, nicht mehr automatisch für Parteien zu stimmen, die sie überhaupt nicht beachten.

So sah ich mich mit der männlichen ultraorthodoxen Führung konfrontiert, die auf unterschiedlichste Weise auf mich reagierte. Sie warfen mir öffentlich vor, »keine wirklich ultraorthodoxe Frau« zu sein, und sagten, dass ich daher kein Recht habe, im Namen von ultraorthodoxen Frauen zu sprechen – die überhaupt nicht am öffentlichen Leben teilnehmen wollten.

Ein ultraorthodoxe Feminismus nimmt Gestalt an

Einige ultraorthodoxe Frauen interessierten sich jedoch insgeheim für diese Ideen. Wir begannen als eine Gruppe, die sich »involvierte [Frauen]« nannte und der ultraorthodoxe Frauen verschiedener Sektoren angehörten. Im Rahmen dieser Organisation, die ich zusammen mit der Sozialunternehmerin Racheli Ibenboim gründet haben, trafen sich 15 ultraorthodoxe Frauen, um über öffentliche politische Themen zu diskutieren. Anfangs trafen wir uns voller Angst heimlich nachts in Luftschutzbunkern in Bnei Brak. Aber schon damals war uns klar, dass der ultraorthodoxe Feminismus Gestalt annahm.

Bei den Wahlen im Jahr 2015 waren wir bereits fünf Frauen: Racheli Ibenboim, Michal Zernowitski, Estee Rieder, Tali Farkash und ich. Wir initiierten eine Kampagne. Wir schrieben, wurden interviewt, traten bei verschiedenen Gelegenheiten auf, und die Doku-Serie »Uwda« (Tatsache) machte eine Sendung über uns, die zur Prime Time im israelischen Fernsehen gesendet wurde. So kam das Thema auf die öffentliche Tagesordnung.

Die ultraorthodoxe politische Führung ist daraufhin durchgedreht. Ihre Vertreter in den Medien haben uns gnadenlos angegriffen. Wir wurden als Lügnerinnen, Scharlataninnen, Nicht-Ultraorthodoxe, Fakes bezeichnet. Bekannte ultraorthodoxe Frauen haben sich scharf gegen uns ausgesprochen.

Der Preis war zu hoch, sowohl persönlich als auch gesellschaftlich. Was uns als Gruppe zusammengehalten hat, bröckelte. Einige Frauen haben, mitunter wütend, die Gruppe verlassen; andere kamen hinzu. Trotz allem wurde die Organisation Niwcharot im Jahr 2016 als Verein eingetragen und nahm ihre Arbeit auf.

In den ersten zwei Jahren haben Esty Rieder und ich sie gemeinsam geleitet. Wir haben wichtige Dinge zusammen gemacht. Wir haben mit unserer Öffentlichkeitsarbeit eine von der Rechtsanwältin Tamar Ben-Porat eingereichte Klage vor dem Obersten Gerichtshof begleitet. Nach einem dreijährigen Gerichtsverfahren wurde der in der Klage erhobene Forderung, die Partei Agudat Jisrael zu verpflichten, die diskriminierenden Elemente in ihren Statuten zu ändern, stattgegeben.

Wir sind gemeinsam zum Ausschuss der Vereinten Nationen für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau

(CEDAW) in Genf gereist. Wir haben dem Ausschuss einen Bericht vorgelegt, in dem wir zum ersten Mal offenlegten, wie ultraorthodoxe Frauen ausgegrenzt werden und keine Mitsprache in Israel unter der Schirmherrschaft des Staats und seiner Institutionen haben. Außerdem haben wir eine Lobby für die Mitarbeit von ultraorthodoxen Frauen in der Knesset und, um einen Kreis von weiblichen potenziellen ultraorthodoxen gesellschaftlichen Führungskräften aufzubauen, eine erste bahnbrechende Trainingsgruppe für politische Bildung von ultraorthodoxen Frauen gegründet.

Stolz auf die eigene Identität

Unser Kampf ist aus vielerlei Gründen schwierig. Wir agieren innerhalb der ultraorthodoxen Gesellschaft. Trotz der Versuche, uns als nicht ultraorthodoxe Frauen hinzustellen, sind wir, die Mitglieder der Organisation Niwcharot, stolz auf unsere ultraorthodoxe Identität. Wir wollen Veränderung von innen heraus bewirken und Toleranz und Respekt für Frauen in den ultraorthodoxen Gemeinschaften sowohl im privaten also auch im öffentlichen Bereich erreichen.

Feministische Kämpfe sind überall schwierig. Die Welt, auch die westliche offene, steht in ihrem Bewusstsein und Verhalten noch immer auf patriarchalen Fundamenten. Von außen betrachtet scheint der Kampf um Gleichberechtigung in der ultraorthodoxen Welt aussichtslos, aber es ist hilfreich, sich vor Augen zu halten, dass in traditionellen konservativen Gesellschaften der feministische Kampf dem ähnelt, der im vorigen Jahrhundert geführt wurde. Ich finde viele Ähnlichkeiten zwischen uns, den ultraorthodoxen Feministinnen, und den arabischen und den muslimischen. Wir alle müssen die Betondecken über uns durchbrechen.

»Ich sah mich nicht als Feministin – diese Bezeichnung wurde mir normalerweise als Beschimpfung entgegengeschleudert, wenn ich mich über die Ungerechtigkeit um mich herum beschwerte.«

Bin ich optimistisch? Ich glaube ja, auch wenn es schwere Phasen gibt. Ich habe Vertrauen in die ultraorthodoxe Gesellschaft. Ich liebe und schätze ihre Fähigkeit, zumindest in ihren Werten nicht vor dem kapitalistischen Goldenen Kalb zu knien. Ich liebe die in ihr verbreitete Barmherzigkeit, die Einfachheit, die Liebe zur Weisheit und zum Buch, die Verbindung zu den Wurzeln, den sarkastischen Humor, die Kultur und sogar die Werte des Anstands.

Die größte Schwierigkeit in unserer Arbeit ist es zu vermeiden, über das Ziel hinauszuschießen. Wo genau sollten die Grenzen der Veränderung gezogen werden, um die Identität, die uns wichtig ist, nicht zu verlieren? Wie können die Rechte von Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft verbessert werden, für die es sehr wichtig ist, sich und ihre einzigartige Identität vor äußeren Einflüssen zu schützen?

Es ist meines Erachtens an der Zeit, dass die ultraorthodoxe Gesellschaft lernt, sich von dem Trauma der Säkularisierung, die sie in Europa erlebt hat, zu befreien und dass ihre Führung versteht, dass in einer medialen und vernetzten Welt wie der unseren die ultraorthodoxen jungen Männer und Frauen Facebook, Twitter, Instagram, Airbnb und sogar Wikipedia nutzen. Und damit muss man leben und sich dem anpassen.

In den letzten Jahren hat sich die Organisation Niwcharot mehr der Basisarbeit zugewendet. Sie bereitet ultraorthodoxe Frauen auf Führungspositionen vor und bietet Veranstaltungen für Frauen der sich entwickelnden ultraorthodoxen feministischen Bewegung an. Dabei geht es hauptsächlich darum, ihnen zu vermitteln, dass sie ein Recht darauf haben, ihre Stimme einzubringen und ihre Meinung zu äußern.

Einige der Frauen, die an unseren Programmen teilgenommen haben, gehen entschlossen und hartnäckig ihren Weg in der politischen Welt, wofür sie einen hohen persönlichen Preis zahlen. Andere konzentrieren sich auf soziale Projekte oder sind im Internet aktiv.

Es ist wahrscheinlich noch ein langer Weg, bis es sich für politische Organisationen lohnt, Frauen in ihren Reihen aufzunehmen. Aber je mehr ich mich umschaue, desto mehr merke ich, dass er nicht mehr so lang ist, wie er einst war. Frauen sind präsenter geworden; es gibt ein Bewusstsein für das Thema und einen lebendigen Diskurs, insbesondere vor Wahlen. Zudem sprechen die digitalen Kampagnen der ultraorthodoxen Parteien nun auch Frauen an und zeigen sogar Bilder von Frauen. Ich bin davon überzeugt, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis die Decke aufbricht.

Anmerkungen

- 1 Verheiratete ultraorthodoxe Frauen tragen Perücke oder Kopftuch, um ihr Haar zu bedecken, und aus Gründen des Anstands (der »Keuschheit«) Kleidung, die den ganzen Körper bedeckt.
- 2 Im öffentlichen Raum in der ultraorthodoxen Gesellschaft gibt es eine Trennung zwischen Männern und Frauen.
- 3 Die Halacha ist der rechtliche Teil der überlieferten Texte des Judentums.
- 4 Die Haskala (»Bildung«) war eine jüdische Bewegung, die im 18. Jahrhundert in Europa entstand. Sie beruhte auf den Ideen der europäischen Aufklärung, und trat demnach mitunter auch für Toleranz, Modernisierung und Integration der Jüdinnen und Juden in den europäischen Gesellschaften ein.
- 5 Talmud und Gemara sind im Judentum traditionelle Texte, die die mündliche jüdische Überlieferung erläutern und ergänzen.
- 6 Genesis, 2, 18: »Dann sprach Gott, der Herr: Es ist nicht gut, dass der Mensch allein bleibt. Ich will ihm eine Hilfe machen, die ihm entspricht.«

Glossar

A-, B-, C-Zonen

Bezeichnung von Zonen der Westbank (ohne das von Israel annektierte Gebiet von Ostjerusalem und Umgebung) im Rahmen des Oslo-Abkommens (Oslo II, Taba 1995), das als Übergangsregelung bis zu einem endgültigen Friedensabkommen gelten sollte. Die Übergangsregelung ist noch heute in Kraft. Definition der Zonen:

• **Zone A:** (ca. 18 Prozent der Fläche der Westbank, ohne das von Israel annektierte Gebiet von Ostjerusalem und Umgebung; vor allem die Kernbereiche von palästinensischen Städten und Dörfern) steht (weitgehend) unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Nach israelischem Recht dürfen israelische Staatsbürger:innen diese nicht betreten.

• **Zone B:** (ca. 22 Prozent) steht (weitgehend) unter palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung.

• **Zone C:** (ca. 60 Prozent; vor allem freie Flächen und große Teile der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie alle jüdischen Siedlungen) steht unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Die völlige israelische Kontrolle der C-Gebiete führt dazu, dass die Gebiete unter palästinensischer Verwaltung geografisch nicht zusammenhängen, sondern aus dicht gedrängten Enklaven (Zonen A und B) bestehen, sodass eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist.

Agudat Jisrael (wörtlich: der Verband Israels)

Eine ultraorthodoxe Partei in Israel, die ihren Ursprung in einer anti-zionistischen jüdischen politischen Bewegung in Polen hat. Nach dem Holocaust wurde sie zu einer nicht-zionistischen Partei, die seit der Staatsgründung 1948 in der Knesset vertreten ist und sich an Regierungskoalitionen beteiligt hat. Bis zur Gründung der sephardischen ultraorthodoxen Partei Schas im Jahr 1984 galt sie als Vertretung der ultraorthodoxen Bevölkerung in Israel. Vier Jahre später (1988) spaltete sich auch die litauische ultraorthodoxe Strömung ab und gründete ihre eigene Partei, Degel HaTora (Banner/Flagge der Tora). Seitdem vertritt Agudat Jisrael hauptsächlich die chassidische ultraorthodoxe Strömung. Für die Knesset-Wahlen treten Agudat Jisrael und Degel HaTora seit 1992 meist auf einer gemeinsamen Wahlliste unter dem Namen Vereinigtes Tora-Judentum an.

Arabisch-palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neu gegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser:innen (ca.

150.000 Menschen) erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark eingeschränkt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,9 Millionen Menschen angehören und die damit etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Aschkenasim

Aschkenasim oder aschkenasische Juden ist im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende jüdische Menschen.

Eretz Israel (hebräisch für das Land Israel)

Ein in der Bibel mit verschiedenen Bedeutungen verwendeter Begriff, der traditionell in der Diaspora, insbesondere der rabbinischen Literatur, für das historische Palästina genutzt wurde. Die zionistische Bewegung hat diesen Sprachgebrauch übernommen, um die historische und religiöse Verbundenheit mit dem Land zu betonen. Im heutigen hebräischen Sprachgebrauch bezeichnet der Begriff in der Regel Palästina vor der Staatsgründung von 1948.

Gazastreifen

Mit rund 360 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von fast 1,9 Millionen Palästinenser:innen ist der Gazastreifen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Er befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut. Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe im Jahr 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelager) 1994 der Palästinensischen Autonomiebehörde übergeben. Doch Israel kontrolliert bis heute den Luftraum und die Küstengewässer sowie die Grenzübergänge zu Israel. Nach der Machtübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine bis heute andauernde Abriegelung des

Gazastreifens, was die Zu- und Ausfuhr von Waren sowie die Bewegungsfreiheit der Bewohner:innen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung geführt haben. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Armee und Bewohner:innen des Gazastreifens mit Tausenden von Toten (zum großen Teil palästinensische Zivilist:innen) und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannte Grenze, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt. Aufgrund der Regierungspolitik, die die Grüne Linie aus Landkarten und Schulbüchern löschen lässt, und wegen des Zuzugs von immer mehr jüdischen Siedler:innen in die besetzten Gebiete verschwindet die Grüne Linie zunehmend aus dem kollektiven Bewusstsein der israelischen Gesellschaft.

Hamas

Hamas ist ein Akronym des arabischen Namens der palästinensischen islamischen Widerstandsbewegung, die, inspiriert von den ägyptischen Muslimbrüdern, 1987 gegründet und aufgrund ihrer Opposition zur PLO zunächst von israelischer staatlicher Seite gefördert wurde. Die einst quietistische Hamas, die sich vor allem der Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft widmete, verwandelte sich zunehmend in einen Gegenspieler Israels und der PLO, unter anderem dadurch, dass sie sich dafür aussprach, die besetzten Palästinensergebiete, falls erforderlich, auch mit Gewalt zu befreien. Die Hamas erkennt den Staat Israel nicht an, ist aber zu einem Waffenstillstand bereit, falls sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. 2006 beteiligte sich die Hamas an den Wahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde und gewann mit 44 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Sitze, was ihr die Regierungsbildung erlaubte. Aufgrund des von den USA und der EU ausgeübten Drucks ging die Hamas eine Große Koalition mit der Fatah ein. Diese Regierung wurde aber von den USA und von der EU finanziell nicht unterstützt, was zusammen mit Spannungen hinsichtlich der Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu offenen Kampfhandlungen zwischen den Koalitionspartnern führte. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt: Die Hamas regiert den Gazastreifen, die Fatah die Enklaven in der Westbank, anstehende Wahlen finden nicht statt. Weder die EU noch die USA unterhalten diplomatischen Kontakt zur Hamas, da sie als Terrororganisation eingestuft wird.

Hebron (arabisch: al-Khalil)

Stadt in der Westbank, in der heute mehr als 200.000 Palästinenser:innen und um die 1.000 israelische Siedler:innen leben. Hebron ist für Jüdinnen und Juden eine heilige Stadt, die jüdischen Gemeinden vor Ort haben eine lange Geschichte. Steigende Spannungen zwischen der indigenen arabischen Bevölkerung und der zionistischen Bewegung mündeten 1929 in ein Massaker an den jüdischen Bewohner:innen von Hebron, die dann 1936 von der britischen Mandatsregierung gezwungen wurden, die Stadt zu verlassen. Nach der Eroberung im Krieg von 1967 ließen sich radikale jüdische Siedler:innen im Stadtzentrum sowie in der 1970/71 gegründeten Siedlung Kirjat Arba am Stadtrand nieder. Hebron wurde zum Zentrum gewaltbereiter Siedler:innen. 1994 verübte ein in Kirjat Arba lebender Siedler ein Massaker an in der Ibrahimi-Moschee Betenden. Trotz des Oslo-II-Abkommens (1995) weigerte sich Israel, die Stadt zu räumen. Stattdessen wurde die Stadt aufgrund des Hebron-Abkommens (1997) in zwei Zonen aufgeteilt: in H1 (ca. 80 Prozent des Stadtgebiets) und H2 (ca. 20 Prozent), wobei nur H1 geräumt wurde. Die palästinensische Bevölkerung in H2 ist seitdem in ihrer Bewegungsfreiheit extrem eingeschränkt (so ist Palästinenser:innen etwa das Betreten der zentralen Schuhada-Straße verboten), Hunderte Geschäfte mussten schließen. Folglich schrumpft die palästinensische Bevölkerung in H2 beträchtlich.

Intifada (Erste)

Intifada (arabisch für abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ostjerusalem) und im Gazastreifen gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Abkommen 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinewerfen (daher die Bezeichnung »Intifada der Steine«), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee Zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser:innen. Die israelische Seite beklagte zirka 100 tote Zivilist:innen sowie 60 Armeeangehörige.

Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und durch die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als bei der Ersten

Intifada wurde der Aufstand zunehmend von den palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter:innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser:innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde 2005 offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon beendet.

Islamische Bewegung

Die islamische Bewegung in Israel, die 1971 gegründet wurde, gehört zur Strömung des politischen Islams. Dementsprechend ist sie bemüht, die muslimische Identität unter den palästinensischen Staatsbürger:innen in Israel zu fördern. Da die palästinensische Bevölkerung in Israel eine benachteiligte Minderheit ist, nimmt der palästinensische Nationalismus in der Ideologie der islamischen Bewegung in Israel einen zentraleren Platz ein als zum Beispiel der ägyptische Nationalismus in der islamischen Bewegung in Ägypten. Nach den Oslo-Abkommen (1993/1995) kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung über die Frage ihrer Beteiligung an den Knesset-Wahlen, die im Jahr 1996 zu einer Spaltung führten: Der »nördliche Flügel« bestand darauf, sich auch weiterhin nicht an Knesset-Wahlen zu beteiligen, während sich der »südliche Flügel« für eine Beteiligung entschied. Der »nördliche Flügel« wurde 2015 von der israelischen Regierung verboten. Der »südliche Flügel« beteiligt sich an den Knesset-Wahlen im Rahmen der von ihr angeführten Vereinigten Arabischen Liste.

Israelische Land- und Bodenverwaltung

Eine 1960 als Israel Land Administration eingerichtete Regierungsbehörde, die heute Israel Land Authority heißt und für das in öffentlichem Eigentum befindliche Land in Israel (das heißt über 90 Prozent des gesamten Landes) zuständig ist. Gemäß dem »Grundgesetz zum Landbesitz« (1960) darf öffentliches Land nicht veräußert, sondern nur verpachtet werden. Dies schließt auch das vom Jüdischen Nationalfonds erworbene Land ein (ca. 13 Prozent der Gesamtfläche Israels), das gemäß der Satzung der Organisation nur an jüdische Pächter:innen vergeben werden darf.

»Judaisierung«

Im öffentlichen Diskurs in Israel verwendeter Begriff für die gezielte bzw. geförderte Vergrößerung des jüdischen Bevölkerungsanteils in den Teilen des Landes, in denen mehrheitlich oder relativ viele nicht-jüdische Menschen leben. So wird zum

Beispiel die Gründung von über 20 neuen jüdischen Ortschaften in Galiläa in den Jahren 1979 bis 1980 mitunter als die »Judaisierung von Galiläa« bezeichnet.

Jüdischer Nationalfonds

Eine 1901 auf dem 5. Zionistischen Kongress gegründete Organisation mit der Zielsetzung, Land für die jüdische Besiedlung in Palästina zu erwerben und dieses zu entwickeln. In den ersten Jahren nach der Staatsgründung 1948 übertrug der israelische Staat mehr als die Hälfte des enteigneten Landes, das zuvor Palästinenser:innen gehört hatte, die nun als »Abwesende« galten, an den jüdischen Nationalfonds. Das hatte zur Folge, dass dieses Land nur an jüdische Pächter:innen vergeben werden konnte. 1953 wurde der Jüdische Nationalfonds aufgelöst und als israelische Organisation neu gegründet. 1960 wurde das Land der Organisation in die Verwaltung der neu errichteten Israel Land Administration überführt, wobei die Organisation ein Mitspracherecht in der Behörde erhielt und so sicherstellen konnte, dass die Nutzungsbeschränkungen (die Vergabe an ausschließlich jüdische Pächter:innen) beibehalten wurden. Neben Entwicklungsprojekten (etwa Aufforstung) fördert die Organisation seit Mitte der 1960er Jahre jüdische Siedlungsprojekte im Negev (die oft ein Teil der Politik der Verdrängung der dortigen beduinischen und palästinensischen Bevölkerung sind) und seit 1967 auch in den besetzten Gebieten.

Knesset (hebräisch für Versammlung)

Die Knesset ist das Parlament des Staates Israel, mit Sitz in Jerusalem. Ihm gehören 120 Abgeordnete an, welche nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von 3,25 Prozent gewählt werden. Es können sich sowohl einzelne Parteien als auch Listen zur Wahl stellen. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre.

Krieg von 1948

Die offizielle israelische Bezeichnung für diesen Krieg ist meist Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg, von Palästinenser:innen wird er als Nakba (arabisch für Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen infolge des UNO-Teilungsplans. Nach der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak. Der Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Die Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen, die im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten auch als Grüne Linie bezeichnet werden.

Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg, von arabischer Seite wird er mitunter als Naksa (arabisch für Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließ-lich Ostjerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

Likud (hebräisch für Vereinigung)

Entstand 1973 als gemeinsame Wahlliste der von Menachem Begin geführten Cherut-Partei und einer Reihe von rechten und liberalen Bewegungen und Parteien in Reaktion auf die gemeinsame Wahlliste von Arbeitspartei und Mapam. Der Likud gewann die Wahlen 1977, womit die Mapai-Vorherrschaft zu Ende ging. 1988 lösten sich die an der Wahlliste beteiligten Parteien auf und der Likud wurde als Partei neu konstituiert. Ihr derzeitiger Vorsitzender ist Benjamin Netanjahu.

Mapai

Akronym des hebräischen Namens: Arbeiterpartei in dem Land Israel (Palästina). 1930 unter der Führung von David Ben-Gurion gegründete Partei. Sie beherrschte die 1920 entstandene Gewerkschaftsdachorganisation Histadrut und die jüdische paramilitärische Organisa-tion Hagana (Verteidigung). Nach der Staatsgründung 1948 war sie fast 30 Jahre lang die größte Fraktion in der Knesset, was ihr ermöglichte, die Regierungskoalitionen (die immer auch religiöse Parteien einschlossen) zu bilden und die Regie-rungspolitik weitgehend zu bestimmen. Die Partei Mapai wurde 1968 aufgelöst, als die Arbeitspartei (HaAwoda) gegründet wurde. Die Mapai nahm keine nicht-jüdischen arabischen Menschen als Mitglieder auf.

Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielten die in Israels verbliebenen Palästinenser:innen die israelische Staatsbürgerschaft, wurden aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden »Sperrzonen« errichtet: in Ortschaften und Stadtvierteln, in denen Palästinenser:innen wohnten, sowie in relativ dünnbesiedelten Gebieten, insbesondere im Negev. Palästinenser:innen, die außerhalb dieser »Sperrzonen« lebten, wurden in diese umgesiedelt. Die »Sperrzonen« unterstan-den der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen

Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs- bzw. Notstandsverordnun-gen beruhte, verwaltet. Palästinenser:innen mit israelischer Staatsbürgerschaft durften die ihnen zugeteilte »Sperrzone nur mit Sondergenehmigung verlassen und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und ein Gerichtsverfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formell 1966.

Mizrachim (hebräisch für orientalisch)

Mizrachim ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

Nakba (arabisch für Katastrophe)

Nakba bezeichnet die Ereignisse im Rahmen des Krieges von 1948 (1947–1949) und deren Folgen. Der neu gegründete israelische Staat beherrschte 77 Prozent des historischen Palästinas, mehr als 10.000 Palästinenser:innen kamen während der Kampfhandlungen ums Leben, mehr als 500 Städte und Dörfer wurden zerstört bzw. entvölkert und mehr als 700.000 Palästinenser:innen, das heißt mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im historischen Palästina, wurden zu Flüchtlingen. Ihr in Israel befindliches Eigentum wurde vom israelischen Staat konfisziert.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: Oslo I wurde 1993 in Washington unterzeichnet, Oslo II 1995 in Taba. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden einer begrenzten Selbstverwaltung, der zu diesem Zweck geschaffenen Palästinensi-schen Autonomiebehörde, unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Ostjerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: Westjerusalem wurde Teil von Israel und Ostjerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrsch-ten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ostjerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ostjerusalem und die umliegenden Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israeli-schem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner:innen erhielten »permanente Aufenthaltsgenehmigungen«. Mit Ausnah-me des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Sied-lungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ostjerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz, wonach Jerusalem »auf ewig die vereinte und unteilbare Hauptstadt Israels« ist. Die UN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfen die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ostjerusalems. Während der Druck durch den israelischen Siedlungsbau immer größer wurde, erhalten Palästinenser:innen bis heute so gut wie keine Baugenehmigungen, leiden unter den extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung. Mit den Oslo-Abkommen wurde der Personen- und Warenverkehr zwischen Ostjerusalem und den übrigen Teilen der Westbank noch weiter eingeschränkt. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ostjerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ostjerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Die Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen (unter denen die 1959 gegründete Fatah – Akronym des arabischen Namens der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbe-wegung – die größte ist) wurde 1964 in Kairo gegründet und trat für den bewaffne-ten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in den Vereinten Nationen. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen Herrschaftsanspruch in der Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat, ein zentrales

Organ der PLO, die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, in der der palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an, und Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die im Rahmen der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomie-behörde ist kein Teil der PLO, jedoch besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor, wie auch sein Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

Religiöser Zionismus

Während der Zionismus seit seinen Anfängen mehrheitlich eine säkulare Bewegung war, gab es in ihm auch eine relativ kleine religiöse Strömung. In dieser war Rabbiner Abraham Isaak Kook (1865–1935) von zentraler Bedeutung, nicht zuletzt auch, weil er 1921 zum ersten aschkenasischen Oberrabbiner von Palästina ernannt wurde. Während die meisten ultraorthodoxen Rabbiner den Zionismus aus religiösen Gründen ablehnten, war Rabbiner Kook einer der wenigen, die die zionistische Bewegung in ihre religiöse Weltanschauung einzubauen suchten. Er war davon überzeugt, dass die jüdische Besiedlung von »Eretz Israel« (dem historischen Palästina) Gottes Plan sei und das messianische Zeitalter herbeifüh-ren werde. Damit schuf er die Basis für die national-religiöse Strömung, die in die staatlichen Strukturen eingebunden werden konnte. Nach dem Krieg 1967 und der Besetzung der eroberten Gebiete ging aus dieser Strömung unter anderem der harte Kern der religiös-motivierten Siedlerbewegung (insbesondere Gusch Emunim) hervor und die Lehren der von Rabbiner Abraham Isaac Kook gegründe-ten Jeschiwa dienten und dienen als religiös-ideologische Basis für den Siedlungsbau.

Schas (Akronym des hebräischen Namens für sephardische Tora-Wächter)

Eine 1984 gegründete ultraorthodoxe Partei, die sich von der von Aschkenasim dominierten ultraorthodoxen Partei Agudat Jisrael abgespalten hat. Ihre Wähler:innen sind vor allem Mizrachim. Ihr geistiger Führer war der Rabbiner Ovadja Josef (1920–2013). Sie erreichte bei den Wahlen 1999 ihren größten Erfolg mit 17 Sitzen in der Knesset, anschließend waren es zwischen sieben und zwölf Sitze. Die ursprünglich mehr auf soziale Fragen ausgerichtete Partei beteiligte sich sowohl an von der Arbeitspartei als auch vom Likud bzw. Kadima angeführten

Koalitionsregierungen und hat sich im Laufe der Zeit immer weiter nach rechts entwickelt.

Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 von der israeli-schen Armee eroberten und seitdem besetzten Gebieten. 2017 lebten über etwa 410.000 Siedler:innen in 126 von der israelischen Regierung genehmigten exklusiv für Israelis gebauten Siedlungen und in etwa 110 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen über 200.000 Siedler:innen im besetzten Ostjerusalem sowie einige Tausende auf den von Israel annektierten Golanhöhen. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlun-gen zwischen Israel und den Palästinenser:innen.

Siedlungsblöcke

Dieser Begriff wurde insbesondere in den Verhandlungen im Rahmen des Oslo-Pro-zesses verwendet. Er bezeichnet Teile der 1967 besetzten Gebiete, in denen zahlrei-che israelische Siedlungen relativ dicht beieinanderliegen. In den Verhandlungen wurde von israelischer Seite argumentiert, dass aufgrund der dichten Besiedlung diese »Blöcke« im Zuge eines Friedensab-kommens mit den Palästinenser:innen nicht geräumt werden könnten und ein Teil des israelischen Staatsgebiets werden sollen.

Tora-Nukleus oder Tora-Kern (hebräisch: Garin Torani)

Als Tora-Nukleus wird eine Gruppe von Familien oder Einzelnen bezeichnet, die meist zur religiösen zionistischen Bewe-gung gehören und sich zusammenschlie-ßen, um in einer Gegend oder in Orten zu leben, in denen es kaum jüdische oder wenige religiöse jüdische Menschen gibt. Ihr erklärtes Ziel ist es, die Verbindung zwischen dem Judentum und diesen Orten zu stärken.

Westbank

Die Westbank, in Deutschland auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute um die 2,8 Millionen Palästinenser:innen sowie über 600.000 israelische Siedler:innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ostjerusalem gehört) an Israel und im Osten entlang des Jordan-Flusses an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neu gegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde

1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Ursula Wokoeck Wollin

Starke Partner vor Ort

972 Magazine Advancement of Citizen Journalism

Diese gemeinnützige Organisation greift Ereignisse in Israel und in den besetzten palästinensischen Gebieten auf und berichtet auf Englisch über Positionen und Themen, über die in anderen Medien zu wenig informiert wird. Das Ziel von 972-ACJ ist es, eine kritische Analyse aktueller Ereignisse zu liefern, um die Perspektiven von Minderheiten in Israel bekannter zu machen und progressive politische Alternativen zu stärken. 972-ACJ legt besonderen Wert auf Informationsfreiheit und Demokratie, engagiert sich für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit und setzt sich aus linker Perspektive mit den Auswirkungen der Besetzung sowohl auf die israelische als auch auf die palästinensische Gesellschaft auseinander.

Ein wichtiges Projekt, das die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel finanziell unterstützte, war die kritische journalistische Begleitung und Kommentierung der Parlamentswahlen in Israel im März 2021. Das Hauptziel war, deren Auswirkungen auf die Zukunft der Region zu analysieren und gleichzeitig das Gleichgewicht und die Wirkung des gemeinsamen israelischen und palästinensischen Journalismus zu wahren.

Webseite: www.972mag.com



Mada al-Carmel

Das 2000 gegründete Arabisches Zentrum für angewandte Sozialforschung verfolgt die Aufgabe, die Entwicklung der Palästinenser:innen in Israel in sozialer, ökonomischer und politischer Hinsicht mithilfe sozialwissenschaftliche Forschung und Analyse zu fördern. Mada al-Carmel verbindet, inspiriert, trainiert und unterstützt erfahrene und junge Wissenschaftler:innen, die zu Themen wie dem rechtlichen Status von Palästinenser:innen oder ihrer sozioökonomischen Lage in Israel forschen. Ein Ziel ist, dass diese Empfehlungen für die palästinensischen Communities erarbeiten, wie diese auf politischem Wege ihre kollektiven Rechte stärken und durchsetzen können. Mada al-Carmel kooperiert mit palästinensischen, israelischen und internationalen Wissenschaftler:innen und trägt damit dazu bei, mehr Verständnis für palästinensische Anliegen zu schaffen, diese zu kontextualisieren und mit internationalen Diskussionen über Minderheitenrechte, Staatsbürgerschaft, Identität und Demokratie in multiethnischen Staaten zu verbinden.

Das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel unterstützt die einmal im Jahr von Mada al-Carmel organisierte Konferenz, die sich 2022 mit der zunehmenden Gewalt und organisierten Kriminalität in der palästinensischen Gesellschaft Israels auseinandersetzte.

Webseite: mada-research.org/en/home-eng/



Call.Activit

Diese Graswurzelbewegung sieht ihre zentrale Aufgabe darin, die Stimmen schwarzer Frauen und Männer in Israel und deren Rolle als Träger eines progressiven gesellschaftlichen Wandels zu stärken. Dazu gehört für sie, das allgemeine Bewusstsein für schwarze Identität und Kultur, lokale Kunst sowie kritisches Denken und alternative Formen der Wissensproduktion (z.B. basierend auf persönlichen Erfahrungen) zu fördern. Call.Activit legt besonderen Wert auf feministische Ansätze und Inhalte. Zu den Hauptaktivitäten gehören: Räume für lokale schwarze Kultur zu schaffen, etwa durch Veranstaltungen, Kunstausstellungen und die Erstellung von Beiträgen für Zeitschriften und Online-Magazine zu für die verschiedenen Communities relevanten Themen. Weitere Anliegen sind die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühl schwarzer Künstler:innen sowie die Förderung der gewerkschaftlichen Bildung und Organisation.

Webseite: <https://callactivit.com>



Kedma for Social & Educational Equality

Kedma ist eine im Bildungsbereich tätige Non-Profit-Organisation, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit in Israel einsetzt. Kedmas Geschichte begann im Jahre 1994 mit einer Gruppe von Pädagog:innen und Aktivist:innen, die Chancengleichheit für alle Kinder in Israel forderte. Das Ungleichheiten reproduzierende Bildungssystem sollte revolutioniert werden und alle jungen Menschen sollten unabhängig von ihrer Herkunft einen Zugang zu der besten akademischen Bildung erhalten.

Die Hauptaktivität des von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützten Projekts »Lehrer mit Agenda« ist ein Online-Newsletter, der Lehrer:innen mit Interesse an Fragen der sozialen Gerechtigkeit Informationen über Instrumente sowie Inhalte vermittelt, die sie in ihren Unterricht integrieren können. Damit will Kedma in den Schulen eine stärkere Beschäftigung mit aktuellen Ereignissen und Themen aus einer kritischen Perspektive anregen. So soll pluralistisches Denken gefördert und die Auseinandersetzung mit Themen gestärkt werden, die in der israelischen Öffentlichkeit normalerweise nicht vorkommen. Der Newsletter stellt zudem Unterrichtsmaterial zu bestimmten Anlässen, zum Beispiel dem Internationalen Tag der Menschenrechte oder dem Internationalen Tag der Rechte der Behinderten vor, und versucht, das Bewusstsein für globale Themen wie die Covid-19-Krise zu schärfen.

Webseite: kedma-edu.org.il



Autor:innen

Yael Berda

ist Assistenzprofessorin am Fachbereich Soziologie und Anthropologie der Hebräischen Universität Jerusalem. Vor ihrer akademischen Laufbahn war sie als Menschenrechtsanwältin tätig und hat Mandant:innen in Verfahren vor Militär-, Verwaltungs- und Obergerichten vertreten. Ihr Buch »Living Emergency: Israel's Permit Regime in the West Bank« ist 2017 im Verlag Stanford University Press erschienen.

Josh Breiner

ist Rechtsanwalt und berichtet seit 2017 für die israelische Tageszeitung *Haaretz* über die Themen Polizei und Kriminalität.

Ofer Dagan

ist Ko-Geschäftsführer der NGO Sikkuy, die sich für die Gleichberechtigung und eine Partnerschaft zwischen arabisch-palästinensischen und jüdischen Bürger:innen in Israel einsetzt. Davor hat er für lokale NGOs und soziale Initiativen im Negev gearbeitet, darunter Shatil, Negev Coexistence Forum und Koach La-Ovdim (Demokratische Arbeiterorganisation).

Ron Gerlitz

ist Geschäftsführer von aChord – Social Psychology for Social Change. Von 2009 bis 2019 war er Ko-Geschäftsführer der NGO Sikkuy, die sich für Gleichberechtigung und eine Partnerschaft zwischen arabischen und jüdischen Bürger:innen in Israel einsetzt. Er ist Experte für Regierungspolitik, Diskriminierung von arabischen Bürger:innen und arabisch-jüdische Beziehungen in Israel.

Nir Hasson

ist Redakteur für Jerusalem und Archäologie bei der israelischen Tageszeitung *Haaretz*. Sein Buch »Urshalim – Israelis und Palästinenser in Jerusalem 1967–2017« ist 2017 im Verlag Yediot erschienen.

Areen Hawari

leitet das Programm für Gender Studies von Mada al-Carmel, dem Arabischen Zentrum für angewandte Sozialforschung in Haifa, und ist Postdoctoral Fellow in Transitional Justice am Minerva Center for Human Rights an der juristischen Fakultät der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Yagil Levy

ist Professor für politische Soziologie und Public Policy an der Open University of Israel. Er hat mehrere Bücher veröffentlicht, darunter zuletzt: »The Divine Commander: The Theocratization of the Israeli Military« (2015).

Mikhael Manekin

wuchs in Jerusalem auf und studierte an der Ma'ale Gilboa Yeshiva. Derzeit ist er Ko-Leiter der Forschungsgruppe Nationalismus und Partnerschaft am Van Leer Institute und Leiter des arabisch-jüdischen Stipendienprogramms der Allianz für Israels Zukunft. Sein Buch »Der Anbruch: Ethik und Erlösung in einer Zeit der jüdischen Macht« erschien 2021 im E-vrit-Verlag.

Yifat Mehl

ist seit 2021 als Projektmanagerin für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv tätig. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte sind marginalisierten Gruppen und soziale Gerechtigkeit in Israel. Sie hat Literaturwissenschaften an der Universität Haifa studiert und war Lektorin im Verlag Am Oved in Tel Aviv.

Gili Merin

ist Architektin und Fotografin und promoviert an der Architectural Association School of Architecture in London. Sie arbeitet als Dozentin für Geschichte und Theorie der Architektur am Royal College of Arts in London und ist Gastdozentin an der Syracuse University im US-Bundesstaat New York.

Yael Ronen

ist Professorin für Internationales und Völkerrecht. Sie unterrichtet am Academic Center for Law and Science und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Minerva Center for Human Rights an der juristischen Fakultät der Hebräischen Universität von Jerusalem.

Esty Shushan

ist Mitbegründerin der ultraorthodoxen Frauenbewegung Niwcharot (Gewählte Repräsentantinnen). Sie arbeitet als Künstlerin, Filmemacherin sowie Autorin und Moderatorin des Podcasts »Umgangssprachlich ultraorthodoxisch«, der sich mit Berührungspunkten zwischen der ultraorthodoxen Welt und der israelischen Gesellschaft beschäftigt.

Chris Whitman

leitet das Büro der deutschen Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international in Palästina und Israel. Seinen Master in Nahoststudien schloss er 2013 an der Hebräischen Universität in Jerusalem ab. Zwischen 2011 und 2016 arbeitete er für verschiedene palästinensische und israelische NGOs.

Rami Younis

ist Autor, Filmemacher und Kulturaktivist aus Lod/Lyd, Israel. Er war Fellow an der Harvard Divinity School und hat die Palestine Music Expo mitgegründet. Zurzeit arbeitet er am Science-Fiction-Dokumentarfilm »Lyd In Exile«, der die Geschichte der Stadt von 1948 bis heute erzählt.

DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine der sechs demokratischen Stiftungen der Bundesrepublik Deutschland; 1990 gegründet, steht sie der Partei DIE LINKE nahe. Im Sinne ihrer Namensgeberin Rosa Luxemburg vertritt die sie die gesellschaftliche Grundströmung eines demokratisch-freiheitlichen, internationalistischen Sozialismus. Die Stiftung sieht sich den Zielen einer radikalen Aufklärung und Gesellschaftskritik verpflichtet und steht in der Tradition der Arbeiter- und der Frauenbewegung sowie des Antifaschismus und Antirassismus; sie tritt für einen gleichberechtigten Dialog zwischen Nord und Süd ein. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist bestrebt, alternative Ansätze für progressive Transformationsprozesse zu entwickeln, die ein solidarisches und gerechtes Zusammenleben weltweit ermöglichen. Das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv wurde 2009 eröffnet, das für Jordanien und die besetzten palästinensischen Gebiete in Ramallah im Jahr zuvor.

Impressum

Redaktion	Markus Bickel (V.i.S.d.P.) Tali Konas
Mitarbeit	Anna Yael Kluck
Gestaltung	Daniel Ziethen Schroeter & Berger
Übersetzung	Ursula Wokoeck Wollin (Seiten 46, 62, 68, 76, 82) Gegensatz – Translation Collective (Seiten 10, 16, 22, 34, 38, 56)
Lektorat	Text-Arbeit, Berlin
Druck	Hinkelsteindruck
ISBN	978-3-948250-50-8

© 2022, Rosa-Luxemburg-Stiftung Israel
Alle Rechte vorbehalten.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Israel
Rothschild-Boulevard 11
6688114 Tel Aviv
Israel
www.rosalux.org.il

Cover-Abbildung Ein israelischer Polizist Seite an Seite mit bewaffneten Siedlern in Lod, wo es im Mai 2021 zu schweren Zusammenstößen mit palästinensischen Bewohnern der Stadt kam.

Foto: Activestills

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזא לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ

